Donnerstag, 4. Juli 1985 · D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 152 - 27.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 13 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kalkar: Bundesforschungsminister Riesenhuber (CDU) will in Kürze mit NRW-Ministerpräsident Rau (SPD) die Differenzen über den Schnellen Brüter erörtern. In Bonn herrscht der Eindruck vor, Rau sei von der SPD die Rolle zugedacht, mit dem Widerstand gegen das Kalkar-Projekt das energiepolitische Konzept der Bundesregierung zu Fall zu bringen. (S. 6)

Eureka: 16 Länder nehmen an der europäischen Konferenz über das Technologieprojekt am 16. und 17. Juli in Paris teil. (S. 8)

Polen: Wegen des Vorwurfs, einen einstündigen Streik gegen die Fleischpreiserhöhung in einem Unternehmen in Stolp organisiert und geleitet zu haben, muß sich das ehemalige „Solidarität"-Mitglied Henryk Grzadzielski vor Gericht verantworten.

Einschüchterung? Offenbar um alle von den tschechoslowakischen Behörden nicht genehmigten kirchlichen Veranstaltungen während des bevorstehenden Besuchs von Kardinal Casaroli in Prag zu unterbinden, sind einige Katholiken vom Staatssicherheitsdienst vernommen worden.

Gorbatschow: Zu einem offiziellen Besuch reist der sowjetische Parteichef im Herbst (2. bis 5. Oktober) nach Frankreich. (S. 5)

Freilassung: Israel hat gestern 300 der 735 libanesischen Gefangenen freigelassen, die sich seit April in einem nordisraelischen Gefängnis befinden. Die Flugzeugentführer von Beirut hatten die Entlassung der Libanesen als Bedingung für die Freigabe der 39 amerikanischen Geiseln gefordert, die mittlerweile alle wieder in die USA zurückgekehrt sind.

Wieviele sind wirklich arbeitslos?

Die Statistik weist es aus: 2 160 443 Arbeitslose gibt es in der Bundesrepublik Deutschland. Doch Professor Eberhard Hamer hält diese Zahl für einen statistischen Luftballon. Seiner Meinung nach liegt der Anteil derjenigen, die nur die Unterstützung aber nicht arbeiten wollen, zwischen 30 und 50 Prozent. Und 350 000 „Scheinarbeitslose" versuchen, so Hamer, mit allen Tricks, einer Anstellung zu entgehen. Seite 3

WIRTSCHAFT

Veba: Der umsatzstärkste deutsche Konzern hat 1984 sein bisher bestes Ergebnis erzielen können. Zwar erhöhte sich der Konzernumsatz im vergangenen Jahr nur um ein Prozent auf 49,6 Milliarden DM, doch der Jahresüberschuß stieg um 48 Prozent auf 697 Millionen DM, weist die Bilanz aus. (S. 12)

Schwarzarbeit: Die Rekordsumme von 8,3 Millionen DM erreichten die Bußgelder, die im vergangenen Jahr gegen Schwarzarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland verhängt worden sind. Innerhalb eines Jahres stiegen die Bußgelder um 22,5 Prozent, teilte der Zentralverband des Deutschen Handwerks mit.

Ford: Die Entscheidung über den Standort für die Fertigung einer neuen Motorengeneration ist gegen Köln gefallen. Die Produktion wird bei dem großen Dagenham-Komplex außerhalb von London angesiedelt. Für die Produktionsanlagen werden rund 620 Millionen DM investiert.

Börse: Eine neue Kaufwelle, die sich besonders auf Daimler Aktien konzentrierte, brachte hausseartige Kursgewinne. WELT-Aktienindex 206,37 (202,25). Der Rentenmarkt war freundlich. BHF-Rentenindex 103,379 (103,249). Performance-Index 104,290 (104,129). Dollar-Mittelkurs 3,0423 (3,0540) Mark. Goldpreis je Feinunze 310,35 (308,25) Dollar.

KULTUR

Umbau: Die Brüsseler Oper beendet mit dem vergnüglichen wie nachdenklichen Film von Andre Delvaux „Babel Opera", der immer wieder auf die „Don Giovanni"-Inszenierung von Karl Ernst Herrmann zurückkommt, ihren Neuanfang. Wegen Umbauarbeiten bleibt das Haus vierzehn Monate geschlossen. (S. 17)

Theater: Von der scharfen Satire auf Adel und Minister, die John Gay in seiner „Bettleroper" von 1728 zeichnete, ist in dem Stück von Alan Ayckbourn „Einer für alles" nicht viel übrig geblieben. Das Schauspiel, dem die Opernhandlung als Grundlage diente, erlebte in Mannheim seine deutsche Erstaufführung. (S. 17)

ZITAT DES TAGES



» Erstmals seit 1980 geht die Beschäftigung nicht mehr zurück, sondern nimmt spürbar zu «

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) zu den neuesten Arbeitslosenzahlen
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

SPORT

Tennis: Sensation im Achtelfinale von Wimbledon: Titelverteidiger John McEnroe (USA), Nummer 1 der Weltrangliste, unterlag dem Südafrikaner Kevin Curren in drei Sätzen mit 2:6, 2:6, 4:6.

Leichtathletik: Der deutsche Diskus-Olympiasieger Rolf Danneberg blamierte sich in Stockholm. Er lag als Dritter mit 56,56 m rund zehn Meter hinter dem norwegischen Sieger Hjeltnes (67,20).

AUS ALLER WELT

Möbel: Zwei der 24 kostbaren Louis-XV.-Sessel, von Friedrich dem Großen um 1750 in Frankreich in Auftrag gegeben, die kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs spurlos verschwunden waren, sind bei einem Antiquitätenhändler in Paris wieder aufgetaucht. (S. 18)

Buschbrände: Begünstigt durch hohe Temperaturen und plötzlich auftretende Winde haben Waldbrände auf ein Außenviertel von Los Angeles übergegriffen. Im Vornehmen-Viertel Baldwin Hills starben zwei Menschen. (S. 18)

Wetter: Sonnig. 25 bis 30 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl und Strauß bemühen sich um „neuen Anfang"

Bei Zweiergespräch Übereinstimmung in zentralen Fragen / Konsultationen

GÜNTHER BADING, Bonn

In einem mehr als dreistündigen Gespräch haben sich Bundeskanzler Helmut Kohl und der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß gestern offenbar erfolgreich bemüht, Streitthemen der jüngsten Vergangenheit auszuräumen und eine neue Grundlage für die Bewältigung der Aufgaben in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode zu schaffen. Erstes konkretes Ergebnis ist anscheinend ein Einlenken von Strauß in der Frage der Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung. Die bayerische Staatsregierung will dem Vernehmen nach darauf verzichten, bei der Bundesratssitzung am Freitag den Vermittlungsausschuß anzurufen, um ihren von der Regierungslinie des Kanzlers abweichenden Standpunkt durchzusetzen.

Zur Erörterung dieses Themas und anderer gesetzgeberischer Vorhaben wurden zu dem zunächst unter vier Augen geführten Gepräch von Kohl und Strauß gestern vormittag Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, hinzugezogen.

Nach dem Treffen sagte Strauß vor Journalisten, er habe mit Kohl über die Bundesratssitzung am kommenden Freitag gesprochen. Die Atmosphäre der Aussprache nannte der bayerische Ministerpräsident „ausgesprochen freundschaftlich, um nicht zu sagen herzlich". Dieselbe Bewertung war auch aus dem Bundeskanzleramt zu hören. Als Indiz für eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Vorsitzenden der beiden Schwesterparteien wird auch gewertet, daß die ursprünglich für den 16. Juli anberaumte Sitzung der sogenannten Zehnerkommission – neben dem Vorsitzenden nehmen von jeder Partei fünf weitere Spitzenpolitiker daran teil – auf einen noch nicht festgelegten Termin nach der Sommerpause verschoben worden ist. Nach dem Bonner Treffen, in dem viel von den Streitigkeiten der Vergangenheit „weggeräumt" worden sei, bestehe während der Sommerpause dazu kein Handlungsbedarf.

Strauß war nach Mitteilung der CSU-Landesleitung in München mit dem festen Vorsatz nach Bonn gereist, den umstrittenen Kurs des Außenministers Genscher zur Sprache zu bringen, den seine Partei zumindest in Teilen nicht mittragen möchte. Klärungsbedürftig sei auch die wiederholte Äußerung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Volker Rühe, gewesen, der den Ostverträgen eine „Bindewirkung" für alle Zukunft zugemessen hatte. Die Außenpolitik wurde jedoch, so war aus dem Kanzleramt und auch aus der CSU zu hören, nicht zum Hauptthema. Strauß bestritt auch, daß die ursprünglich für den gestrigen Mittwoch angesetzte Dreier-Runde der Vorsitzenden der Koalitionsparteien abgesagt worden sei, weil die FDP darauf bestanden habe, dazu Außenminister Genscher hinzuzuziehen, dieser aber im Moment auf einer Asien-Reise sei. Strauß sagte, es habe Einigkeit darüber bestanden, erst nach einer Vorklärung in der CDU/CSU offene Fragen der Außenpolitik auf einem Koalitionsgipfel zu behandeln.

Im übrigen werde er den FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann ohnehin in den nächsten Tagen treffen, teilte Strauß mit. Gelegenheit zu einer Aussprache ergibt sich für beide am 11. Juli am Rande einer Aufsichtsratsitzung von Airbus Industries in Toulouse. Nach der Aussprache mit dem Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden traf Strauß in der Bayerischen Landesvertretung in Bonn noch zu einem etwa einstündigen Gespräch mit Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner zusammen. Von der Hardthöhe war zu hören, diese Begegnung sei seit längerem geplant gewesen und habe keinen Bezug zu aktuellen Entscheidungen gehabt. In der Bundesratssitzung am Freitag steht auch die Entscheidung über das Vorhaben des Verteidigungsministers an, Offiziere vorzeitig in den Ruhestand zu schicken. Da die SPD-Regierung des Landes Bremen allerdings wie angekündigt mit den CDU-regierten Ländern für diese Vorlage stimmen möchte, hat die ablehnende Haltung des CSU-regierten Bayern faktisch für den Fortgang dieses Projekts keine Bedeutung mehr.

In der strittigen Frage der Hinterbliebenenversorgung, in der Kohl und Strauß gestern einen Kompromiß gefunden hatten, hatte Bayern bisher darauf bestanden, die Rente aus der Unfallversicherung nicht in das neue System der Anrechenbarkeit auf eigenes Einkommen der betroffenen Hinterbliebenen einzubeziehen.

DER KOMMENTAR

Brüter

HEINZ HECK

Kaum ist der Produktionsstopp des hessischen Wirtschaftsministers Steger (SPD) für die Hanauer Nuklearbetriebe aufgehoben, beginnen die Störmanöver seines nordrhein-westfälischen Kollegen Jochimsen (SPD) zum Schnellen Brüter in Kalkar.

Den Minister, der seit vielen Jahren für die Genehmigungen des Sechs-Milliarden-Projekts mitverantwortlich zeichnet, befallen nunmehr Zweifel zur Energie- und Forschungspolitik sowie zum schlüssigen Entsorgungsnachweis.

Für die Forschungspolitik ist aber sein Bonner Kollege Riesenhuber zuständig, und der befürwortet das Projekt. Jochimsen ist – inzwischen alleiniger – Genehmigungsminister und hat sich an Recht und Gesetz zu halten. Der Entsorgungsnachweis ist über Frankreich gesichert. Daß der Brüter – im Licht heutiger Erkenntnisse – auch später hätte gebaut werden können, wird allgemein nicht bestritten, war aber vor fünfzehn Jahren nicht vorauszusehen.

Man könnte also meinen, Jochimsen zerbreche sich den falschen Kopf, wenn nicht mehr dahinter zu vermuten wäre. Man kann das Energiekonzept der Bundesregierung, das zum Beispiel am sensiblen Schlußstein, der nuklearen Entsorgung, seit 1979 (zu Zeiten des SPD-Kanzlers Schmidt also) von allen Bundesländern getragen wurde, an verschiedenen Stellen aus den Angeln zu heben versuchen. Hessen hat diesen Versuch inzwischen – offenbar unter grünem Druck – bei der Fertigung von Brennelementen und der Wiederaufarbeitung unternommen. Dem mutmaßlichen Kanzleraspiranten Rau ist nun die Rolle zugedacht, dieses Werk mit dem Brüter fortzusetzen. Was die SPD neben politischer Opportunität dabei antreibt, darüber kann man nur spekulieren. Wichtiger ist die Frage, ob Rau und Jochimsen tatsächlich einen wirksamen Hebel in der Hand haben.

Kanzleramtsminister Schäuble ist da optimistisch. In einem Brief an Rau hat er vor wenigen Tagen die Auffassung vertreten, durch die vorangegangenen Teilgenehmigungen sei der Ermessensspielraum der Genehmigungsbehörde so gering geworden, daß nach heutigem Stand des Genehmigungsverfahrens „eine Versagung aus Ermessensgründen nicht mehr in Betracht kommen kann". Gut, wenn es so wäre. Doch lassen die Äußerungen Jochimsens wie des früheren Genehmigungsministers Farthmann erkennen, daß sie dies ganz anders sehen.

Von Daimler-Benz eine Spritze für die Bauwirtschaft

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Daimler-Benz AG will der deutschen Bauwirtschaft, die unter beträchtlichen Schwächetendenzen zu leiden hat, eine Konjunkturspritze verabreichen. Wie Vorstandsvorsitzender Werner Breitschwerdt auf der Hauptversammlung der Gesellschaft in Stuttgart ankündigte, werde das Unternehmen 1985 zusätzlich zu den für das Inland geplanten Sachinvestitionen von mehr als zwei Milliarden Mark weitere Aufträge für Arbeiten im Hoch- und Tiefbau in einer Größenordnung von rund einer halben Milliarde Mark vergeben. Es handele sich dabei um Projekte aus der mittelfristigen Investitionsplanung des Unternehmens.

Man hoffe, mit dieser Maßnahme einen Beitrag zur Belebung der inländischen Baukonjunktur zu leisten, der Signale setze. So wichtig die Beschäftigungswirkungen seien, die von diesen zusätzlichen Bauinvestitionen ausgingen, so komme es doch darauf an, „daß positive Anstoßeffekte für die Investitionsbereitschaft auch in anderen Bereichen unserer Wirtschaft ausgelöst werden". Erst dann könnten ausreichende Kräfte für einen nachhaltigen Aufschwung in der deutschen Bauwirtschaft freigesetzt werden, sagte der Daimler-Benz-Chef.

Antwort an Warschau

Dregger: Kein Rückzieher von der Polen-Reise

GÜNTHER BADING, Bonn

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Alfred Dregger, hält an seinem für den 17. bis 28. Juli geplanten Besuch in Polen fest, auch wenn die polnische Regierung jeden offiziellen Kontakt mit ihm ablehnt. „Ich möchte Land und Leute kennenlernen, zusammen mit meiner Familie, und deshalb fahren wir auf jeden Fall, unabhängig davon, ob die Führung in Warschau gesprächsbereit ist," sagte Dregger gestern der WELT.

Dregger äußerte Unverständnis für die Haltung der Regierung in Warschau, die erklärt hatte, man sei zwar an einem „konstruktiven Dialog" mit der Bundesrepublik Deutschland sehr interessiert, sehe aber keinen Nutzen in einem Treffen offizieller Vertreter mit Dregger. Der Vorsitzende der Unionsfraktion dazu: „Wir haben noch keinen polnischen Gesprächswunsch abgewiesen. Wir halten offene und ehrliche Gespräche für erforderlich, um Mißverständnisse auszuräumen und das Werk der Versöhnung anzugehen."

Noch vor einer Woche hatte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sich bei Polens Bonner Botschafter Tadeusz Olechowski für die Annahme von Dreggers Gesprächsangebot verwendet. Zuvor hatte die polnische Seite selbst den Wunsch nach engeren Kontakten zur CDU erkennen lassen. Daraufhin erklärte sich Dregger bereit, seine Privatreise entsprechend zu nutzen.

Als Ursache für die ablehnende Haltung Warschaus sieht Dregger seine jüngsten Reden vor Vertriebenenverbänden. „Die von den Polen beanstandeten Reden sind beide gedruckt und gegen eine geringe Schutzgebühr bei der Fraktion in Bonn erhältlich. Das ist einmal die Rede vom 28. April vor dem Bund der Vertriebenen in der Beethovenhalle in Bonn, und das andere ist die Rede vor der Landsmannschaft der Oberschlesier in Fulda. Jeder, der diese Reden liest, wird spüren, daß sie vom Versöhnungswillen getragen sind und nicht vom Haß."

Polens Regierungssprecher Jerzy Urban hatte Dregger „wiederholte unfreundliche Äußerungen nicht nur gegen Polen, sondern auch gegen die Sowjetunion und den Kommunismus im allgemeinen" vorgeworfen.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im polnischen Parlament, Ryszard Wojna, sprach sich in einem zeitgleich mit Urbans Äußerungen veröffentlichten Artikel zwar für eine Annäherung an die Bonner Christdemokraten aus. Er machte aber deutlich, daß er damit nicht die gesamte Partei oder die Fraktion unter Führung Dreggers meine, sondern nur den „linken Flügel".

Franke sieht noch keine „Dynamik"

DW. Nürnberg

Trotz einer leichten Zunahme der Beschäftigung stagniert der Arbeitsmarkt. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, bewertete gestern in Nürnberg den Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 32 184 im Juni gegenüber dem Vormonat als ausschließlich jahreszeitlich bedingt. Es sei noch keine „Dynamik" in Richtung eines stärkeren Abbaus zu erkennen. Die Zahl der Arbeitslosen sei im Juni um 1,5 Prozent auf 2 160 443 gefallen. Saisonbereinigt stagniere sie aber. Die Arbeitslosenquote liege bei 8,7 Prozent. Im Juni sei die Kurzarbeit zurückgegangen, die Zahl der offenen Stellen habe um 4,3 Prozent zugenommen.

Nach Angaben Frankes belief sich die Arbeitslosenzahl im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1985 auf 2 407 500 und liege um 2,5 Prozent über dem Stand von 1984. Bestimmend für diesen Anstieg sei aber nicht eine Abnahme der Beschäftigung, sondern eine Zunahme beim Arbeitskräfteangebot. Sie sei stärker als erwartet ausgefallen. Franke erklärte, daß die erwartete Entlastung durch die Vorruhestandsregelung erst in geringem Umfang zum Tragen gekommen sei. Auch habe sich die Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer nach dem Auslaufen der Rückkehrförderung verlangsamt.

Günstig verlaufe die Entwicklung in der Investitionsgüter-Industrie. Dagegen gehe die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe weiter zurück, wenn auch nicht mehr so schnell wie zu Jahresbeginn.

Seite 2: Arbeit und Wirklichkeit

NATO-Disput: Gonzalez entließ Außenminister

DW. Madrid

Der spanische Außenminister Fernando Moran ist am Mittwoch entlassen worden, teilte der Sprecher des Ministeriums mit. Moran vertrat in der Frage der spanischen NATO-Mitgliedschaft zeitweise Standpunkte, die in Nuancen von der Linie des Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez abwichen. Seit der Ankündigung einer Regierungsumbildung durch Gonzalez am 13. Juni wurde damit gerechnet, daß Moran seinen Sessel räumen muß, weil ihm nicht zugetraut wurde, die Haltung der Regierung, die sich für eine weitere Mitgliedschaft in der NATO einsetzt, bei der Vorbereitung des geplanten Volksentscheids überzeugend zu vertreten. Eine für heute geplante Reise Morans in die „DDR" wurde abgesagt. Der 59jährige Berufsdiplomat Moran konnte den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über den EG-Beitritt Spaniens zum großen Teil als persönlichen Erfolg verbuchen.

Nachfolger Morans soll, wie verlautet, der bisherige Präsident der spanischen Außenhandelsbank, Francisco Fernandez Ordonez, werden. Fernandez hatte bereits in dem Kabinett des Zentrums-Politikers Adolfo Suarez einen Ministerposten bekleidet.

Bei der ersten größeren Kabinettsumbildung der sozialistischen Regierung Spaniens seit ihrem Amtsantritt vor 31 Monaten soll Regierungssprecher Eduardo Sotillos durch Kulturminister Javier Solana ersetzt werden, verlautete aus amtlichen Kreisen. Finanzminister Miguel Boyer werde aus der Kabinettsumbildung gestärkt hervorgehen.

Freude in Budapest, Skepsis in Prag

Unterschiedliches Echo auf Gorbatschows Machtgewinn / Honeckers Glückwunsch

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Hinter der üblichen Fassade der „Einmütigkeit" haben die kommunistischen Regime Osteuropas mit unterschiedlichen Empfindungen auf die Veränderungen in der Moskauer Führungsspitze reagiert. In Budapest ist die Erleichterung und Freude am größten. Die ungarischen Kommunisten haben den Auftritt Grigorij Romanows auf ihrem Budapester Parteitag noch in unangenehmer Erinnerung. Sie sind froh, daß der Exponent der „harten Linie" nun durch Gorbatschow entmachtet wurde.

Weniger groß ist die Freude in der Tschechoslowakei. Die dogmatisch-starre Linie der alten Herren in Moskau – von Breschnew bis Tschernenko – entsprach genau den Auffassungen der CSSR-Führung. Ein jüngerer, energischerer Kreml-Chef, der mehr verlangt als die bloße Bewahrung des Status quo und der sogar Neuerungen einführen könnte – etwa auf wirtschaftlichem Gebiet –, muß den verknöcherten Funktionären des CSSR-Kommunismus schon an sich unangenehm sein.

Die Polen – genauer gesagt: das Regime Jaruzelski – können der neuen Machtkonstellation im Kreml gleichfalls nur mit gemischten Gefühlen entgegensehen. Gorbatschow soll mehrfach seine Unzufriedenheit über die Entwicklung an der Weichsel ausgedrückt haben. Ein sowjetischer Parteichef, der vor seinen Wirtschaftsfunktionären mehr Effizienz, höhere Produktion und ganz allgemein größere Leistungen und Disziplin erwartet, wird mit der Misere der Wirtschaft Polens, in der es immer noch nicht vorwärtszugehen scheint, sicher nicht zufrieden sein.

Auch für die Rumänen bringt der „neue Besen" in Moskau einige Ungewißheiten. Die alten Herrn ließen sich Bukarester Extratouren eher gefallen. Die Gorbatschow-Equipe könnte demgegenüber schärfer auf Alleingänge Ceausescus reagieren. Außerdem hat sich die objektive Abhängigkeit Rumäniens von sowjetischen Rohstofflieferungen ebenso vergrößert, wie die Hoffnung auf westliche Absatzmärkte für rumänische Waren (und damit auf einen baldigen Ausweg aus der Schuldenkrise) geringer geworden ist.

LEITARTIKEL SEITE 2:
Vor dem Genfer Treffen
Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Jugoslawen begegnen der neuen Kreml-Konstellation mit vorsichtiger Neugierde. Einesteils setzt man in Belgrad gewisse Hoffnungen auf Gorbatschow als den Exponenten einer neuen Generation, die nicht mehr direkt durch den Stalinismus belastet ist. Andererseits fragt man sich, ob ein energischer Sowjetführer nicht auch gegenüber den kleineren kommunistischen Staaten energischer werden und auf die Dauer unliebsame Forderungen stellen könnte.

Allgemeine Überraschung löste die Tatsache aus, daß ein absoluter außenpolitischer Neuling wie Schewardnadse das Erbe des dienstältesten Außenministers der Welt, Gromyko, angetreten hat. Daraus wird aber gerade bei den Osteuropäern der Schluß gezogen, daß Moskau sich in nächster Zeit eher innen- als außenpolitischen Problemen zuwenden dürfte. Für die Osteuropäer stellt sich die Frage, wie groß die Toleranzgrenze der Sowjets ist, wenn es darum geht, Westkontakte und Westverflechtungen kleinerer kommunistischer Staaten zu dulden.

DW. Berlin

Staats- und Parteichef Erich Honecker hat in seiner Glückwunschadresse an den neuen sowjetischen Staatspräsidenten Andrej Gromyko die Politik der engsten Anlehnung an Moskau und die unwidersprochene Ausrichtung auf die Führungsmacht im Osten zum Ausdruck gebracht. Honecker schrieb an Gromyko, an dessen Widerstand im Spätsommer 1984 die geplante Reise Honeckers in die Bundesrepublik scheiterte, der „DDR" werde es auch künftig „Herzensanliegen" sein, die „unverbrüchliche Kampfgemeinschaft und den Bruderbund unserer Parteien und Staaten, das unerschütterliche Fundament für das erfolgreiche Voranschreiten unseres Landes als untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Gemeinschaft, zu festigen und zu vertiefen".

Sind Berris Rivalen die Drahtzieher der Entführung?

„Haaretz" nennt Namen / Teherans unerwartete Rolle

DW. Jerusalem/Washington

Zwei Rivalen des Führers der schiitischen Amal in Libanon, Nabih Berri, sind nach Informationen der israelischen Zeitung „Haaretz" verantwortlich für die Entführung der amerikanischen TWA-Maschine vor zweieinhalb Wochen nach Beirut: der Amal-Kommandeur für West-Beirut, Aakal Hamiyeh, und der Chef des Amal-Sicherheitsapparats, Mustafa Dirani. Vermutlich seien beide zugleich Mitglieder der radikal-schiitischen „Hisbollah" (Partei Gottes). Bereits am Dienstag hatten US-Regierungsvertreter angedeutet, die Entführer seien in Washington bekannt.

Eine unerwartete Rolle hat einem Bericht der „Los Angeles Times" zufolge offenbar Iran bei der Freilassung der 39 amerikanischen Flugzeuggeiseln gespielt. Die Zeitung berichtet unter Berufung auf das Außen- und das Verteidigungsministerium in Washington, Teheran habe mehrfach die proiranische „Hisbollah" dringend aufgefordert, die Geiseln freizugeben und der zwischen Syrien und den USA ausgehandelten Freilassung zuzustimmen. Diese Abläufe zeigten zum einem, daß Iran den „ernsten Wunsch" habe, die Beziehungen mit dem Westen aus taktischen Gründen wiederanzuknüpfen; sodann belege es den „enormen Druck", den der syrische Präsident Assad auf Teheran ausübe. Syrien ist einer der wichtigsten Verbündeten und Waffenlieferanten Irans im Golfkrieg gegen Irak.

Die USA wollen „alle verfügbaren Mittel ergreifen", um die Flugzeugentführer, die noch an Bord der TWA-Maschine den US-Marinetaucher Robert Stethem ermordeten, vor Gericht zu bringen. Nach Angaben der „Los Angeles Times" erwägt die amerikanische Regierung, eine hohe Belohnung – möglicherweise mehr als fünf Millionen Dollar – für die Ergreifung der Terroristen auszusetzen. Der Sprecher des Außenministeriums, Bernard Kalb, hatte zuvor erklärt, die Täter müßten zur Rechenschaft gezogen werden, entweder in Libanon oder in den USA. Beide Länder gehörten zu den Unterzeichnern internationaler Verträge wie der Haager Konvention, die Fragen der Auslieferung von Kriminellen regeln.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Arbeit und Wirklichkeit

Von Peter Gillies

Zwei Nachrichten von einem Tag: „Arbeitslosenzahl nur leicht gesunken" – „Bußgeldrekord für Schwarzarbeit". Die Öffentlichkeit hat sich daran gewöhnt, die Zahlen, die ihr monatlich aus Nürnberg eingetrichtert werden, als das konturenscharfe Bild der Wirklichkeit zu begreifen. Tatsächlich sind die Erwerbslosenzahlen nur ein Indikator dafür, wie es hierzulande um die Arbeit und ihren Mangel bestellt ist – und nicht einmal der verläßlichste.

Unter den 2,16 Millionen Registrierten gibt es solche, die für eine Vermittlung nicht oder nur sehr eingeschränkt zur Verfügung stehen. Sie werden gleichwohl so gezählt und bewertet, als stelle jeder von ihnen ein existentielles Risiko dar. Andererseits gibt es Nachfrager auf einen Arbeitsplatz, die sich aus familiären Gründen, oder weil ihnen die Suche aussichtlos erscheint, erst gar nicht registrieren lassen. Sie tauchen jedoch sofort wieder auf, wenn sich die Beschäftigung bessert.

Genau das ist erstmals seit Jahren wieder der Fall: die Beschäftigung stieg im ersten Halbjahr um rund 100 000 Personen. Daß die Arbeitslosenzahlen nicht gleichzeitig sanken, hat vor allem demographische Gründe; es drängten mehr Leute – vor allem junge – auf den Arbeitmarkt, als dieser sich verbesserte. Ein Erfolg, der nicht gering geschätzt werden sollte, ist auch der zügige Rückgang der Kurzarbeit. Sie stellt eine Art Knautschzone des Arbeitsmarktes dar.

Aber selbst wenn der wirklich brisante soziale Sprengstoff des Beschäftigungsproblems weit unter den registrierten Zahlen liegen sollte, sie bleiben die allererste Herausforderung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Ein Schelm jedoch, der mit etwelchen Beschäftigungsprogrammen für den nächsten Ultimo Vollbeschäftigung verspricht. Die Politik registriert nur sehr langsam, daß eine bessere Ausfütterung des Arbeitsbesitzers diesen zwar freut, aber in gleichem Maße den Erwerbslosen Chancen abschneidet.

Die anhaltend lebhafte Konjunktur belegt, daß diese Volkswirtschaft auf einem guten Weg ist, um den uns viele Länder beneiden. Leider ist er länger und steiniger, als manche Vereinfacher glauben machen.

Nicht nur Kostenfrage

Von Joachim Neander

Auch nach der zweiten, diesmal mehrstündigen Diskussion am Kabinettstisch hat sich die rheinland-pfälzische Landesregierung noch nicht endgültig zu der Entscheidung durchringen können, den sozial begründeten Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen, wie viele es von ihr erwarten. Dahinter steht keineswegs etwa die Absicht, Helmut Kohl im Regen stehen zu lassen. Bernhard Vogels Loyalität zu diesem Kanzler reicht weit über politische Erwägungen hinaus, sie wurzelt im Persönlichen.

Zuallererst ist die Mainzer Vertagung als ein Signal nach München zu verstehen. Die Rheinland-Pfälzer wollen nicht einfach von anderen als Kläger „ausgeguckt" werden. Wenn schon, dann sollen auch die Bayern mitmachen.

Aber es wäre unredlich, würde man hinter dem Zögern der Mainzer Minister und Staatssekretäre nicht auch Skepsis in der Sache selbst zur Kenntnis nehmen. Sie wird bemerkenswerterweise gerade von denen vorgetragen, die seit langem entschieden gegen den neuen Paragraphen 218 eintreten. Sie fürchten, der Streit auf dem Nebenkriegsschauplatz der Kostenübernahme lenke vom Grundsätzlichen ab. Wer gegen die Abtreibung sei, argumentieren sie, müsse direkt und offen gegen die Abtreibung als solche kämpfen und nicht gegen ihre Kostenregelung.

Darin steckt die Hoffnung, vor allem junge Menschen würden allmählich doch erkennen, daß es verlogen ist, für die Erhaltung der Natur und gegen Tierversuche zu Felde zu ziehen, gleichzeitig aber die Tötung menschlichen Lebens im großem Stil hinzunehmen. Dagegen steht freilich immer noch das Argument, daß erst die Kostenübernahme durch die Krankenkassen die sozial begründete Abtreibung im Bewußtsein vieler zu etwas Legalem und Normalem gemacht hat.

Dies hat der Gesetzgeber bei der Reform des Paragraphen 218 nicht gewollt, und gerade dazu wäre ein Wort aus Karlsruhe dringend nötig. Aber der Weg dahin müßte nicht nur von einem einzelnen Bundesland beschritten werden, während die übrigen in sicherer Deckung abwarten.

Eindeutig ein Abweg

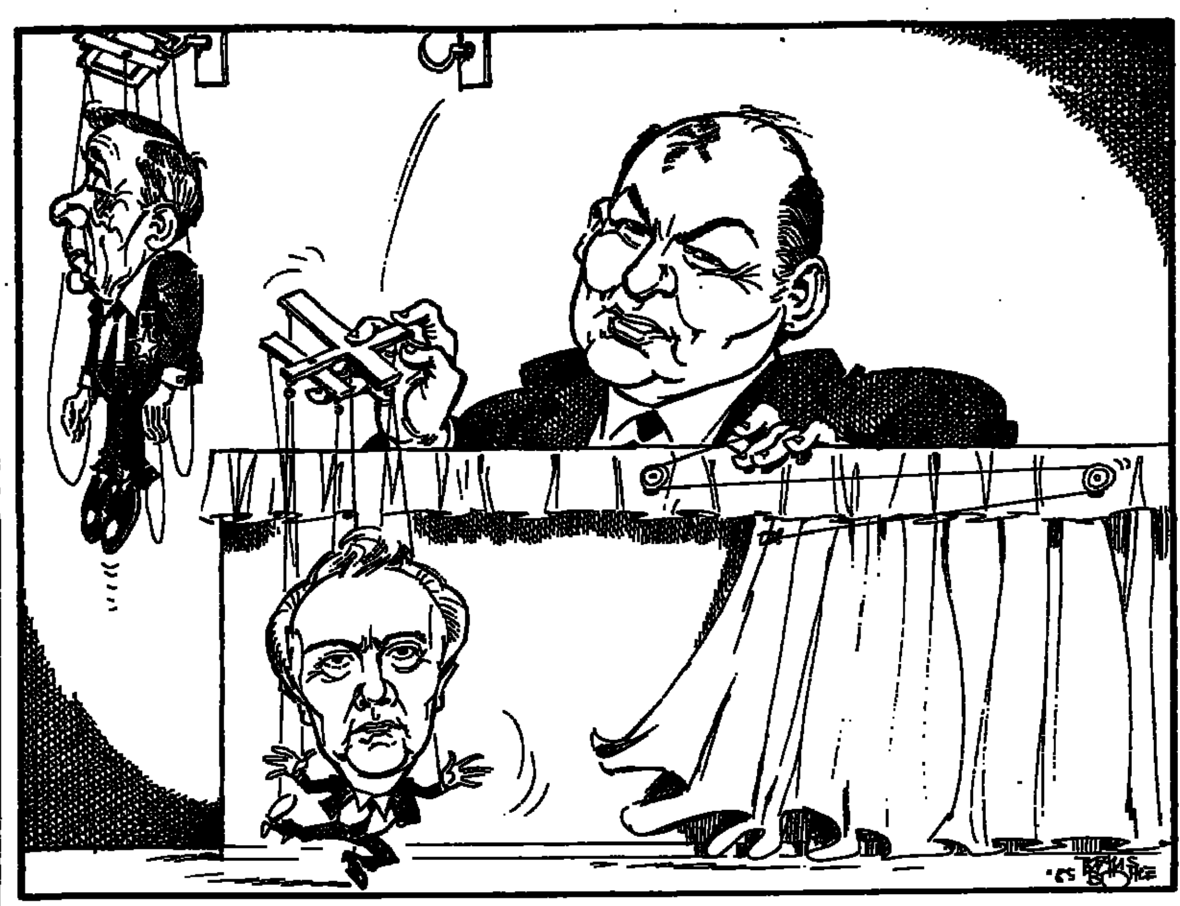
Von Enno v. Loewenstern

Also nützt es doch etwas, wenn man in der Kirche Dampf macht. Nachdem eine Gruppe bibeltreuer Christen in Nordelbien allen Beschwichtigungsversuchen zum Trotz darauf beharrte, die gröbsten dort geduldeten Verirrungen zu beanstanden, kostete das zwar ihren Wortführer Baron Otto Campenhausen die Berufung zum Präses der EKD-Synode zugunsten eines Politikers. Aber die drei nordelbischen Bischöfe rangen sich immerhin eine Stellungnahme „zum Thema ‚Feministische Theologie'" ab.

Abzulehnen sind demnach „verschiedene Versuche, aus einer besonderen Weise weiblicher Selbsterfahrung besondere Weisen biblischer Gotteserfahrung zu erschließen", und „eindeutig ein theologischer Abweg sind Versuche in einigen Werken der feministischen Literatur, besondere Gotteserfahrungen der Frau als Begegnung mit weiblichen Gottheiten zu begreifen", also „die Dreiheit Gott Vater–Sohn–Heiliger Geist für Frauen z. B. in eine Dreiheit Gott Mutter–Tochter–Geist(in) zu ‚übersetzen'".

Das ist tatsächlich vorgekommen; bestimmte Kräfte haben die Anekdote von der Suffragette Emmeline Pankhurst, die einer verzweifelten Mitkämpferin zurief: „Weine nicht, Liebste, vertrau auf Gott! Sie wird dir helfen!", nicht nur in Literatur, sondern in Praxis umgesetzt. Und man darf bei aller Freude über das kirchenamtliche Bekenntnis nicht übersehen, daß der „eindeutige Abweg" erst auf äußeren Druck verworfen wurde; bekannt war er schon lange.

Immerhin, ein Anfang ist gemacht. Noch bleibt die Frage, wieweit die drei Bischöfe ihre Aussage auch innerkirchlich durchsetzen (wollen). Und wann alle die anderen Abwege abgestellt werden, vor allem die medienhaschenden, parteinehmenden Ausflüge in die Tagespolitik. Man muß sich darüber ärgern, daß der unübersetzte Heilige Geist nicht von sich aus, sondern über säkularen Einfluß die Kirche zur Einsicht führt. Man muß und darf andererseits den Schluß ziehen, daß auch die Foren der Evangelischen Kirche nicht an die Tagespolitik verloren sind, wenn die Christen sich nur rühren.



Ins Spiel gebracht KLAUS BÖHLE

Vor dem Genfer Treffen

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Ehe sich Reagan und Gorbatschow im November in Genf zum erstenmal begegnen, ist es nützlich, den Blick auf die Grundstruktur des Verhältnisses zwischen den beiden Supermächten freizulegen. Der Kern ist die mangelnde Leistungskraft der sowjetischen Wirtschaft. Zwar verfügt die UdSSR über eine starke Rüstungsindustrie; doch die Bündelung der Kräfte auf diesen Sektor schwächt die zivile Wirtschaft.

Die Logik aller Rüstungsanstrengungen lag bisher darin, daß Moskau sein Imperium nicht mehr mit der geistigen Gewalt des kommunistischen Dogmas zusammenhalten kann, sondern seine Vorherrschaft militärisch sichern muß (Breschnew-Doktrin). Und weltpolitisch lag die Logik darin, daß die USA lange zögerten, der sowjetischen Aufrüstung mit Offensivwaffen (Raketen) eine gleiche Anstrengung entgegenzusetzen. Doch das Blatt hat sich gewendet, und das aus drei Gründen:

1. Der Aufbruch der Solidarność in Polen hat in Moskau wie ein Schock gewirkt, weil der spontane Erfolg dieser Bürgerrechtsbewegung bewies, daß die Rote Armee nicht in jeder Situation eingesetzt werden kann, um die sowjetische Vormacht aufrechtzuerhalten. Die offensichtliche Unfähigkeit, in Afghanistan den Widerstand militärisch zu brechen, läßt die Sowjetführung ahnen, was ihr in Europa ins Haus stünde, wenn sich innere Erruptionen wie in Polen wiederholen und möglicherweise noch an Gewalt zunehmen.
2. Obwohl die Sowjetunion in Europa eine gewaltige Raketenübermacht aufgefahren hat, sah sie sich außerstande, genug politische Erpressung auszuüben, um die Nachrüstung der NATO zu verhindern.
3. US-Präsident Reagan fordert die Sowjetunion zu einem wahrhaft gigantischen Leistungsvergleich der Wirtschaftskraft heraus. Das ist zugleich ein Wettbewerb der kreativen Energien. Dafür steht das Kürzel SDI.

Dreimal also sieht sich Moskau zu ein und derselben Konsequenz angehalten. Solidarność war und ist das Ergebnis der wirtschaftlichen Notlage in Polen; wer diese Bewegung wirklich entschärfen will, muß die Versorgung mit Wirtschaftsgütern entscheidend verbessern. Der SS-20-Aufmarsch in Europa hat sich als verfehlter Versuch erwiesen, mit militärischer Übermacht politischen Druck auszuüben; doch diese Raketen-Aufrüstung hat einen erheblichen Teil der sowjetischen Wirtschaftsreserven aufgezehrt. Diese Frage stellt sich jetzt der Sowjetführung nicht nur regional in Europa, sondern grundsätzlich; denn mit seiner „Strategischen Verteidigungs-Initiative" entwertet Reagan die Offensivkraft sowjetischer Raketen, veranlaßt die Sowjetunion jedoch gleichzeitig zu der Überlegung, ob sie nicht noch mehr wirtschaftliche Leistung in die Raketenrüstung stecken muß, um die Entwertung ihrer Offensivwaffen mit einer erheblich größeren Stückzahl halbwegs auszugleichen. Die Folge wäre, daß die Rüstung der zivilen Wirtschaft noch mehr Energien entzöge.

So brisant der Rüstungsaspekt politisch auch ist, in Wahrheit bleibt er vordergründig. Denn SDI ist ein grandsioser Anlauf zum Sprung in die Wirtschaft des kommenden Jahrhunderts, und nach allem, was wir wissen, können die Sowjets nur kürzer springen als die USA. Die politische Rangordnung der Weltmächte wird im 21. Jahrhundert nicht mehr von der Rüstung, sondern vom Vorsprung in der technologisch-wirtschaftlichen Leistung bestimmt werden.

Dies ahnte wohl schon Breschnew. Andropow und Tschernenko wußten es, und Gorbatschow ist von diesem Gedanken beherrscht. Breschnew setzte sein Vertrauen in die Parteikader und in das, was Entspannungspolitik genannt worden ist, um die Wirtschaft mit Motivation im Innern und Technologie-Zuzug von außen effektiver zu machen. Doch schon in der Schlußphase seines Regiments bildete sich das Drei-Mann-Team Andropow/Ustinow/Gromyko, dem es in der Wirtschaft zu langsam voran ging. Die Wirtschaft sollte so leistungsstark werden, daß Moskau nicht zu Konzessionen gegenüber den USA gezwungen sei. Gorbatschow gehörte zu denen, die Andropow an der Spitze der Sowjetführung stützten. Nur: Andropow mußte eingestehen, daß er kein Rezept für die Wirtschaft wußte. Allein mit dem Durchgriff auf faule, unfähige und korrupte Funktionäre war es nicht getan.



Aus dem Verkehr gezogen: Verlierer Gromyko FOTO: AP

Hat Gorbatschow ein Rezept? Das darf bezweifelt werden; denn niemand kann ihm sagen, wie die sowjetische Wirtschaft die amerikanische ein- und überholen soll, so lange das sture System der zentralen Planung und Steuerung alle spontanen unternehmerischen Kräfte fesselt. Das Problem hat er jedoch klar angesprochen: Das „historische Schicksal unseres Landes und die Position des Sozialismus in der modernen Welt" hingen davon ab, „wie und wodurch" eine Beschleunigung der Wirtschaftsentwicklung erreicht werde. Da er den Rat der ungarischen „Wirtschaftsreformer" zumindest einholt, läßt sich vermuten, daß er noch auf tastender Suche nach dem großen Erfgolgskonzept ist.

Während Gorbatschow noch gegen den eingefahrenen Trott im eigenen Lande ankämpft, ziehen die Amerikaner mit SDI schon schlank davon. Dies ist die Schlüsselfrage des Treffens von Reagan und Gorbatschow im November. Welche Antworten Gorbatschow anstrebt, das bleibt vorerst sein Geheimnis. Die Leitplanke aller seiner Manöver wird jedoch der Wille sein, den wirtschaftliche Vorsprung der USA aufzuholen – und sei es mit Technologie-Hilfe nicht nur der Amerikaner, sondern möglichst des ganzen Westens. Wie will er es auch, wenn überhaupt, anders schaffen? Es mag sein, daß er mit den USA jene Komplicenschaft unter Gegnern ansteuert, die in Europa als „Entspannung" besungen wird. Jedenfalls hat er den harten Knochen Gromyko, dessen frustriertes Verhältnis zu Amerika sprichwörtlich ist, ehrenvoll aus dem Verkehr gezogen.

IM GESPRÄCH Jegor Ligatschow

Am Personalkarussell

Von Ladislaus Hory

Es gibt in der KPdSU so etwas wie den offiziell bezeichneten Stellvertreter des Parteichefs nicht, aber es gibt den besonderen Rang eines Mannes, der als ZK-Sekretär für die Kaderpolitik zuständig, also Personalchef ist. Jegor Kusmitsch Ligatschow ist jetzt zum Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Obersten Sowjet berufen worden, es heißt, daß er auch das ideologische Sekretariat kontrolliert, also Chefideologe wurde. Jedenfalls obliegen ihm die „Verjüngungen", die Gorbatschow seit seinem Amtsantritt teils lächelnd, teils drohend ansagt.

Ligatschow rückte im April unter Gorbatschow ins Politbüro auf. Seinen ersten großen Auftritt hatte er Mitte Mai, als er der Ideologiekonferenz des Zentralkomitees präsidierte. Er ist Russe von Nationalität, geboren am 29. November 1920. Während des Zweiten Weltkrieges absolvierte er das Moskauer Flugtechnische Institut und kam als Ingenieur in eine Flugzeugfabrik nach Nowosibirsk. Im Jahre 1944 wurde er in die Partei aufgenommen und stieg zum Ersten Sekretär des Komsomol im Oblast Nowosibirsk auf. Dann kam er nach Moskau, um an der Partei-Hochschule des ZK zu studieren; Genossen sagten ihm „Woschdism" (Selbstüberschätzung) nach.

Zwischen 1949 und 1951 arbeitete Ligatschow wieder in Nowosibirsk als Lektor, danach rückte er zum Abteilungsleiter im Städtischen Parteikomitee und später im Oblast-Parteikomitee vor. Im Schicksalsjahr 1953, als Stalin starb und in der Partei ein Kampf um die Führungspositionen begann, verschwand auch Ligatschow aus dem Führungsapparat. Zwei Jahre später kamen wieder seine Freunde zum Zug. Er wurde Stellvertretender Vorsitzender des Exekutivkomitees des Oblast Nowosibirsk.

Als 1957 eine Stadt für die Akademiker in Sibirien, 20 km von Nowosibirsk entfernt, mit Namen „Akademgorodok" im tiefen Urwald gegründet wurde, erhielt Ligatschow das Amt des Ersten Rayonsekretärs. So kam er in Kontakt mit den Wissenschaftlern der sibirischen Sektion der Wissenschaftlichen Akademie. Als sein Freund und Ex-Kommilitone Fjodor Loschtschenkow im Zuge von Säuberungen Zweiter Parteisekretär von Nowosibirsk wurde, machte er Ligatschow zu seinem Sekretär für ideologische Fragen; als beide 1961 nach Moskau beordert wurden, avancierte der Ideologe aus Nowosibirsk zum stellvertretendem Leiter der Propaganda- und Agitationsabteilung des Zentralkomitees in der russischen Teilrepublik.



„Verjüngung" oder Säuberung: Ligatschow FOTO: CAMERA PRESS

Im November 1965 stieg er zum Ersten Parteisekretär des Oblast-Parteikomitees in Tomsk (Sibirien) auf, er wurde Kandidat des ZK und Abgeordneter im Obersten Sowjet. 1976 wurde er Vollmitglied des ZK. Ligatschow hat die Arbeitsdisziplin in Tomsk wieder hergestellt; man sprach in Moskau vom gelungenen „Tomsk-Experiment" – Andropow wollte es auf die ganze Sowjetunion ausdehnen. Im April 1983 wurde Ligatschow zum Leiter der Parteiorganisations-Arbeit im ZK nach Moskau berufen. Er wurde dem damaligen ZK-Sekretär Gorbatschow unterstellt. Ligatschow veranstaltete eine Kampagne, in deren Verlauf zwanzig Prozent der Ersten Parteisekretäre in den Oblasten von Andropows Leuten ersetzt wurden. Was kein Widerspruch zu den Interessen Gorbatschows war. Man empfand es allerdings als Überraschung, daß die Aufgaben des früheren Zweiten Sekretärs, d. h. Gorbatschows, Ligatschow und nicht Romanow anvertraut wurden. Mittlerweile weiß man, warum.

Was kann man von Ligatschow erwarten? Er gilt als belesener, gebildeter Mann. Ihm wird nachgesagt, er habe zwei Ausarbeitungen der Akademie in Nowosibirsk inspiriert: das bekannte Plädoyer für eine Wirtschaftsreform und die Alkoholismus-Dokumentation. Ob daraus richtige Reformen werden, ist natürlich nicht abzusehen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Gorbatschows Personalentscheidungen und die Genfer Verabredungen beschäftigen viele Zeitungen:

L'UNITA

Die Veränderungen an der Spitze der Sowjetunion müssen im Licht eines politischen Zusammenstoßes gesehen werden, der mittlerweile unzweifelhaft öffentlich geworden ist, auch wenn er sich an die ungeschriebenen aber immer gültigen Regeln des politischen Lebens der UdSSR hält. **(Rom, KPI-Blatt)**

l'Humanité

Es handelt sich darum, die Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsreform durchzuziehen und offen anzupacken ... Bei dieser Aufgabenteilung sollen die gewählten Volksvertreter mehr Verantwortungsbewußtsein zeigen und die Partei aktiver sein, was letzten Endes eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens bedeutet. **(Paris, KPF-Blatt)**

The New York Times

Gorbatschow hat durchblicken lassen, daß die wirtschaftliche Entwicklung eine höhere Priorität haben wird als sogar sein Militärhaushalt. Und er hat besonderes Interesse für eine Minderung der Spannungen mit China bekundet, die einen großen Teil dieses Haushalts beanspruchen wird. Das sind für Reagan und Gorbatschow Gründe genug, einander kennenzulernen.

FINANCIAL TIMES

Gorbatschow ist kein Radikaler. Er ist kein Marktwirtschafts-Sozialist oder ein Anhänger freierer Preise oder gar eines kleinen privaten Sektors. Er braucht unangetastete Autorität, um Reformen zu versuchen, die früher fehlgeschlagen sind. Die Botschaft aus Moskau in dieser Woche ist, daß er diese Autorität jetzt hat. **(London)**

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Jetzt dürfte Gorbatschow nichts mehr aufhalten außer vielleicht seine rüden Methoden. In der sowjetischen Tyrannei sind Säuberungsaktionen ein zweischneidiges Schwert.

Kohl und Strauß: Das Barometer steigt

Die Aussprache führte zu einigen Klärungen / Von Manfred Schell

Die Begegnung zwischen Helmut Kohl und Franz Josef Strauß könnte, was den Umgang zwischen beiden Politikern mit seiner automatischen Ausstrahlung auf das Koalitionsklima insgesamt betrifft, der Beginn einer neuen Ära gewesen sein. Mit allem Vorbehalt, versteht sich. Aber wenn nicht alle Informationen über die gestrige Begegnung täuschen, dann haben Kohl und Strauß begriffen, und dies auch unter vier Augen ausgesprochen, daß sie aufeinander angewiesen sind.

Bei Helmut Kohl setzt sich das Bewußtsein durch, daß er nur mit dem CSU-Vorsitzenden gewinnen – und Diskussionen, die möglicherweise nach der Wahl in Niedersachsen aufflammen können, durchstehen – kann. Die Bundestagswahl 1987 kann der Kanzler nicht ohne und schon gar nicht gegen Franz Josef Strauß bestehen. Umgekehrt weiß aber auch Strauß, daß diese Regierung Erfolg haben muß, denn die Alternative zu ihr wäre nach Lage der Dinge ein rot-grünes Bündnis.

Eine solche Vision muß jeden Christdemokraten, der den Erosionsprozeß zum Beispiel in Hessen beobachtet, mit Schrecken erfüllen. Insofern ist auch Strauß zu einem gewichtigen „Stabilitätsbeitrag" für die Koalition in Bonn gefordert. Dazu gehört auch, daß der CSU-Vorsitzende jene in seiner Umgebung zur Disziplin zwingt, die mit Vermerken, Gerüchten und Indiskretionen Schaden anrichten, der auch Strauß selbst trifft.

Das jüngste Beispiel: Das bayerische Kabinett hat einen Tag vor der Begegnung mit Kohl entschieden, es werde wegen der von der Bundesregierung beschlossenen Hinterbliebenenversorgung im Bundesrat den Vermittlungsausschuß anrufen. Strauß ist diesen Weg nach der Lektüre entsprechender Papiere seiner Experten mitgegangen. Im Gespräch mit Kohl hat er sich dann umstimmen lassen. Bayern wird somit im Bundesrat diesen Gesetzentwurf nicht aufhalten.

Am 11. Juli wird Strauß, bei einem Aufenthalt in Frankreich, auch mit dem FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann eine Unterredung führen. Nach der Sommerpause wird es dann, im Beisein von Genscher, die konfliktträchtige Diskussion über die Außenpolitik der Koalitionsregierung geben. Mit Hilfe dieses Fahrplanes hofft man im Kanzleramt, in diesem Jahr ein Sommertheater zu vermeiden. Ob dies gelingen wird, ist nach allen Erfahrungen freilich nicht sicher.

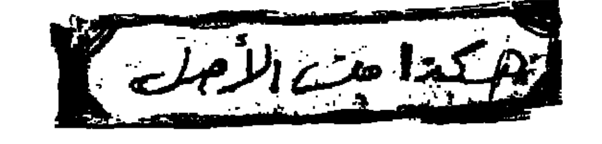
So, wie das Erscheinungsbild der Regierung zur Zeit ist, wird alsbald die Frage nach einer Kabinettsumbildung gestellt werden. Ziel des Bundeskanzlers ist es, und das ist verständlich, personelle Veränderungen – wenn überhaupt – dann nur im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Heiner Geißler im Spätherbst dieses Jahres vorzunehmen. Bislang war es sogar Kohls Linie, nur Geißler auszutauschen, der als CDU-Generalsekretär für die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes freigestellt werden soll.

Ob Kohl das durchhalten kann, ist fraglich. In der hessischen CDU wird hinter vorgehaltener Hand bereits über das politische Schicksal von Bundespostminister Schwarz-Schilling diskutiert. Innerhalb der CSU gibt es Vorstöße, in denen ein Personentausch in diesem Ressort gefordert wird. Andererseits, und das zeichnet den Kanzler aus, ist er nicht der Mann, der schnell einen Minister fallen läßt, zumal da es im Zusammenhang mit Schwarz-Schilling nur um einen „Anfangsverdacht", also noch lange nicht um eine Anklage geht.

Eine Kanzler-Diskussion steht, wenn die gestrige Begegnung zwischen Kohl und Strauß für die Zukunft Maßstab sein sollte, nicht ins Haus. Im Grunde genommen gibt es dafür auch keinen Anlaß. Die Regierung Kohl hat Leistungen vollbracht, die sich sehen lassen können. Es war ihr entscheidender Fehler, daß diese Leistungen durch Mißmanagement und unzulängliche Selbstdarstellung konterkariert worden sind.

Aber die Erfolge in der Stabilitäts- und Konsolidierungspolitik – und hierfür steht der Name Stoltenberg – sind unbestreitbar. In der Innen- und Rechtspolitik geht es nach einem Jahr der selbstquälerischen, unnötigen Diskussion plötzlich vorwärts: Das Demonstrationsstrafrecht ist vom Tisch, die Volkszählung kommt, ebenso der maschinenlesbare und fälschungssichere Ausweis. Bundesinnenminister Zimmermann hat in Luxemburg erfolgreich für den Umweltschutz gekämpft; kein Minister vor ihm kann auf diesem Feld so viel wie er vorweisen.

Ein Streitpunkt, der an die Substanz geht, ist die Außenpolitik Genschers. Der Kanzler hatte dieses Feld zu Beginn seiner Amtszeit besetzt, dann es aber Genscher überlassen. Ein Unionsabgeordneter hat den Unmut auf einen kurzen Nenner gebracht: Die Union, so sagte er, stehe nicht für die „Kontinuität", sondern für die Korrektur der Außenpolitik der früheren SPD/FDP-Regierung. Darüber wird es im Herbst ein hartes Ringen mit Genscher geben. Ein Ringen, für das die Union nicht Gründe des Profils, sondern sehr wohl der Sache hat.



Wie viele Deutsche sind wirklich arbeitslos?

Bundeskanzler Kohl hat kürzlich Zweifel an der Verläßlichkeit der Arbeitslosenzahlen geäußert. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, wies diese Zweifel als unbegründet zurück. Flankenschutz erhält der Kanzler von Professor Eberhard Hamer, der in einem Gastbeitrag für die WELT seine eigene Arbeitslosenrechnung darlegt.

Von EBERHARD HAMER

Viele mittelständische Unternehmen führen beredte Klage: Trotz einer hohen Nominalstatistik von Arbeitslosen finden sie keine geeigneten Arbeitskräfte. Mangel bei gleichzeitigem statistischen Überfluß trifft nicht nur auf bestimmte Gegenden und Wirtschaftsschwerpunkte wie beispielsweise Baden-Württemberg zu, denn nicht nur dort fehlen Fachkräfte. Ein Unternehmer erklärte ganz offen, er suche inzwischen jeden, der „wenigstens zur Arbeit willig ist".

Offenbar stimmt der Realwert der Arbeitslosenstatistik mit ihrem Nominalwert nicht überein. Die Globalzahl von 2,2 Millionen Erwerbslosen steht der Wirtschaft keinesfalls zur Verfügung. Aus der Arbeitslosenstatistik darf man also nicht entnehmen, daß die genannten Zahlen auf Arbeit warteten und real einsetzbar wären. Zulässig ist allenfalls der Schluß, 2,2 Millionen Menschen hätten sich beim Arbeitsamt als Unterstützungsberechtigte gemeldet. Mehr als ein Drittel von ihnen (nach anderen Hochrechnungen sogar mehr als die Hälfte) will jedoch nur die Unterstützung, nicht jedoch Arbeit. Diese Gruppe steht aus persönlichen Gründen für eine konkrete Arbeit überhaupt nicht zur Verfügung.

Ein Teil der gemeldeten Arbeitslosen sind nur der Sozialleistungsvorteile wegen statistische Arbeitslose – also Scheinarbeitslose –, an echter Arbeitsaufnahme aber nicht interessiert. Ihnen geht es um die Unterstützung und den rentenberechtigten Status des Arbeitslosen, solange es die Sozialleistungsvorteile zum Nulltarif durch einfache Meldung gibt. Sie versuchen deshalb dem Angebot einer Arbeit mit allen Tricks zu entgehen, weil sie andere Lebensziele haben, anderweitig versorgt sind (Lebenspartner, Angehörige) oder weil sie mit Familientätigkeit, Heimarbeit oder Schwarzarbeit zwar ausgelastet, aber nicht mit Sozialansprüchen versorgt sind.

Die Arbeitslosenunterstützung stellt für sie die soziale Absicherung ihrer normalen Lebensführung dar. Sie würden sich aus der Statistik sofort abmelden, wären diese Sozialleistungsvorteile nicht mehr zum Nulltarif, sondern nur durch Gegenleistung erhältlich.

Mein Vater stand einst als Pfarrer vor dem gleichen Problem. Viele Bettler klopften an seine Tür. Er wollte keinen Bedürftigen abweisen, aber auch die Schnorrer nicht unterstützen. Zu diesem Zweck hatte er vor dem Haus einen „pädagogischen Steinhaufen", rund 30 Ziegelsteine. Er bat nun jeden Hilfesuchenden, zuvor diese Steine einige Meter weiter aufzuschichten. Folge: Die meisten verzichteten lieber auf die milde Gabe, als daß sie sich auch nur ein wenig anstrengten.

Verlangten wir in ähnlicher Weise den Scheinarbeitslosen auch nur ein oder zwei Stunden am Tag irgendeine soziale Tätigkeit ab, würde sich herausstellen, in welchem Maß der statistische Luftballon der Arbeitslosigkeit schrumpft. Befragungen bei Personalchefs, Betriebsräten, mittelständischen Unternehmern und Angehörigen der Arbeitsverwaltung führten ziemlich übereinstimmend dazu, daß wir in unserer Nominalstatistik mehr als 350 000 arbeitsunwillige „Scheinarbeitslose" mitführen, die keine Arbeit übernehmen wollen und deshalb der Wirtschaft auch nicht zur Verfügung stehen.

Dies gilt beispielsweise für Ehefrauen, die nur an Halbtagsarbeit interessiert sind, sich aber – solange kein Vermittlungsrisiko droht – wegen der Unterstützungshöhe als Vollzeitarbeitslose führen lassen oder auch die Halbtagstätigkeit nur so lange suchen, wie sie ihnen nicht zugewiesen wird. Daneben gibt es eine Fülle von Einzelfällen:

- Ein scheinarbeitsloser Akademiker war für 46 000 DM nicht bereit zu arbeiten, da ihm davon nur 30 000 DM netto übrigblieben, er aber mehr als 25 000 DM Unterstützung beziehe. Für die Differenz von 5000 DM wolle er sich „den Tag nicht kaputtmachen".
- Ein anderer hatte nach erfolgloser Gesellenprüfung 17 Jahre lang öffentliche Fortbildungsmaßnahmen bis zum Bremer Examen genossen, wurde dann nach nur einem Jahr wegen seines Arbeitseifers fristlos aus einem öffentlichen Dienstverhältnis entlassen. Er ist jetzt 44 Jahre. Als ihm eine Arbeit angeboten wurde, reagierte er gereizt und forderte „die Unterschrift" (Ablehnung).
- Ein Versicherungsinspektor stellt inzwischen arbeitslose Lehrer als Vertreter ein, schließt den Vertrag jedoch auf deren Ehefrauen ab, damit seine Mitarbeiter das Zusatzeinkommen und die Sozialunterstützung des Arbeitslosen nicht verlieren.
- Als wirksamstes Mittel gegen drohende Einstellungen von Frauen hat sich die Bemerkung bewährt, man „suche insbesondere deshalb Arbeit, weil man sich gerade wieder zu einem Kind entschlossen habe".
- In mehreren Fällen waren statistische Arbeitslose tagsüber überhaupt nicht zu erreichen. Die Vermutung, sie seien mit Schwarzarbeit voll ausgelastet und kassierten somit doppelt, ist so abwegig nicht.

Die Zahl solcher Fälle ließe sich beliebig verlängern. Allerdings darf man sie nicht verallgemeinern. Das Mittelstandsinstitut Niedersachsen ermittelte aber eine Reihe von Gruppen statistischer Arbeitsloser und rechnete die Zahlen hoch. Danach hätte die unechte Arbeitslosigkeit folgenden Umfang:

- Rund 130 000 falsch und marktfremd ausgebildete Hochschüler, welche in ihren Hobbyausbildungen nicht gebraucht werden, zu marktgerechten Tätigkeiten aber nicht bereit sind.
- Mehr als 100 000 ausgesteuerte Arbeitslose, die nur bedingt einsetzbar sind und nur für wenige Tätigkeiten überhaupt zur Verfügung stehen.
- Fast 100 000 Flüchtlinge aus dem Ostblock, Aussiedler oder Ostblockgäste, die zwar arbeitslos gemeldet sind, aber von Organisationen betreut und zum Teil erst sprachlich auf eine Arbeit vorbereitet werden müssen (Goethe-Institute u. a.).
- Etwa 90 000 Bauhilfskräfte, die zu industriellen Tätigkeiten zunächst kaum geeignet und nur in Grenzen dazu bereit sind.
- 80 000 Strafentlassene mit Resozialisierungsproblemen und einer nur bedingten Einsatzfähigkeit.
- Rund 80 000 Gammler, Gelegenheitsjobber, oder Motivationslose, die von Eltern, Ehepartnern oder Verwandten unterhalten und nur formal arbeitslos gemeldet werden.
- Schätzungsweise 60 000 sind als Zeitpersonal beschäftigt, also zwar tätig, aber formal als arbeitslos gemeldet.
- Rund 40 000 Problemfälle sind durch eine zu großzügige Einstufung als Schwerbehinderte entstanden und dadurch nicht vermittelbar.
- Ebenfalls 30 000 Menschen sind zwischen zwei verschiedenen Ausbildungsabschnitten oder vor oder nach der Bundeswehrzeit „Park-Arbeitslose", also nur vorübergehend bis zu einem bereits feststehenden Termin formal arbeitslos, aber nicht für Dauerpositionen einsetzbar.
- 25 000 Arbeitnehmer sind durch Sozialplan oder andere Abfindungen ausgeschieden, zumindest vorübergehend nur formal arbeitslos.

Zu diesen Problemgruppen unechter arbeitsloser Einheimischer

Arbeitsloser 1933

FOTO: PREUSSISCHER KULTURBESITZ

kommt das Ausländerproblem hinzu. Solange wir jedenfalls mehr Ausländer bei uns beschäftigen, als wir statistische Arbeitslose haben, muß man per saldo von einer „importierten Arbeitslosigkeit" sprechen. Nachdem aber nun der Zuzug von Gastarbeitern per saldo nachläßt, nimmt der Zuzug solcher Gruppen zu, die nicht als Gastarbeiter zu uns kommen oder unter uns bleiben, sondern als „Gastarbeitslose bzw. Gastrentner". Zu solchen „Gastrentnern" gehört ein Teil der oben genannten Ostblockasylanten, aber auch folgende Gruppen:

- Rund 50 000 Wirtschaftsasylanten aus den EG-Ländern, die sich nur zum Teil sporadisch bei uns aufhalten und melden, aber statistisch dauernd geführt werden.
- Etwa 30 000 bis 40 000 Ausländer, die als echte oder angebliche Verwandte und qualifikationslose Jugendliche, also als „Gastarbeitslose", nachgeholt worden sind.
- Schätzungsweise 30 000 bis 40 000 behinderte Ausländer und ausländische jugendliche Problemfälle ohne Arbeitsplatz, die zum Teil in Institutionen betreut werden, jedenfalls nicht vermittelbar sind und eigentlich in die Sozialstatistik gehören.
- Dazu aber mehr als 50 000 statistisch noch als Arbeitslose geführte Ausländer, die längst wieder in ihrem Heimatland sind (Karteileichen) oder nur zu Sozialzwecken vorübergehend bei uns auftauchen.

Darunter gibt es freilich manche Doppelzählungen innerhalb der genannten Gruppen. Andererseits muß die Qualität der Arbeitslosenstatistik noch dadurch eingeschränkt werden, daß mehr als die Hälfte (mehr als eine Million) der Arbeitslosen qualifikationslos sind und etwa ein Drittel – vor allem die weiblichen Arbeitslosen – nur Halbtagstätigkeiten sucht. Die Totalstatistik zählt also Äpfel und Birnen zusammen.

Die Arbeitsverwaltung kennt die Probleme der Scheinarbeitslosigkeit, der unechten Arbeitslosigkeit und der Gastarbeitslosigkeit ebenfalls, veröffentlicht sie aber nicht. Vor Jahren wurde meinem Institut von der Arbeitsverwaltung mitgeteilt, daß eine solche Aufschlüsselung „politisch inopportun" sei. Nun hat der Kanzler selbst eine Differenzierung angeregt und löste damit statt allgemeiner Zustimmung bei der Opposition einen Sturm der Entrüstung aus.

Offenbar sind gewisse Kreise bei uns daran interessiert, die Totalzahl undifferenziert benutzen zu können, und fürchten, jede Differenzierung nach Realtatbeständen könnte ihren Interessen schaden. Daß eine Opposition sich die Chance einer Nutzung selbst unechter Totalstatistiken nicht entgehen lassen will, ist verständlich.

Fragt man sich, welches Interesse die Gewerkschaften an einer unechten Nominal- statt einer echten Realstatistik der Arbeitslosenziffer haben könnten, so dürfte die traditionelle Hilfstruppenfunktion der Gewerkschaften für die SPD und die personelle Verflechtung mit dieser Partei eine wichtige Rolle spielen.

Warum haben nicht wenigstens die Arbeitgeberverbände auf Differenzierung der Nominalstatistik gedrängt? Ebenso wie Vollbeschäftigung die Tarifvertragsposition der Arbeitnehmer stärkt, ist die Tarifvertragsposition der Arbeitgeberverbände um so höher, je mehr Arbeitslose ausgewiesen werden. Würden dagegen die Tatbestände aufgeschlüsselt und offenbart, daß beispielsweise in Baden-Württemberg und anderswo Facharbeiter längst wieder knapp geworden sind, dann könnte dies wiederum tarifliche Auswirkungen haben.

Unerklärlich scheint, weshalb die Arbeitsverwaltung – zumindest nach der Neubesetzung ihrer Spitze – nur Total- und Nominalstatistiken statt realer Aussagen präsentiert. Niemand könnte das tatsächliche Volumen von Schwarz- oder Scheinarbeitslosigkeit und anderen Formen der verdeckten Erwerbslosigkeit besser klären. Mit der nachweisbar falschen Behauptung, unechte Fälle gäbe es nicht, sollte man Nürnberg nicht durchkommen lassen.

Unerklärlich ist weiterhin, weshalb die Regierung sich eine falsche Statistik ohne das ihr mögliche Eingreifen politisch anlasten läßt, zumal sie diesen Tatbestand doch am wenigsten verschuldet hat. Haupttäter ist der lauteste Schreier, die Opposition, welche als Regierung die Belastungen der Wirtschaft und insbesondere des Faktors Arbeit durch Auflagen und Nebenkosten so angehoben hat, daß heute Roboter billiger sind.

Der gleiche Täter hat aber auch das Bildungssytem so verschoben, daß Arbeitslosigkeit daraus entstehen mußte: Wer jungen Menschen eine Minderwertigkeit der praktischen Arbeit einredet, um sie zu marktfremden, ideologischen Studiengängen zu treiben, der hat ihre Arbeitslosigkeit fahrlässig mitverursacht.

Weitere Täter sind aber auch die Tarifparteien, die durch überhöhte Sockelbeträge die unqualifizierte Arbeit bevorzugten, obwohl diese erkennbar immer weniger gebraucht wird und es deshalb darauf angekommen wäre, die praktische Aus- und Weiterbildung attraktiver zu machen. Kein Wunder, daß ausgebildete Kräfte beschäftigt und knapp sind, mehr als eine Million „Ungelernte" dagegen zu den statistischen Arbeitslosen zählen. Auch hier sollte die Regierung nicht fremde Schuld übernehmen, sondern die Täter nennen.

Nachdem wir nachweisen können, daß die Arbeitslosenstatistik falsch ist, kann der Streit eigentlich nur über die Größe des Fehlers gehen. Selbst wenn meine aus Befragungen ermittelten Schätzungen eines Drittels der Gesamtquote bestritten werden mögen, entbindet dies niemand von dem Zwang, den Tatbestand der Schwarz- bzw. Scheinarbeitslosigkeit und der in der Nominalstatistik den Arbeitslosen fälschlich zugerechneten Gruppen zu ermitteln. Wären es auch nur 100 000, bedeutete dies einen öffentlichen Aufwand der Leistungsträger von einer Milliarde Mark und einen zusätzlichen Verlust an öffentlichem Einkommen von weiteren 1,4 Milliarden Mark.

Professor Dr. Eberhard Hamer ist wissenschaftlicher Leiter des Mittelstandsinstituts Niedersachsen e. V., Hannover.

Auf den Spuren von Rasputin und Dostojewski

Leningrad im Juli: Graue Glanzlosigkeit liegt über dem alten Viertel jenseits des pulsierenden Newskij-Prospekts. Ein Tag, um literarischer Nostalgie, um makabren Episoden nachzugehen.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Brackig riecht das Wasser des Moika-Flüßchens, das Leningrad durchzieht. „Dworez Jussupowa", Jussupow-Palais, wiederholt der junge Mann, den ich frage. Dann schüttelt er energisch verneinend den Kopf. Doch die alten Leningrader kennen noch ihre Geschichte und die damit verbundenen Geschichten. Ein alter Mann scheint nicht erstaunt, daß man nach diesem Ort fragt. „Sie meinen das Palais des Fürsten Jussupow, der den Rasputin ermordete?" Ohne eine Antwort abzuwarten, antwortet er: „Gehen wir gemeinsam in die Nabreschnaja Rjeki Moiki Nr. 94, hier am Flußufer."

Sonnengelb prangt der Prachtbau, der heute Sitz der Leningrader Lehrergewerkschaft ist. Hinter diesen Mauern spielte sich am 17. Dezember 1916, in der Nacht, eine Verschwörung ab. Denn hier wurde der geheimnisumwitterte mähnige Wundermönch Grigorij Rasputin ermordert. Der ehrgeizige Fürst Jussupow lockte ihn mit dem Versprechen eines Rendezvous in seinen Palast. Jussupow, der überzeugte Nationalist, und seine Mitverschwörer glaubten, dieser zwielichtige dämonische Bauer aus Kasan sei der Hauptverantwortliche für die fatale Neigung Nikolais II., für Rußland einen Separatfrieden in der deutsch-österreichischen Allianz anzustreben. Sie beschlossen daher seinen Tod.

In diesem Palais nun, dessen weiße Säulen sich jetzt in den trüben Wassern der Moika widerspiegeln, bot man Rasputin Wein und Crèmetörtchen mit rosa Zuckerguß an, die Zyankali enthielten. Rasputin trank zwei Gläser Wein, aß mehrere Törtchen, doch das Gift wirkte nicht. Der Wundermönch las die Enttäuschung, las das Entsetzen in den Gesichtern seiner Mörder und lachte hämisch. Da schoß der Fürst ihn mit der Pistole nieder. Doch Rasputin war nur verletzt, wankte in den schneebedeckten Hof, wo ihn der Abgeordnete Purischkewitsch niederstreckte. Doch Rasputin lebte noch immer. Sie schlugen auf ihn ein, zerrten ihn durch eine Holztür und warfen ihn in die Moika. Doch selbst jetzt lebte Rasputin noch, man sah sein verzerrtes Gesicht unter Wasser, wie die Aufzeichnungen erzählen.

Zarengold und Leninrot

Im Foyer des Palais prangt jetzt eine schneeweiße Leninbüste auf rotem Tuch. „Njet", erklärt stoisch und unerbittlich die beleibte Madame an der Pforte. Das geschichtsträchtige Haus zu besichtigen ist verboten. Die kleine Holztür, durch die man den verletzten Rasputin schleppte, ist noch vorhanden. Seltsamer Wandel: Zarengold und Leninrot.

Auf dem Newskij-Prospekt drängen sich derweil die Menschen vor dem Kino. Es läuft „Agonija", der Film, der das Leben und Sterben Rasputins beschreibt. Nach langen Jahren nun endlich freigegeben. Doch viele wichtige Passagen fielen der Schere zum Opfer.

Nicht weit vom Moika-Flüßchen liegt der Heumarkt, der Schauplatz von Dostojewskis „Schuld und Sühne". Dort, wo Raskolnikow durch die Gassen und Hinterhöfe streifte, vorbei an den Garküchen, Verkaufsbuden, Kellerschenken, auf dessen Treppen Betrunkene und leichte Mädchen lungerten. Noch immer stehen hier Hinterhöfe grauester Tristesse, jetzt nur gemildert durch das Baumgrün des Sommers. Häuserfassaden, deren Putz abblättert, hinfällige Häuser wie abgestorben, die Fenster zerbrochen, die Türen vernagelt.

Man sucht, verkauft und will tauschen

Der frühere anrüchige Petersburger Heumarkt heißt heute „Platz des Friedens". Das Gewirr der Holzhäuser und Buden ist verschwunden. Bagger schlugen Schneisen, eine graue Betonburg erhebt sich auf dem Platz, eine Metrostation speit Menschenströme aus. Noch ist die Fläche unbebaut. An den einzelnen stehengebliebenen Pfosten sind Dutzende von Zetteln angeklebt, man sucht, man verkauft, man will tauschen. Doch noch immer liegt Armut über dieser Gegend.

Arbeiter aus einer nahen Eisengießerei stehen Schlange an einer Bierbude, Zigeunerinnen bieten gebrauchte Kleidungsstücke an. Fette Tauben hocken in den Pfützen. Raskolnikow hauste in einer Dachkammer, „die in der Größe mehr Ähnlichkeit mit einem Schrank als mit einer Wohnung hatte, wie eine Schildkröte in einer Schale".

Das Haus, in dem Raskolnikow lebte und von wo er, Selbstgespräche murmelnd, auszog, die Wucherin zu erschlagen, steht noch immer. Auch der Verschlag unter der Treppe, wo er sein Beil verbarg, ist noch sichtbar. Die Stufen der Treppe sind abgewetzt, doch der Verputz an den Wänden des Hauses ist neu. „Es war ein winziger Käfig, sechs Schritte lang, sah erbärmlich aus mit seinen gelblichen, verstaubten und stellenweise abgerissenen Tapeten", schreibt Dostojewski. „Und er war so niedrig, daß ein hochgewachsener Mensch kaum aufrecht stehen konnte … Auch die Möbel paßten zu dem Raum selbst: Er enthielt drei nicht mehr ganz heile Stühle, einen gestrichenen Tisch in der Ecke, auf dem einige Hefte und Bücher lagen … Und endlich ein plumpes, großes Sofa, das fast die ganze Länge und die halbe Breite des Zimmers einnahm und früher einmal mit Kattun überzogen gewesen war, der jetzt in Fetzen herunterhing …"

Doch jetzt ist die Kammer leer. Schaut man aus dem Fenster, erkennt man in der Ferne die golden aufschimmernde Riesenkuppel der Isaaks-Kathedrale.

Noch immer nieselt gleichmäßig der Regen hernieder. Faulender Geruch steigt aus den Kanälen. Still liegen die tristen Gassen und trüben Hinterhöfe da, man könnte glauben, Raskolnikows Schritte zu hören …

Brandt redet mit Honecker über Sicherheit

DW. Oldenburg

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat in einem Interview mit der Oldenburger „Nordwest-Zeitung" mitgeteilt, es werde in seinem geplanten Gespräch mit dem SED-Parteichef Erich Honecker auch darum gehen, ob der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" noch eine sicherheitspolitische Komponente – bezogen auf die beiden Teile Europas – hinzugefügt werden könnte. Gesprächsthema werde auch die Frage sein, ob eine zweite Phase der Ostpolitik möglich sei, selbst wenn die beiden Weltmächte in Genf nicht weiterkommen sollten. Sein Gespräch mit Honecker, so Brandt, werde „eher im früheren als im späteren Herbst stattfinden".

Kündigungsschutz bleibt umstritten

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die FDP-Frauen haben erneut scharfe Kritik an einem Gesetzesvorhaben der Bonner Regierungskoalition angemeldet. Nachdem sie schon gegen die Novelle des Ehescheidungsfolgenrechts protestiert hatten, wenden sie sich jetzt gegen das geplante Gesetz zum Erziehungsgeld und zum erweiterten Kündigungsschutz für Mütter. In einem Brief an die FDP-Bundestagsabgeordneten und das Parteipräsidium verlangt die Vorsitzende der „Kommission Gleichberechtigung und Familienpolitik" der Liberalen, Barbara Bludau-Krebs, „einer minimal eingeschränkten Arbeitsplatzgarantie im Rahmen des Erziehungsgeldgesetzes" nicht zuzustimmen.

Denn die geplante Erweiterung des Kündigungsschutzes, so Barbara Bludau-Krebs, bringe für die Betroffenen nur einen Entscheidungsaufschub für vier oder sechs Monate – „mehr nicht". Dabei werde das „eigentliche Problem", die Vereinbarkeit von Familien- und Berufspflichten, „nicht einmal berührt". So sei man von der Realisierung der Forderungen nach flexiblen Arbeitszeiten, neuen Arbeitszeiten und qualifizierten Arbeitsplätzen weit entfernt.

Bundesmarine vergibt Aufträge an Werften

rmc. Bonn

Von 1988 an wird die Marine mit zehn neuen Minenkampfbooten das 5. Minensuchgeschwader in Olpenitz (Schleswig-Holstein) in Dienst stellen. Der Vertrag über den Bau dieser Boote (Klasse 343) ist gestern mit dem Generalunternehmer, dem Münchener Konzern MBB, unterzeichnet worden. Als Unterauftragnehmer werden drei Werften die Boote bauen, und zwar Abeking und Rasmussen in Lemwerder (Niedersachsen) drei Boote, Fr. Lürssen in Bremen vier Boote sowie Kröger in Rendsburg (Schleswig-Holstein) drei Boote. Die neue Klasse 343 ist nach Darstellung des Verteidigungsministeriums ein entscheidender Schritt für die Modernisierung der Minenstreitkräfte. Erstmals wird mit diesen Booten das Konzept einer einheitlichen Bootsplattform für Minenlege-, Minensuch- und Minenjagdaufgaben verwirklicht.

Pfingstler-Appell an Gromyko

idea, Zürich

Der Präsident der europäischen Pfingstgemeinden, der bei Frankfurt residierende Präses Reinhold Ulonska, hat auf der in Zürich tagenden 14. Weltkonferenz dieser 60 Millionen Mitglieder umfassenden protestantischen Freikirche an das neue sowjetische Staatsoberhaupt Andrej Gromyko appelliert, eine 70köpfige Pfingstgemeinde aus dem ostsibirischen Ort Tschugujewka bei Wladiwostok emigrieren zu lassen. Die Pfingstler hatten im vergangenen Jahr in einem offenen Brief an US-Präsident Ronald Reagan und mit zwei Hungerstreiks auf die schweren Schikanen aufmerksam gemacht, denen sie seit Jahren ausgesetzt sind.

Abgeordnete der CSU nach Ungarn

ms. Bonn

Die Bundestagsabgeordneten der CSU werden in den nächsten Wochen zu einem Informationsbesuch nach Ungarn reisen. Mit dabei werden den Landesgruppenvorsitzende Waigel, Bundestagsvizepräsident Stücklen und die fünf Bundsminister Zimmermann, Schneider, Kiechle, Dollinger und Warnke sein. Neben einem Besuch des Parlaments und politischen Gesprächen in Budapest ist ein Aufenthalt in der Stadt Marta, in der viele Ungarn-Deutsche leben, vorgesehen.

DIE WELT (USPS 403-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Mit Rücksicht auf Annäherungskurs zur SPD darf „Kundschafter" G. Memoiren nicht veröffentlichen

SED läßt Guillaume in Öl malen

Von WERNER KAHL

Es ist wie in Andersens Märchen. *Viele glauben, der Kaiser sei in* prächtiges Purpur gekleidet, bis ein Kind endlich die Wahrheit verkündet: Der Mann ist ja nackt!"

Beim Wein in der holzgetäfelten Halle des Hotels Gehrhus im Westberliner Villenviertel Grunewald zitierte SED-Anwalt Professor Friedrich K. Kaul seinen Genossen aus dem Politbüro der SED-Führung, Albert Norden, den langjährigen Propagandafunktionär des Ostberliner Regimes. Zum besseren Verständnis seiner Zuhörer an diesem langen Abend im März 1981 wechselte der in Ost-Berlin ansässige Anwalt, der einen Mauer-Passierschein besaß, das Wort „Kind" gegen „Kundschafter" aus. Gemeint war damit der enttarnte Spion im Bonner Bundeskanzleramt und Referent des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, Günter Guillaume.

Die ungeklärten Vorgänge bei der Einschleusung des „DDR"-Agenten in das Zentrum der Bonner Machtzentrale der Regierung Brandt zu Beginn der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition sind jetzt durch die neue SED-Kampagne zur Annäherung an SPD und Gewerkschaften wieder in Erinnerung gerufen worden. Über inoffizielle Kanäle ließ die SED-Führung lange vor Bekanntgabe der „DDR"-Reisepläne des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in Bonn wissen, daß Guillaume seine Erfahrungen im Vorzimmer des damaligen Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden Brandt nicht publizistisch verwerten werde. Die von der SED angestrebte Sicherheitspartnerschaft mit der SPD soll nicht durch Erinnerungen an die schlagzeilenträchtige Rolle des Hauptmanns G. blockiert werden.

Für SED-Mitglieder wäre es in diesem Sommer eine Todsünde wider die Parteiinteressen, den Märchenerzähler Andersen in einem anderen Zusammenhang als dem eines erdachten Kaisers zu zitieren. Denn im Haus der SED-Führung am früheren Berliner Lustgarten, dem Marx-Engels-Platz, hat die Zusage des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, dem Generalsekretär der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschland" und dessen Hofstaat einen Besuch abzustatten, unverhohlene Triumphgefühle bis nach Moskau hin hervorgerufen. In einer nach dem Verständnis beider Partei-Zentralen offenbar als angemessen erachteten Schamfrist nach der „Panne", wie Guillaumes öffentliche Enttarnung und der damit verbundene Sturz Willy Brandts 1974 in SED-Kreisen bezeichnet wird, nimmt die SED die nächste Hürde ihres erneuten Annäherungskurses gegenüber der SPD.

Was aber hatte die SED und die stets informierte Kremlführung 1974 veranlaßt, durch den Verzicht, Guillau*me zurückzurufen, nachdem er of*fenkundig seine Observation selbst bemerkt hatte, den Rücktritt Brandts einzukalkulieren?

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht vor der Schicksalsfrage: Mit wem will sie marschieren?" sagte das Mitglied des SED-Politbüros, Albert Norden, am 18. November 1965 auf einer Tagung des kommunistisch initiierten Nationalrates der Nationalen Front in Ost-Berlin. Norden gab – für Bonner Ohren bestimmt – gleich die gewünschte Antwort: „Wäre es nicht besser, wenn die SPD ... eine selbständige Politik im Sinne einer echten Alternative entwickelte und dazu, für diese Alternative, mit allen Demokraten in beiden Staaten Deutschlands auftreten würde?"

Zwei Jahre später wurde Norden im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" noch deutlicher: „Es ist an der Zeit, Brandt an seinen Taten zu messen." Der Propagandist zitierte sodann aus Bonner Verratsmaterial, das die KGB-Spitzenagentin im Auswärtigen Amt, Leonore Sütterlin, beschafft hatte. Protokolle von über 1000 vertraulichen Botschafter-Konferenzen, Telegrammen des damaligen Bundesaußenministers Willy Brandt und Sicherheitsanalysen wechselten aus dem Panzerschrank der Chefsekretärin des AA in die Büros des Sowjetgeheimdienstes. Klipp und klar, so Norden, werde festgestellt: „Das erste Kriterium einer neuen Ostpolitik" bestehe „im Verhalten zur DDR".

Dieses Verhalten und darüber hinaus der Führung im Kreml notwendig erscheinende Korrekturen konnten freilich nicht allein durch eine Sekretärin – und hätte sie im Kanzleramt gesessen – eingeschätzt und beeinflußt werden. Wohin geht Willy Brandt? Die Antwort auf diese Frage in den Führungsbüros von SED und KPdSU versuchte damals das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zu geben. Denn die Hauptabteilung Aufklärung (HVA) konnte wie im Schachspiel jetzt eine Figur einsetzen, die als „Bauer" angetreten war, dann aber Qualitäten eines Springers entwickelte. Um diesen Perspektivagenten zum geeigneten Zeitpunkt richtig zu plazieren, setzte HVA-Chef *Markus („Mischa") Wolf*, Generaloberst des MfS, alle Hebel in Bewegung.

An den nach internationalen Maßstäben einzigartigen Bonner Agenten-Coup erinnerte kürzlich der Auftrag des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, den „Kundschafter" Guillaume für die Ahnengalerie berühmter kommunistischer Spione zu porträtieren. Die Ostberliner Akademie der Künste stellte eine Meisterschülerin, der Geheimdienst zahlte in bar – ohne Quittung – und hinterließ die Erwartung strengster Diskretion über Auftrag und Identität des so Geehrten.

Nach Fotos wurden zur gleichen Zeit in der Akademie Felix Dserschinsky, der erste Leiter der von Lenin gebildeten Tscheka, sowie Richard Sorge, der wichtigste Spion des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes in Fernost, porträtiert. Der Deutsch-Russe Sorge war nach seiner Verhaftung von Stalin verleugnet, von Chruschtschow hingegen auf Drängen des Geheimdienstes 1963 erstmals öffentlich posthum geehrt worden. Stalins Haltung verhinderte einen Austausch und bewirkte schließlich Sorges Hinrichtung.



Heute ist der ehemalige Brandt-Referent Guillaume deutschlandpolitischer Berater der SED FOTO: SVEN SIMON

Guillaume dagegen sieht sich 1985, knapp ein Jahrzehnt nach seiner Enttarnung an der Seite Willy Brandts in Bonn, in einer Reihe der erfolgreichsten Kundschafter und Geheimdienstchefs in der fast siebzigjährigen Geschichte des Sowjetkommunismus.

Der Gang ans Tageslicht beim jüngsten Agenten-Austausch auf der Glienicker Brücke in Berlin signalisiert zugleich Abschied von Nacht- und Nebel-Aktionen früherer Jahre auf der Thüringer Landstraße. Mitte *der sechziger Jahre hatten der Ost*berliner Austauschbevollmächtigte Wolfgang Vogel und sein damaliger Westberliner Kollege Jürgen Stange die Grenzübergänge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" auf ihre Zweckmäßigkeit für Agentenhandel getestet. Wegen seiner Abgeschiedenheit wurde schließlich der Ort Herleshausen gegenüber dem östlichen Kontrollpunkt Wartha gewählt. Herleshausen ist zugleich Übergangsstelle für Angehörige der sowjetischen Militärmissionen in Baden-Baden und Frankfurt am Main.

Hier wurde am 1. Oktober 1981 eine stillschweigend vollzogene Änderung früherer Tauschpraxis sichtbar: Der Austausch Guillaumes fand nicht wie bisher auf dem Grenzstreifen zwischen Herleshausen und Wartha (Ost) statt. Eskortiert von der Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes wurde Guillaume ohne Stopp an der westlichen Grenzkontrolle vorbei in einem amerikanischen Dodge-Kraftwagen mit Campinganhänger zur Tarnung nach Wartha gebracht. Dort hielt der Staatssicherheitsdienst die ausgewählten Tauschpersonen solange zurück, bis Guillaume eingetroffen war und Generaloberst Markus Wolf umarmte. Mit ihm stieg Renate Lutze aus, eine Spitzenagentin, die während Guillaumes Postierung im Vorzimmer Willy Brandts dem bis dahin größten und gefährlichsten Agentenring im Bundesverteidigungsministerium zugearbeitet hatte.

Im Fall der Agentengruppe Lutze – Ehemann Lothar Erwin Lutze gehörte ebenfalls zum Ring – konnte der Chefagent im Bundeskanzleramt nicht mehr warnend eingreifen, als die Spionageabwehr Verdacht geschöpft hatte. Denn Guillaume war zwei Jahre zuvor am 24. April 1974 in seiner Wohnung an der Ubierstraße verhaftet worden; die Lutzes nebst weiteren Agenten aus dem Ministerium jedoch erst am 2. Juni 1976.

Lothar Erwin Lutze wurde zu zwölf Jahren Haft, ein Jahr weniger als Guillaume, verurteilt, wartete jedoch zu Beginn des Sommers immer noch auf seinen Austausch. Warum konnte Guillaume, der doch so viel bedeutender war, nach sieben Jahren Haft zurückkehren, während er, Lutze, nach neun Jahren immer noch in seiner Zelle der Strafanstalt Geldern am Niederrhein saß, fragte sich der „DDR"-Agent.

Regulär wäre die Strafverbüßung für Guillaume erst am 24. April 1987 abgelaufen. Bei Gesprächen in Bonn wird nicht selten die Ansicht geäußert, der frühe Austausch sei wohl wegen des angegriffenen Gesundheitszustandes des Agenten erfolgt. Wer mit Guillaume damals unmittelbar zu tun hatte, weiß es freilich besser. Der ehemalige Referent in der Regierungs- und Parteizentrale hatte seine Zipperlein, auch Nierenbeschwerden, die Kontrollen nötig machten. Doch die mehrfachen Verlegungen aus dem Gefängnis Rheinbach in das Universitätsklinikum auf dem Bonner Venusberg dienten neben der medizinischen Untersuchung auch der psychischen Stabilisierung des Gefangenen.

Die damalige Regierung und die Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hatten ein gemeinsames Interesse, den Fall Guillaume nicht zu belasten, sondern möglichst schnell aus dem Weg zu schaffen. Und es gab die Besorgnis, Guillaume könnte sich plötzlich anders besinnen, und das bis heute gehütete Staatsgeheimnis publizieren, wie ein ehemaliger Fotografenlehrling und Verlagsangestellter als Agent aufgebaut und in der Machtzentrale der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar in das Vorzimmer des Kanzlers und Vorsitzenden der größten Regierungspartei eingeschleust wurde.

Für seine Erinnerungen boten Verlage angeblich schon „Handgelder" bis zu einer Million Mark. Daß Guillaume seit seiner Enttarnung schweigt, hat jedoch taktische Gründe seiner Parteioberen. Bei ihrer strikten Order, die Memoiren vom Markt fernzuhalten und auf die totale Demontage des damaligen Bundeskanzlers im übergeordneten Interesse angestrebter „Sicherheitspartnerschaft" von SED und SPD solange zu verzichten, wie es opportun ist, sehen sich SED und KPdSU durch die jüngste Politik des SPD-Vorsitzenden bestätigt. Der Enthüllungstitel etwa „Ich, Guillaume, der Kanzleramtsspion" bleibt auf unabsehbare Zeit geschützt. Nur ein Überläufer aus der Ostberliner Geheimdienstzentrale könnte vermutlich die Wegstationen, die zur Karriere des Spions führten, enthüllen.

Wird fortgesetzt

Rotarier aus Israel loben von Weizsäcker

F. D. Berlin

Beim offiziellen Empfang des Berliner Senats fand Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen *treffende Worte: „Das ist einmalig* und ein wegweisendes Zeichen für die deutsch-israelischen Beziehungen im Geiste der Aussöhnung." Was der Politiker vor 37 Gästen aus Israel, Mitgliedern des „Rotary-Clubs" von Tel Aviv, so herausstellte, war eine Tatsache, die bisher in Deutschland nur Eingeweihten bekannt war: Mit dem deutschen Botschafter in Israel, Nils Hansen, war 1984 erstmals ein deutscher Diplomat zum Präsidenten der größten israelischen Rotarier-Vereinigung gewählt worden.

Hansen genießt seit seinem Amtsantritt in politischen wie gesellschaftlichen Kreisen Israels höchstes Ansehen. Ihm ist es auch zuzuschreiben, daß erstmals Mitglieder einer israeli*schen „Rotary"-Vereinigung zu ei*nem Besuch in die Bundesrepublik aufbrachen – unter ihnen hochrangige Industrielle, Verleger und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wie der jetzige Präsident des „Rotary"-Clubs Tel Aviv, Moshe Nacht, der die Nachfolge von Hansen antrat und als höchster Verwaltungsrichter Israels amtiert.

Der Deutschland-Besuch führte die Rotarier-Mitglieder auch in die Villa Hammerschmidt – ein Indiz dafür, welcher Stellenwert dieser Reise im Zeichen deutsch-israelischer Versöhnung zukam. Die einstündige Unterredung mit Richard von Weizsäkker – für die Gäste aus Tel Aviv zweifelsohne der Höhepunkt der Reise: „Ein Mann, dessen politische und moralische Wertvorstellungen unsere vollste Überzeugung fanden", charakterisiert Moshe Nacht die Unterredung mit dem Staatsoberhaupt. Nicht zuletzt wegen seiner weltweit beachteten Rede zum 8. Mai vor dem Deutschen Bundestag, bringt Israel von Weizsäcker hohe Sympathien entgegen, weiß auch Botschafter Hansen zu berichten. Die Gedenkansprache wurde nicht nur in Hörfunk und Fernsehen übertragen, sondern auch auf Wunsch in hebräischer Sprache verschickt – der deutschen Botschaft liegen noch Hunderte von Anfragen auf dem Tisch.

Diskussionen mit Bonner Politikern, ein Empfang beim Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU) und ein Empfang, den Ernst Cramer im Berliner Verlagshaus an der Kochstraße im Namen Axel Springers für die Gäste gab, rundeten das Besuchsprogramm ab. Ins Gedächtnis geprägt hat sich den Rotariern aus Tel Aviv vor allem ein Satz von Eberhard Diepgen, der Gemeinsamkeiten in der Vergangenheit von Berlin und Jerusalem zum Thema genommen hatte: „Künstliche Teilungen, das zeigt die Geschichte, müssen nicht immer Bestand haben."

Gericht kämpft sich durch Garski-Dickicht

Zeugenaussagen begannen / Kaum öffentliches Interesse

F. DIEDERICHS, Berlin

Der 13. Verhandlungstag von geschätzten 150 Prozeßrunden in einem der teuersten und voraussichtlich längsten Prozesse der Berliner Justizgeschichte: Die Prozeßbeteiligten sind unter sich, nicht erst seit diesem Tag. Auf den Zuschauerbänken lediglich eine junge Frau die stundenlang die Zwiegespräche zwischen dem Angeklagten und dem Vorsitzenden Richter verfolgt. In der Mittagspause darf seine Frau jeweils eine halbe Stunde mit dem Angeklagten sprechen: Das Gericht kommt, den privaten Wünschen von Dietrich Garski, dem Bau-Löwen der siebziger Jahre, entgegen.

Ansonsten begeben sich Angeklagter, Ankläger und Gericht auch an diesem Tag auf den beschwerlichen Weg, den Garski-Verteidiger Dr. Manfred Studier als „ständiges Wandern an der Nahtstelle zwischen erkennbaren Tatsachen und deren Bewertung" kennzeichnet. Diese Bewertung charakterisiert treffend den bisherigen Prozeßverlauf gegen den Architekten und Chef der ehemaligen „Bautechnik AG", deren Konkurs 1980 einen SPD/FDP-Senat unter Dietrich Stobbe scheitern ließ.

Kleine Sticheleien

Ein äußerst komplizierter und deshalb auch wenig öffentlichkeitswirksamer Sachverhalt, zu dem die meisten nach orientalischen Geschäftsgebaren getätigten Verträge, Vereinbarungen und Unternehmungen an Durchsichtigkeit nichts beitragen. „Alle Verträge in Saudi-Arabien mußten strikt nach saudiarabischem Recht abgeschlossen werden", erläutert der Angeklagte und wiederholt mit schier unerschöpflicher Geduld Sachverhalte, von denen er dem Gericht zugesteht, „daß Sie dies offenbar nicht verstanden haben".

Daneben beherrschen immer wieder aufflackernde Kontroversen um prozessuale Verfahrensweisen das Geschehen. An diesem Tag bemängelt die Verteidigung, ihr Mandant habe nur ungenügenden Einblick in die zahlreichen Ordner und Dokumente erhalten, die als Beweismaterial zur Verfügung stehen. Der Vorsitzende Richter Hansgeorg Bräutigam kontert mit den Worten, das Gericht habe weder Zeit noch Räume, den Angeklagten jeden Tag von morgens bis abends in den Akten blättern zu lassen. Damit geben sich beide Seiten zufrieden – eine von jenen zahlreichen kleinen Sticheleien, die den sachlichen Fortgang des Verfahrens eher behindern als fördern.

Wird Stobbe geladen?

Dennoch hat sich das Gericht dem Kern des Verfahrens, dem Vorwurf einer widerrechtlichen Verwendung von zweckgebundenen Bürgschaftsgeldern, genähert. An diesem Prozeßtag begann das Stadium der Zeugenvernehmungen, das noch so prominente Politiker wie den ehemaligen FDP-Bürgermeister und Wirtschaftssenator Wolfgang Lüder, seinen Stellvertreter Jörg Schlegel (FDP), den ehemaligen Wirtschaftssenator Klaus Riebschläger (SPD) sowie eventuell sogar den damaligen Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe, heute Bundestagsabgeordneter, im Zeugenstand sehen wird.

Mit dem ehemaligen Geschäftsführer Hans-Joachim Kirstein trat an diesem Verhandlungstag ein Zeuge vor das Gericht, der vor allem die kaufmännische Seite der von Garski aquirierten Auslandsprojekte betreute. Der Wert der von Kirstein zu erwartenden Aussagen wird allerdings schon durch die Tatsache geschmälert, daß der Zeuge sich selbst eines laufenden Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Mittäterschaft oder der Beihilfe zum fortgesetzten Betrug ausgesetzt sieht.

So verwies Kirstein, der im Beisein seines Rechtsanwaltes vernommen wurde, auf die alleinige Tätigkeit Garskis bei der für den Kern der Anklage wichtigen Kreditbeschaffung. Deshalb wird sich das Gericht wieder im wesentlichen den Aussagen des Angeklagten zuwenden müssen – und der beteuert, nunmehr schon seit dreizehn Verhandlungstagen: „Ich habe mich weder persönlich bereichert noch gewährte Kredite falsch verwendet."

CSU auf Distanz zu den Ratschlägen Rohrmosers

Aber Strauß teilt Einschätzung zu CDU-Niederlage in NRW

PETER SCHMALZ, München

Als „in der Analyse richtig, in der Empfehlung aber falsch" wird in der CSU-Führung ein Aufsatz des in Stuttgart lehrenden Sozialphilosophen Professor Rohrmoser bewertet, in dem der Wissenschaftler der CDU vorwirft, ihre politische Substanz verloren zu haben. Der CSU gibt Rohrmoser den Rat, die Koalition zu verlassen.

Der neunseitige Beitrag unter dem Titel „Das Debakel" wird demnächst in der Münchner Zeitschrift „Criticon" erscheinen, Professor Rohrmoser schickte jedoch vorab einen *Durchschlag an den CSU-Vorsitzen*den Franz Josef Strauß. Dieser wiederum ließ den Text mit dem Vermerk „eilt sehr" an die Mitglieder der CSU-Landtagsfraktion verteilen. Die Fraktion hat sich mit dem Papier bisher nicht befaßt, es wird jedoch damit gerechnet, daß es auf dem „Kleinen Parteitag" am Samstag in Nürnberg zur Sprache kommen wird.

In den der Fraktion zugestellten Kopien bleiben zwei handschriftliche Vermerke von Strauß stehen: Einmal auf Seite 3 die Korrektur des Wortes „Dilettantisch" und zum anderen auf der ersten Seite die Randbemerkung „Richtig" zu dem Satz über die CDU-Niederlage in Nordrhein-Westfalen: „Die offensichtliche Schwäche des Kandidaten Worms verdeckt die für eine Partei viel gefährlichere Tatsache, daß die CDU nicht mehr in der Lage ist, eine überzeugende Antwort auf die Frage zu geben, warum man sie überhaupt noch wählen soll."

Der Wissenschaftler, der an der Universität Stuttgart-Hohenheim lehrt und als Berater des ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans-Karl Filbinger gilt, zeichnet ein zutiefst pessimistisches Bild vom Zustand der CDU. Die Auszehrung ihrer politischen Substanz, schreibt Rohrmoser, mache diese Partei unfähig, die eigenen Anhänger zu mobilisieren: „Sie bleiben resigniert, leicht angewidert und lustlos zu Hause." Der Versuch einer Wende sei schon nach zweieinhalb Jahren gescheitert, die Koalition befinde sich in einem Zustand, wie die sozialliberale nach elf Jahren.

Wörtlich fährt der Professor fort: „Die Autorität des Bundeskanzlers wird nun bis auf den letzten Rest demontiert werden. Die FDP frißt sich wie ein tödlicher Krebs in den Organismus der beiden christlichen Parteien hinein. Bei der CDU bricht sie wildernd und plündernd in die traditionellen Wählerschichten des Mittelstands ein und nimmt gleichzeitig der CDU die Möglichkeit, die Arbeiter, die sie gewählt haben, bei der Stange zu halten."

Mit dieser Analyse entspricht er weitgehend der Meinung, die führende CSU-Politiker in den vergangenen *Tagen geäußert haben (WELT vom* 29. Juni).

„Nicht machbar und nicht darstellbar", so der stellvertretende CSU-Generalsekretär Wolfgang Held, ist dagegen die Empfehlung Rohrmosers an die CSU, die Koalition zu verlassen. „Die Strategie, die die CSU bisher verfolgt hat", schreibt Rohrmoser, „kann nicht länger durchgehalten werden. Die CSU kann nicht die Verantwortung für eine Politik in Bonn mittragen, die sie für falsch hält, und gleichzeitig eine Art Fundamentalopposition gegen die Regierung bilden, an der sie selber beteiligt ist. Sie muß, wenn nicht der Verfall der CDU auf Bayern übergreifen soll, aus der Regierung heraus und versuchen, ihr das Gesetz des Handelns aus der Rolle einer konstruktiven sie mittragenden Opposition zu diktieren."

Rohrmoser wirft der Koalition vor, dilettantisch und opportunistisch phantasielos zu regieren. Nun sein das einzige Kriterium für die CDU die Frage, ob sie die geistige und politische Kraft habe, das zu vollziehen, was von ihr selber eine Wende genannt worden sei. Vom Einlösen dieses Versprechens hänge auch die Zukunft der CDU ab. Geradezu rüde urteilt Rohrmoser die Partei: „Die wachsende Kritik an Kohl sollte nicht die Einsicht vergessen lassen, daß die CDU weitgehend Kohl ist, daß ihre Mentalität und ihre innere Verfassung sich in seiner Person widerspiegeln, er ist der getreue Ausdruck einer gewissen Dumpfheit, Provinzialität und eines diffusen Populismus, der die Partei beherrscht."

Kritik des DGB an Bonn und dem Beamtenbund

Besserstellung von ‚kleinen Beamten' als zu gering bewertet

STEFAN HEYDECK, Bonn

Erhebliche Vorbehalte gegen die von der Bundesregierung geplanten Struktur- und Einkommensverbesserungen für die Beamten des einfachen Dienstes haben die für diese Berufsgruppe zuständigen Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) angemeldet. Das Gesetz soll morgen im Bundesrat und nach der Sommerpause im Bundestag beraten werden, damit es am 1. Januar in Kraft treten kann. Die Kritik richtet sich aber auch gegen den Deutschen Beamtenbund (DBB).

So ist der stellvertretende DBB-Chef, der CSU-Bundestagsabgeordnete Otto Regenspurger, in die Schußlinie führender Vertreter der DGB-Gewerkschaften geraten. Nach einem Spitzengespräch mit den Haushalts- und innenpolitischen Experten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion letzte Woche in Bonn, bei dem es in erster Linie um Verbesserungen der Besoldungsstrukturen für „kleine" Beamte ging, äußerten die unter dem DGB-Dach zusammengeschlossenen Funktionäre Verärgerung und Unverständnis über die Haltung von Regenspurger. Wie die WELT nach dem Treffen aus dem rund 20köpfigen Teilnehmerkreis erfuhr, hatte er sich dort „in der Rolle eines Bremsers gefühlt".

Verärgert über CSU-Mann

Im Gegensatz dazu habe Regenspurger bei Beteiligungsgesprächen zwischen Bundesinnenminister Zimmermann, dem DBB und den DGB-Gewerkschaften, bei denen es um Besoldungsfragen geht, eine „ganze Latte von Forderungen angemeldet". Deren Realisierung, hieß es mit Blick auf dessen vermutetes Umdenken kritisch, hätte Folgewirkungen in Milliarden-Höhe gehabt. Noch im Januar hatte Regenspurger gefordert, die Einkommen der Beamten des Einfachen Dienstes so anzuheben, daß sie deutlich von der Nähe zur Sozialhilfe wegkämen. Der CSU-Politiker und DBB-Vize damals zur WELT: „Wer Dienst leistet und dem Staat treu dient, wer dabei auch auf das Streikrecht zur Durchsetzung seiner Forderungen verzichtet, wie es bei Beamten der Fall ist – der hat in jedem Fall ein Recht darauf, mehr zu erhalten als das Existenzminimum der Sozialhilfe."

Damit hatte sich Regenspurger, der für das Gesetz Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion ist, voll im Schulterschluß mit der „DGB-Konkurrenz" befunden. Die ist jetzt jedoch mehr als unzufrieden mit der Novelle. Die Vorlage könne nur der erste Schritt zu einem „Gesamtkonzept" sein, damit sie den Namen „Strukturgesetz" auch verdiene.

„Nur Kosmetik"

Die Gewerkschaftskritik richtet sich vor allem gegen diese Punkte:

- Funktions- und Leistungszulagen sollen um „mäßige und dürftige" 27 Mark auf 67 Mark brutto angehoben werden.
- Die Ortszuschläge sollen für alle Laufbahngruppen zwischen fünf und 60 Mark heraufgesetzt werden. Hierin werden „Ungereimtheiten" insbesondere wegen der familienpolitischen Komponente gesehen.
- Die (Eingangs-) Besoldungsgruppen A 1 und A 2 sollen gestrichen werden. Dies sei aber nur „Kosmetik" und ein „gesetzliches Nachvollziehen" einer schon seit langem geübten Praxis. So gebe es zum Beispiel aufgrund der Entscheidungen des Bundespersonalausschusses für die Briefträger Ausnahmeregelungen. Sie würden innerhalb kurzer Zeit in die A 3-Gruppe eingestuft.

Bemängelt werden aber die als „Flickschusterei" bezeichneten Verbesserungen für den unteren Dienst auch im Vergleich: Die mit 285 Millionen Mark bezifferten Mehrkosten für fast 200 000 betroffene Beamte stünden in keiner Relation zu den mehr als 600 Millionen Mark, die die Bundesregierung für die vorgezogene Pensionierung von 1200 Bundeswehr-Offizieren ausgeben will. Außerdem bleibe sie mit der Zulagenerhöhung von 27 Mark brutto hinter dem 1982 gestrichenen Essensgeldzuschuß von einer Mark pro Tag zurück. Diese Zahlungen hatten pro Monat mindestens 20 Mark netto betragen.

Genf erzwingt nüchterne Einschätzung des Gipfels

Seit seiner Wiederwahl strebte Reagan das Treffen an

BERNT CONRAD, Bonn

Dreieinhalb Monate hat Ronald Reagan warten müssen, bis ihm endlich die Festlegung eines Gipfel-Termins mit Michail Gorbatschow gelang. Im März, unmittelbar nach dem Tod Tschernenkos, hatte der Präsident den neuen sowjetischen Parteichef nach Washington eingeladen. Gorbatschow signalisierte auch grundsätzliche Zustimmung. Doch die diplomatischen Kontakte über Zeitpunkt und Ort eines Treffens erwiesen sich als äußerst zähflüssig.

Nach Washington wollte der neue Kreml-Führer offensichtlich nicht reisen. Auch die im Weißen Haus ventilierte Idee, Reagan und Gorbatschow könnten im Herbst am Rande der UNO-Vollversammlung in New York zusammenkommen, stieß in Moskau auf keine Gegenliebe.

Erstens wollte Gorbatschow lieber in Europa – auf „neutralem Boden" – seinen Gegenspieler treffen; zweitens war ihm an einem „substantiellen Meinungsaustausch" und nicht an einer eher unverbindlichen Begegnung bei der UNO gelegen. Zeitweilig kam dann Wien ins Gespräch. Schließlich einigte man sich auf Genf und den Termin 19. bis 21. November.

Natürlich halten es die Amerikaner nicht für zufällig, daß die Vereinbarung in zeitlichem Zusammenhang mit der Ablösung Andrej Gromykos als Außenminister und seiner Beförderung zum Staatsoberhaupt zustande kam. Der politische Veteran war zwar das erste Mitglied der Kreml-Führung, mit dem sich Reagan im letzten Herbst getroffen hat, einem sowjetisch-amerikanischen Gipfel aber schien Gromyko zögernd gegenüberzustehen.

Bei seiner letzten Begegnung mit US-Außenminister George Shultz in Wien vor sechs Wochen jedenfalls zeigte er wenig Interesse daran. Sein Weggang aus dem Außenamt scheint nun den Weg zum Gipfel freigemacht zu haben.

Umfassende Abrüstung

Ronald Reagan hatte diesen Weg seit seiner Wiederwahl im November 1984 fest vor Augen. War seine erste Wahlperiode dem Ziel gewidmet, die militärische Überlegenheit Moskaus durch erhöhte amerikanische Rüstungsanstrengungen auszugleichen, so ging er nun daran, ein Arrangement der Supermächte auf der Basis durchgreifender Abrüstungsmaßnahmen anzuvisieren.

Ein erster Schritt war die Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen in Genf. Als zweiter Schritt sollte ein Gipfeltreffen folgen.

Dabei erwiesen sich die amerikanischen Vorstellungen von der Form einer solchen Begegnung als flexibel. Ursprünglich hatte die Forderung nach einer sorgfältigen Vorbereitung und die Aussicht auf konkrete Ergebnisse zu den Bedingungen Reagans gehört.

Als jedoch mit Gorbatschow eine neue Figur auftauchte, lockerte man im Weißen Haus die Bedingungen. Sicherheitsberater Robert McFarlane ließ durchblicken, daß der Präsident daran interessiert sei, Tschernenkos Nachfolger persönlich kennenzulernen, ohne daß damit die Formalitäten und Erwartungen einer Gipfelkonferenz verbunden sein müßten.

Außenminister Shultz bezeichnete Reagan und Gorbatschow schon nach seiner Teilnahme an der Trauerfeier für Tschernenko in Moskau als „zwei geschäftsmäßige Leute", die sich treffen sollten. Ob dabei etwas herauskommen werde, müsse man abwarten. Aber man habe die Pflicht, einen Versuch zu unternehmen.

Moskau strikt gegen SDI

Diese nüchterne Einschätzung ist in Washington noch heute vorherrschend. Gerade der Tagungsort Genf zwingt die Amerikaner zum Realismus. Denn dort sind bei den Abrüstungsverhandlungen mit Moskau bisher überhaupt keine Fortschritte erzielt worden.

Paul Nitze, führender Abrüstungsexperte in Washington, hat vor kurzem klargemacht, wie die Fronten in Genf verlaufen: Während die USA für eine Verringerung des bestehenden atomaren Arsenals eintreten, wollen die Sowjets die derzeitige Lage mit sämtlichen existierenden Ungleichgewichten „einfrieren" und Reduzierungen auf später verschieben.

Amerikanische Erläuterungen über die angestrebte Entwicklung neuer Defensivwaffen unter dem Stichwort SDI stoßen bei den sowjetischen Unterhändlern auf strikte Ablehnung. Die Moskauer kennen nur ein vorrangiges Ziel: SDI zu blockieren.

Das ist die vom Politbüro unter Vorsitz Gorbatschows festgelegte Linie. Sollte sie sich nicht ändern, werden die Verhandlungsführer in Genf weiter auf der Stelle treten. Es ist klar, daß Reagan und Gorbatschow darüber am Ort des Geschehens sprechen werden. Auch andere heikle Fragen, wie die von Reagan kritisierten sowjetischen Verletzungen des SALT-2-Vertrages, des ABM-Vertrages, der Genfer Konvention über chemische Waffen und der KSZE-Schlußakte werden kaum umgangen werden können.

Andererseits hat der Präsident den Russen mit seiner Bereitschaft, die SALT-2-Bestimmungen auch weiterhin zu respektieren, im Vorfeld des Gipfels guten Willen signalisiert. Da er an die Nützlichkeit persönlicher Aussprachen glaubt und sich selbst mit Recht einige Überzeugungskraft zutraut, wird er Gorbatschow klarzumachen suchen, welche Vorteile ein Arrangement mit Amerika für die Sowjets bietet. Ein Risiko geht Reagan mit dieser Aktion nicht ein. Denn kommt dabei nichts heraus, kann er jederzeit sagen: Ich habe mir alle Mühe gegeben.

Ecevit und Demirel schieben sich nach vorn

Rechnung der Generäle nach Erneuerung ging nicht auf

E. ANTONAROS, Athen

Der türkische Sozialdemokrat Bülent Ecevit hat wie sein konservativer Erzrivale, Ex-Premier Süleyman Demirel, sein politisches Comeback in die Wege geleitet. Ecevit, der bis 1980 drei Mal Ministerpräsident war und seither von den Generälen bis 1990 mit einem Verbot politischer Aktivität belegt ist, gelang jetzt ein Coup, als der mit ihm sympathisierende Professor Aydin Güven Gürkan die Führung der mit 113 Abgeordneten im Parlament vertretenen Populistischen Partei an sich riß.

Gürkan, der sofort von einer „breiten Zusammenarbeit aller linken und sozialdemokratischen Kräfte als Endziel" sprach, macht keinen Hehl daraus, für wen sein Herz schlägt: Er bekräftigte sofort seine Absicht, seine Partei auf Linkskurs zu bringen und – anders als von seinem profillosen Vorgänger Necdet Calp beabsichtigt – kein Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Sodep-Partei von Erdal Inönü, sondern mit einem völlig neuen Partner anzusteuern: Ecevits Ehefrau Rahsan.

Sie, die als treibende Kraft hinter ihrem Mann steht, will noch im August eine „Partei der Demokratischen Linken" ins Leben rufen. Frau Ecevit: „Unsere Parteigründung findet unabhängig von den Entwicklungen bei den Populisten statt." Über ein Zusammengehen werde zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Gürkans ablehnende Haltung gegenüber der Sodep („sie müssen noch Selbstkritik üben"), die an den Parlamentswahlen im November 1984 auf Geheiß des Militärs nicht teilnehmen durfte, aber einige Monate später beeindruckende Wahlerfolge bei den Kommunalwahlen erzielte, spiegelt Ecevits Aversion gegen diese Formation wider: Ecevit und Ismet Inönü, der Vater des heutigen Sodep-Chefs, sind nämlich die beiden linken Spitzenpolitiker der Nachkriegszeit und haben sich nie gemocht. Der heute 60jährige Ecevit betrieb Anfang der siebziger Jahre Inönüs Sturz in der seit 1981 verbotenen Republikanischen Volkspartei.

Ecevit hat sich mit der Planung seines Comebacks mehr Zeit genommen als Demirel: Bereits einige Monate nach dem Coup und dem Verbot seiner Gerechtigkeitspartei hatte Demirel engste Mitarbeiter mit der Aufgabe betraut, eine neue Partei zu gründen. Zweimal machte ihm das Militär einen Strich durch die Rechnung.

Mitte Mai war Demirel, der über die intakteste und bestfunktionierende Partei-Organisation in der Türkei verfügt, am Ziel: Hüsamettin Cindoruk, einstiger Statthalter Demirels in Istanbul, wurde mühelos zum Parteichef der im Parlament ebenfalls nicht vertretenen „Partei des Rechten Weges" gewählt. Der „Mann, der alles weiß" (so die Presse über Demirel), ist wieder präsent.

Diese Entwicklungen in der türkischen Parteien-Landschaft zeigen eigentlich, wie sehr sich die aus dem Hintergrund teilweise noch mitregierenden Generäle verschätzt haben. Vorgenommen hatten sie sich die Bildung einer „neuen Politiker-Generation" und der alten Politiker-Garde jede Tätigkeit untersagt.

Ihre Rechnung ging nicht auf: Ihre Lieblingspartei verlor die Parlamentswahl haushoch und wird beim nächsten Urnengang völlig von der Bildoberfläche verschwinden. Mit Ausnahme von Ministerpräsident Özal, dessen Wahlsieg das Militär keineswegs wünschte, hat sich kein anderer Politiker profilieren können. Die Offiziere, politisch kurzsichtig, haben ihr Organisationstalent überschätzt und die Überlebensqualitäten der Alt-Politiker unterschätzt. Es bleibt abzuwarten, wie die Generäle auf diesen Gesichtsverlust reagieren werden. Denn bereits jetzt wird, wenn auch hinter vorgehaltener Hand, der Ruf nach einer vorzeitigen Aufhebung des Berufsverbots gegen die früheren Politiker hörbar. (SAD)

Scargill reizt Labour mit allzu hohen Ansprüchen

Entlassene Bergleute wieder einstellen / Streikdrohung

REINER GATERMANN, London

Der Vorsitzende der Labour Party, Neil Kinnock, sah sich zu einer sofortigen heftigen Reaktion veranlaßt, um Schaden von seiner Partei abzuwenden. Denn der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft (NUM), Arthur Scargill, hat auf dem Kongreß seiner Gewerkschaft in beinahe ultimativer Form von einer künftigen Labour-Regierung die bedingungslose Wiedereinstellung sämtlicher während des einjährigen Grubenstreiks entlassener Bergleute gefordert. Darüber hinaus verlangt er den Rücktritt des gesamten Vorstandes der Nationalen Kohlebehörde (NCB) sowie deren Regional- und Lokalchefs, soweit diese im Arbeitskampf gegen die Gewerkschaft Stellung bezogen haben.

Scargill beanspruchte schließlich für seine Organisation das Recht, an der „neuen NCB" beteiligt zu werden und dessen Vorstandsvorsitzenden zu benennen. Eine künftige Labour-Regierung soll außerdem die über eine Million Pfund (rund vier Millionen Mark) zurückzahlen, die das jetzige konservative Kabinett während des Streiks „konfisziert" habe, um die Gewerkschaft finanziell in die Knie zu zwingen.

Absage an die Linke

Diese Ansprüche machte der streitbare, marxistisch orientierte Führer der Bergleute kurz vor der heute in Brecon and Radnor (Wales) stattfindenden Nachwahl für das Unterhaus, für die sich die Labour Party große Gewinnchancen ausrechnet. Neil Kinnock befürchtete jedoch, daß die Scargill-Forderungen vor allem in Wählergruppen, die zwischen seiner Partei und der sozial-liberalen Allianz pendeln, abstoßend wirken könnten.

Der jüngste Erfolg Kinnocks in den Meinungsumfragen wird zu einem erheblichen Teil mit seiner strikten Absage an den äußerst linken Flügel seiner Partei begründet. Nur solange er ihn unter Kontrolle halten kann und ihm entscheidenden Einfluß auf seine Politik versagt, bestehe für den Labour-Führer berechtigte Hoffnung, 1987 (spätestens 1988) Margaret Thatcher in 10 Downing Street abzulösen, lautet die weitgehend übereinstimmende Auffassung politischer Beobachter. Sie sehen jetzt allerdings auch in der Art, wie Kinnock zunächst die Forderung Tony Benns nach einer Amnestie für verurteilte Bergleute und deren Wiedereinstellung und nun die Ansprüche Scargills zurückwies, die Gefahr einer verbalen Überreaktion.

Kritik an der Führung

Besonders heftig reagierte Kinnock auf die von Scargill angekündigte Möglichkeit neuer Streiks seiner Gewerkschaft, falls die Kohlebehörde ihre Absicht verwirkliche, 25 Zechen zu schließen. Scargill solle sich die Bergarbeiterfamilien anhören, sie sprächen „aus bitterer Erfahrung".

Auf dem NUM-Kongreß in Sheffield wurde dem Präsidium allerdings mit überwältigender Mehrheit das Vertrauen für die Handhabung des Arbeitskampfes ausgesprochen. Die Sprecher des Nottinghamshire-Distrikts, der sich nicht an dem Streik beteiligte, wurden ausgebuht. Sie kritisierten die Gewerkschaftsführung vor allem, weil sie vor der Arbeitsniederlegung keine Urabstimmung abgehalten hatte.

Der Kongreß beschloß für Anfang Oktober eine Sonderkonferenz für den Fall, daß bis dahin nicht alle Bergleute wieder eingestellt sind, die während des Konflikts entlassen und nicht rechtskräftig zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Mehr als 600 wären davon betroffen. Dann soll über weitere Gegenmaßnahmen beraten werden.

Trotz mehrfacher Appelle an die Delegierten, Einigkeit zu wahren und den offenen Bruch zu verhindern, zeigt sich auf dem Kongreß immer wieder eine tiefe Kluft. Ob sie überbrückt werden kann, ist ungewiß.

Die Peronisten sind zerstritten und schwach

WERNER THOMAS, Buenos Aires

Weil die Peronisten heillos zerstritten sind, kann Argentiniens Präsident Alfonsin so souverän regieren. Die Gerechtigkeitspartei, einst eine der mächtigsten politischen Bewegungen Lateinamerikas, leidet noch immer unter der ersten Wahlniederlage vor eineinhalb Jahren. Persönliche Rivalitäten und ideologische Differenzen kamen offen zum Ausbruch.

Zur Zeit rivalisieren zwei Organisationen, die aus zwei Parteitagen hervorgingen. Die alte, konservative Garde hatte Ende 1984 den kontroversen Gewerkschaftsführer Miguel und Senator Vernet als Vizepräsidenten gewählt. Isabel Peron wurde als Präsidentin bestätigt, sie verzichtete jedoch auf weitere Führungsämter. Im Februar wählten die progressiven Peronisten („Renovadores") Senator Britos zum Präsidenten.

Anschließend entbrannte ein heftiger Streit um die Frage, welcher Parteikongreß den Anspruch der Legalität erheben darf. Ein Wahlgericht entschied für Brito und seine Gefolgschaft. Innerhalb des Kongresses geht die Spaltung noch weiter. Hier haben sich vier Gruppen gebildet.

Der peronistischen Bewegung fehlt eine profilierte Persönlichkeit, die Alfonsin gefährlich werden könnte. So konnte er sich auch deshalb zu der wirtschaftlichen Schocktherapie entschließen, weil er keinen nennenswerten Widerstand der peronistischen Opposition zu befürchten brauchte.

Das radikale Reformprogramm bietet den Peronisten aber eine Chance, wenn es die Nation in eine bittere Rezession treibt. „Sie werden alles tun, um eine Unzufriedenheit der Bevölkerung auszunutzen", meint der frühere Wirtschaftsminister Alemann. Er sieht eine solche „kritische Phase" vor den Kongreßwahlen im November. Mit Blick auf dieses Ereignis ist zur Zeit oft von Versöhnung und Einheit die Rede. Am Wochenende ist ein Parteitag geplant. (SAD)

Die Swapo verliert an Rückhalt und an Schlagkraft

B. CONRAD, Bonn/Windhuk

Die Südafrikaner haben wieder einmal bewiesen, daß sie entschlossen sind, den Kampf mit der „Südwestafrikanischen Volksorganisation" (Swapo) um die Zukunft Namibias militärisch zu gewinnen. In einer „Verfolgungsaktion" über die angolanische Grenze hinweg töteten sie 62 Swapo-Kämpfer und erbeuteten größere Mengen an Kriegsmaterial und Munition.

Dem Blitzschlag war ein Granatwerferangriff von Swapo-Guerrillas gegen eine südafrikanische Militärbasis im Ovamboland vorausgegangen. Die Führung in Pretoria hält eine harte Reaktion offensichtlich für notwendig, um bei der Swapo kurz nach der Bildung einer namibischen Übergangsregierung keinerlei Hoffnung auf kriegerische Erfolge aufkommen zu lassen.

Tatsächlich unternehmen die stark angeschlagenen Untergrundkämpfer Sam Nujomas in letzter Zeit geradezu verzweifelte Anstrengungen, um sich mit Sabotageakten und der Plazierung von Erdminen bei der schwarzen Bevölkerung gewaltsam „Gehör" zu verschaffen. So hat sich die Zahl der Todesopfer im Ovamboland – dem Ursprungs- und Hauptoperationsgebiet der Swapo – im vergangenen Jahr von 146 auf 169 erhöht. Die Zahl der Sabotageakte erreichte 1984 mit 96 Fällen einen Höhepunkt; in den ersten fünf Monaten dieses Jahres waren es schon wieder 58. Auch die Zahl der Zwischenfälle mit der Swapo insgesamt ist nach einem vorübergehenden starken Rückgang gestiegen: 384 von Januar bis Mai 1985.

Doch Generalmajor George Meiring, der Oberbefehlshaber der 21 000 Mann starken Südwestafrikanischen Territorial-Streitmacht, die von Südafrikanern trainiert wird, aber jetzt der neuen Übergangsregierung in Windhuk verwaltungsmäßig untersteht, sieht in dem Umfang der Zwischenfälle nur ein Aufbäumen ohne Erfolgsaussichten. Denn die Sabotageakte und Minenexplosionen sind nach seiner Darstellung „die einfachste Art des Swapo-Kampfes ohne großes Risiko".

Schwerer wiegen in den Augen des Generals zwei andere Phänomene: Die durch Tod und Gefangennahme verursachte Schrumpfung des Swapo-Potentials und die wachsende Bereitschaft der Ovambo-Bevölkerung, gegen die Swapo mit dem Militär zusammenzuarbeiten.

Ovambos als Informanten

Auch dafür gibt es konkrete Zahlen: Hatte die Swapo 1978 noch 16 000 „Soldaten" zur Verfügung, so sind es heute nur noch 8500. Lediglich 1500 davon können gegen Südwestafrika eingesetzt werden. Im letzten Jahr beliefen sich die Swapo-Verluste auf 594 Mann; allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind 345 Swapo-Terroristen getötet oder gefangen genommen worden. Dazu Meiring: „Jede Streitmacht in der Welt, die 50 Prozent ihrer Stärke verliert, befindet sich auf dem Abstieg."

Parallel dazu geben immer mehr Ovambos dem Militär Informationen über die beobachtete Plazierung von Minen und andere Swapo-Aktivitäten: 1983 kam das 64mal, 1984 234mal und 1984 schon 264mal vor. Meiring: „Für mich ist klar, daß sich die Leute freier und nicht bedroht empfinden, wenn sie uns Informationen geben. Sie fühlen sich geschützt. Und das hat einen Schneeball-Effekt."

Ein ähnliches Phänomen war zu beobachten, als die Südwestafrikanische Territorial-Streitmacht im Ovamboland Soldaten in Kompaniestärke anwerben wollte. „Es meldeten sich viel mehr als wir brauchen konnten", berichtete Meiring. „Das ist sehr bemerkenswert."

Ein maßgeblicher südafrikanischer Nachrichtenoffizier zog aus alldem die Schlußfolgerung: „Wenn die Swapo einmal erkannt hat, daß der militärische Krieg für sie verloren ist, wird sie eine normale politische Partei, die am politischen Prozeß in Namibia teilnehmen muß." Genau dies hatte der Vorsitzende der Übergangsregierung, David Bezuidenhout, im Sinn, als er in einem WELT-Interview ankündigte, im Fall einer Beendigung der Gewalttätigkeiten werde die Swapo an der Regierung und der Nationalversammlung in Windhuk beteiligt werden können (WELT vom 25.6.1985).

Sind die sechs Parteien der Übergangsregierung stark genug, bis dahin ihre Position durch Verbesserung der Lebensverhältnisse im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika erfolgversprechend ausbauen zu können? Oder könnten sich die Südafrikaner veranlaßt sehen, die Regierungsverantwortung wieder an sich zu ziehen, wie sie es schon einmal mit der Regierung der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA) unter Dirk Mudge getan haben?

Für die Autorität und damit für die Erfolgsaussichten der neuen Regierung sprechen folgende Faktoren:

Die Südafrikaner haben der Übergangsregierung – so der bisherige Generaladministrator van Niekerk – 95 Prozent aller Zuständigkeiten in Namibia übertragen; das sind alle Bereiche mit Ausnahme der Außenpolitik und der äußeren Sicherheit. Der DTA-Regierung hatte erheblich weniger Rechte.

Demonstrativer Akt

Nicht der südafrikanische Generaladministrator, sondern Staatspräsident P.W. Botha selbst hat diesmal die Übertragung der Regierungsvollmachten in Windhuk vorgenommen – ein genau berechneter demonstrativer Akt, hinter dem Pretorias Wille steht, die Last Südwestafrikas schrittweise loszuwerden. Das ist kaum rückgängig zu machen.

Was der damalige DTA-Regierungschef Mudge (jetzt Minister für Finanzen und Regierungsangelegenheiten) vergeblich zu erreichen suchte, ist dem neuen Kabinett von Botha bewilligt worden: Die Übergabe des Tintenpalastes als Regierungssitz – eine gerade für Afrika wichtige symbolische Geste. Einst residierte hier der deutsche Gouverneur, bis jetzt hatte der Generaladministrator sich diesen Palast vorbehalten.

Die neue Regierung wird nicht wie das frühere Kabinett nur von der DTA, sondern von sechs höchst unterschiedlich strukturierten und weltanschaulich fundierten Parteien getragen; darunter die nur von Weißen unterstützte National Party ebenso wie die aus revolutionären Ursprüngen stammende Swanu, die von dem moskautreuen Nujoma abgesplitterten Swapo-Demokraten und die Labour Party. Diese Breite erhöht das Gewicht des Kabinetts.

Daß die Regierung in Windhuk ungeachtet dessen „null und nichtig" sei – wie die Bundesregierung im Verein mit fast allen anderen Staaten der Welt behauptet –, leuchtete keinem der prominenten westlichen Politiker ein, die zur Inauguration gekommen waren.

Die Außenpolitiker in West und Ost und in der Dritten Welt werden so handeln, wie Dirk Mudge es skizzierte: „Für gemäßigte Parteien ist es immer sehr schwer, internationale Anerkennung zu finden. Würde die Swapo Südafrika militärisch besiegen und die Macht in Windhuk an sich reißen, dann würde sie im Nu international anerkannt." Er fügte hinzu: „Gelingt es uns, die Unterstützung von 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung zu gewinnen, dann wird die internationale Öffentlichkeit uns auch anerkennen müssen. Deshalb ist die Frage: Soll man zuerst die Anerkennung des Auslands oder der eigenen Bevölkerung gewinnen, für uns einfach zu beantworten: Wir fangen mit der eigenen Bevölkerung an."

Von Verrat war nicht die Rede

A. GRAF KAGENECK, Paris

Unerwartet gelassen verlief die zweistündige Diskussion ehemaliger französischer Widerstandskämpfer im Zweiten Französischen Fernsehen, die der Ausstrahlung des Films „Terroristen im Ruhestand" folgte.

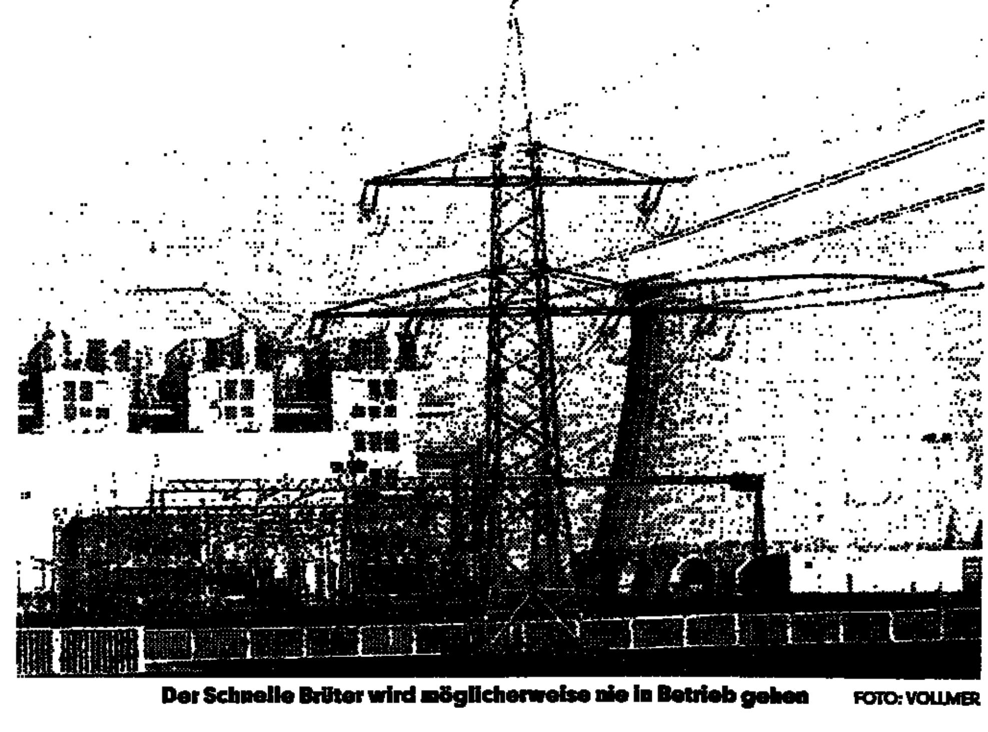
Der Film erzählt die Geschichte der fast ausschließlich aus Einwanderern bestehenden Widerstandsgruppe FTP-MOI, die im Zweiten Weltkrieg unter dem Kommando des Armeniers Missak Manouchian Attentate auf deutsche Offiziere in Paris verübte. Die meisten ihrer Mitglieder wurden im Herbst 1943 gestellt, zum Tode verurteilt und füsiliert – angeblich, so suggeriert der Film, auf Betreiben der Führung des kommunistischen Widerstandes.

Nach einem Protest der KPF war der Film zunächst abgesetzt, dann aber doch für den 2. Juli ins Programm genommen worden. Den Kommunisten hatte man zum Ausgleich eine Debatte angeboten.

Keiner der Diskussionsteilnehmer hat die Kommunisten nach dem Film offen des Verrats an der Manouchian-Gruppe bezichtigt, einige bürgerliche Teilnehmer wie der Historiker Amouroux und der Ex-Premier Chaban-Delmas nahmen den kommunistischen Widerstand im Zweiten Weltkrieg sogar ausdrücklich in Schutz. Chaban-Delmas führte die heiße Auseinandersetzung um den Film auf die „Grausamkeit des Krieges" zurück, der Deutsche wie Franzosen ausgesetzt gewesen seien.

Der Schnelle Natrium-gekühlte Brutreaktor, der zur Zeit in Kalkar am Niederrhein gebaut wird, ist in die Mühlen der Politik geraten. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat bekundet, daß sie das 7-Milliarden-Objekt für einen forschungspolitischen Irrtum hält, und will deshalb verhindern, daß der „Schnelle Brüter" in Betrieb geht.

Die Dolche für den Brüter sind gezückt



Der Schnelle Brüter wird möglicherweise nie in Betrieb gehen FOTO: VOLLMER

Von HANS BAUMANN

Die Abhängigkeit von der Kernenergie muß geringer werden." Das war der Kernsatz des Wirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen, Prof. Reimut Jochimsen, in einem Gespräch mit Wirtschaftsjournalisten, nachdem seit der Regierungsneubildung in Düsseldorf, auch das Ressort Energie unter seinem Dach ist und das atomrechtliche Genehmigungsverfahren aus dem Arbeitsministerium in Jochimsens Hand überging.

Das rief sofort zu der Frage auf, warum der neue Fraktionsvorsitzende der SPD in Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Farthmann, sich so spontan und unmißverständlich zum Schnellen Brüter von Kalkar gemeldet habe, sogar mit dem Hinweis, daß man notfalls prozessieren werde, bis der sanfte Tod des Brutreaktors eintrete. Jochimsen: „Warum das Thema jetzt so hochgekommen ist, verstehe ich auch nicht."

„Energiewirtschaftlich besteht kein Bedarf"

Auf die Frage, ob sich nicht ein falscher Politiker zu Wort gemeldet habe, da doch nun die atomrechtliche Aufsicht bei ihm, Jochimsen, und nicht mehr bei Farthmann liege, meinte Jochimsen, Farthmann habe schließlich noch eine politisch höhere Kompetenz.

Zum Schnellen Brüter in Kalkar sagte Jochimsen:

1. Energiewirtschaftlich besteht für den Einstieg in die Brütertechnologie derzeit und für die nächsten zehn Jahre kein Bedarf.
2. Forschungspolitisch ist die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters (SNR 300) spätestens seit den Äußerungen des RWE, die von einem Nachfolgeobjekt auf der Basis des französischen Super-Phenix ausgehen, zumindest fragwürdig.
3. Die atomrechtliche Genehmigungsbehörde des Landes NRW wird wie in der Vergangenheit die Anträge zum Brüter streng nach Recht und Gesetz (nach dem Atomgesetz) bescheiden.
4. Dies gilt auch, nachdem die Zuständigkeit für Genehmigungen beim neuen Energieminister liegt.

Die Frage, ob denn mit weiteren Genehmigungen für Kalkar gerechnet werden könne, beantwortete Jochimsen, daß jeder Genehmigungsschritt die Frage beantworten müsse, ob die Entsorgung sichergestellt werden könne. Bisher habe die Schnell-Brüter-Gesellschaft (SBK) immer die feste Absicht bekundet, in Frankreich zu entsorgen. Jetzt würden Äußerungen des künftigen Betreibers laut, die abgebrannten Brennelemente zunächst auf dem Reaktorgelände in Kalkar aufzubewahren. „Sie sehen daraus, daß den Betreibern der sogenannte Entsorgungsnachweis immer schwerer fällt", sagt Jochimsen.

Keine Genehmigung mehr ohne sichere Entsorgung

Und wie hält es der neue Energieminister mit dem blockierten Zwischenlager Ahaus? „Wir stehen für den Bau von Zwischenlagern, aber dann wollen wir sie auch zunächst für die Kernkraftwerke unseres Landes nutzen", sagte er, und er fügte hinzu, „die Landesregierung wird sich bemühen, Ahaus flottzumachen". Aber ebenso unzweideutig sei auch, daß Ahaus nur dann in Betrieb gehe, wenn das Endlager geschaffen sei.

Aber nun wird doch in Wackersdorf eine Wiederaufbereitungsanlage errichtet? Jochimsen: „Ich rege mich darüber auf, daß die Bundesregierung viel ankündigt, sich aber bei der Endlagerung immer wieder bedeckt hält. Soviel wir erkennen können, ist für Wackersdorf die Genehmigung eines Eingangslagers beantragt worden. Wer sagt denn, daß dort eine Wiederaufbereitungsanlage gebaut wird und nicht nur ein Zwischenlager?" fragt der Energieminister.

Jochimsen spricht sich für eine Entsorgung in der Bundesrepublik aus, aber gegen eine Wiederaufbereitung, da die Endlagerung nach Abbrennen der Brennelemente wirtschaftlicher sei. Wenn nicht genügend Endlager- oder Entsorgungskapazität zur Verfügung stehe (Jochimsen: „Alle Plumpsklosetts sind ja schon voll"), dann könne er sich schon vorstellen, daß dann auch in vielleicht drei Jahren der Betrieb des Hochtemperaturreaktors in Schmehausen (THTR 300) untersagt werden müsse.

Hat der Bundesinnenminister nach geltendem Recht keine Möglichkeiten, eine Entscheidung der Atomrechtlichen Behörde (Landesrecht) aufzuheben? Jochimsen: „Wenn NRW sagt, Kalkar ist nicht von Risiken völlig frei, dann kann man nicht genehmigen." Der Innenminister habe zwar ein „gewisses" Einspruchsrecht – „aber nicht an uns vorbei", sagte Jochimsen.

Auf die Frage, ob eine Industrienation mit so hohem Exportanteil auf den Betrieb moderner Kernkraftwerke, die man im Ausland verkaufen wolle, verzichten könne, sagte Jochimsen: „Es kann nicht Aufgabe des Ministers Jochimsen sein, Anlagen betreiben zu lassen, damit man sie auch exportieren kann. Ich lasse mein Haus nicht instrumentalisieren."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Fünfte Teilung

„Neuer Streit um Bindungswirkung der Ostverträge"; WELT vom 1. Juli

Am 31. März 1939 garantierten Großbritannien und Frankreich die Unabhängigkeit Polens und, wie der Botschafter der letzten rechtmäßigen Regierung Polens in Washington, Graf Jan Ciechanowski, in seinem Buch „Defeat in Victory" (Thomas-Verlag Zürich) ausdrücklich bemerkt, für Polen, wie es nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen wurde.

In einer schriftlichen Erklärung gab Ciechanowski bekannt: „Die drei Großmächte (USA, Großbritannien und die UdSSR) haben die Kontinuität im Bestehen des polnischen Staates tatsächlich unterbrochen (!), indem sie gegen die Verfassung Polens und gegen die souveränen Rechte den territorialen und politischen Status willkürlich verändert haben... Sie haben die fünfte Teilung Polens vorgenommen". Diese Äußerungen sollten auch ein Grund für Volker Rühe sein, sich zurückzuhalten.

Ein anderer Grund ist die Erklärung, die der wohl kompetenteste Kenner dieser Materie, Walter Scheel, der die Ostverträge mit unterschrieb, am 9. Februar 1972 vor dem Bundesrat abgab: „Manche Kritiker haben versucht, in die Verträge den Begriff der Grenzanerkennung durch die Bundesregierung hineinzulegen und die Verträge als Grenzverträge zu apostrophieren. Seltsam ist nur, daß die Verträge nirgendwo von Anerkennung sprechen. Einige Kritiker haben sich sogar zu der Behauptung verstiegen, mit den Grenzartikeln der beiden Verträge verzichte die Bundesregierung auf deutsches Gebiet und auf die Wiedervereinigung. Da kann man nur fragen: Wo steht das eigentlich in den Verträgen?"

Eine Zementierung des Hitler-Stalin-Paktes (Estland, Lettland, Litauen, Bessarabien und Polen östlich der Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und San wurden Stalin zugesprochen) wie es Herr Genscher anscheinend für richtig hält und darin offensichtlich durch Herrn Rühe unterstützt wird, kann doch nicht im Sinne freier Völker sein!

B. Larisch, Dorsten 21

„Weihnachtsbescherung"

„13. Gehalt für Parlamentarier"; WELT vom 25. Juni

Der Landtag von Hessen setzt sich zu 49 Prozent, der von Rheinland-Pfalz zu 67 Prozent aus Angehörigen des öffentlichen Dienstes, vorzugsweise Lehrer, zusammen.

Beide Parlamente qualifizieren sich – ungeachtet der Sparmaßnahmen der Bundesregierung – als Vorreiter für das 13. Gehalt (Weihnachtsgeld) unserer bereits hochdotierten Parlamentarier von Bund und Ländern mit einer Pensionsregelung, die den höheren Beamtenlaufbahnen unseres Staates entspricht.

Daß gerade das Land Rheinland-Pfalz – die politische Heimat des Bundeskanzlers – sich der „Weihnachtsbescherung" der eh und je finanziell sorglosen Genossen des SPD-regierten Hessenlandes anschließt, muß für jeden Wähler der Wende enttäuschend sein. Die Abgeordneten der Länderparlamente folgen hier ausgabefreudig den Spuren ihrer Vorbilder in Bonn, obwohl beide Länder eine gewaltige Schuldenlast abzutragen haben. Die „Macht des guten Beispiels" gegenüber den Rentnern und den sozial Schwachen wie auch gegenüber den Steuerzahlern ist ganz offensichtlich für die „Volksvertreter" unseres Gemeinwesens ein unbekannter Begriff geblieben.

H. Behrendt, Bendestorf

Wort des Tages

» Es ist viel anstößiger, seine Gefühle zu entblößen als seinen Körper. «

Arthur Schnitzler; österr. Autor (1862–1931)

Gleichschaltung

„Die Nivellierungsstufe"; WELT vom 21. Juni

Ihr Beitrag zur hessischen Kulturrevolution war wichtig und notwendig, sie läuft ja nun schon über 20 Jahre. Zunächst begann sie mit der Tätigkeit der früheren Staatssekretärin im Wiesbadener Kultusministerium, Dr. Hildegard Hamm-Brücher, heute MdB der FDP-Fraktion. Sie nahm sich vor, aus unbegabten begabte Kinder zu machen, was ihr schwerlich gelungen sein dürfte. Dann kam Herr von Friedeburg mit seinen Rahmenrichtlinien, nach denen u. a. dem Fach Deutsch im Unterricht nur die Qualität als „Umgangssprache", nicht aber als Kulturgut, zuerkannt werden sollte. Der Minister selbst soll es übrigens – damaligen Presseberichten zufolge – vorgezogen haben, sein Kind nicht dem von ihm vertretenen revolutionären Schulsystem anzuvertrauen, sondern es auf ein auswärtiges Internat gegeben haben. Jetzt wird nun der Kulturrevolution durch ihre rot-grünen Vollstrekker die Krone dadurch aufgesetzt, daß man das humanistische Gymnasium praktisch beseitigt. Hierdurch wird natürlich kein Kind klüger, aber die Gleichschaltung im kulturellen Bereich weitergetrieben.

Vor allem aber wird die Freiheit der Eltern in der Wahl der Bildungsmöglichkeiten ihrer Kinder beseitigt. Das ist zunächst sicher ein verfassungsrechtliches Problem und wird – so ist zu hoffen – zu entsprechenden Prozessen führen. Darüber hinaus aber wird das Ergebnis einer solchen Maßnahme sein, daß kulturbewußte Eltern bei der Wahl ihres Arbeitsplatzes so gut es geht Hessen meiden werden; andere dürften, sofern sie in Grenzgebieten wohnen, ihre Kinder auf die Schulen benachbarter Bundesländer schicken. Wohlhabende können ihren Nachwuchs auf auswärtige Internate geben. Auf der Strecke bleiben in jedem Fall begabte Kinder, deren Eltern nicht über entsprechende Mittel verfügen; sie sind gezwungen, sich mit den zweitrangigen Schulen in Hessen zu begnügen, und müssen daher auf wesentliche Bildungselemente verzichten.

Dr. W. Lodemann, Konstanz

Chirurgie mit dem Optischen Skalpell

Ein Zentrum für Lasermedizin soll den technischen Vorsprung des Auslands aufholen

Von ARNO NÖLDECHEN

Die Abkürzung „LMZ" wird in Kürze für Mediziner, besonders für Chirurgen, einen besonderen Klang bekommen. Sie steht für das in Berlin gegründete „Laser-Medizin-Zentrum". Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen und Vorbereitungen soll es deutsche Ärzte mit den Vorzügen des „Optischen Skalpells" vertraut machen und ihnen den Anschluß an den Vorsprung der Lasermedizin im Ausland bringen. In den Vereinigten Staaten, in Japan und selbst in Israel existieren ähnliche Lasermedizin-Zentren schon seit längerer Zeit. Entsprechend häufiger wird dort mit Laserstrahlen operiert.

Laserstrahlen erlauben chirurgische Eingriffe, die mit den herkömmlichen Operationstechniken nur schwer zu bewältigen waren: Laserlicht ist absolut steril, es arbeitet ohne eine mechanische Berührung und es verhindert Blutungen im Operationsgebiet, weil es beim Schneiden oder Verkleben des Gewebes zugleich auch alle Blutgefäße schließt. Das sind klare Vorteile gegenüber den herkömmlichen Arbeitstechniken der Chirurgen. Obwohl schon vor gut zwanzig Jahren erste medizinische Versuche mit Laserstrahlen, beispielsweise in Israel, unternommen wurden, taten sich die Chirurgen in der Bundesrepublik schwer damit: Da jede neue Arbeitstechnik ein Umlernen verlangt, war das für viele zu umständlich.

Infrarotes Laserlicht kann von unseren Augen nicht gesehen werden. Die Gerätehersteller rüsten daher ihre Geräte mit einem zweiten Laser aus, der als Pilotlicht fungiert. Laserstrahlen führen in lebendem Gewebe zu ganz unterschiedlichen Reaktionen: Wegen ihrer hohen Energiedichte kommt es zur Verpuffung von Wasser oder zum Verkohlen der organischen Substanz. Richtig dosiert, wird also blitzartig „geschnitten" oder das Gewebe koaguliert. Das sind Arbeitsschritte, die bisher nicht kombiniert werden konnten.

Laserstrahlen als streng paralleles Licht, d. h. als „kohärentes" Lichtbündel, können mit Linsen zu Brennpunkten fokussiert, aber auch flächenartig aufgespalten werden. Das erlaubt einen feinfühligen Einsatz, je nach Wunsch und Arbeitsziel.

Schließlich absorbieren die verschiedenen Körpergewebe das monochrome, also nur in einer Lichtfarbe strahlende Laserlicht ganz unterschiedlich. Bei einer geringen Absorption durchdringt der Strahl das Gewebe fast unbeeinflußt. Bei einer hohen Absorption kommt es zum Verpuffen oder zum Verkohlen. Wer gewöhnt ist, „mechanisch" mit Skalpell und Nadel zu arbeiten, muß hier umdenken. Zudem kann mit lasermedizinischen Verfahren oft ein Eingriff ambulant vorgenommen werden, der sonst nur im Krankenhaus möglich ist.

Die Lasermedizin wird auch heute noch oft mit Skepsis aufgenommen, obwohl dieses Verfahren, wie viele komplizierte Eingriffe beweisen, wirksame Hilfe leisten kann, z. B. bei abgelösten Teilen der Netzhaut im Auge, bei der Blutstillung im Magen, bei der Bekämpfung von Krebsgeschwüren, bei Operationen von Schleimhäuten sowie in der Gehirnchirurgie. Neben einer gezielten Aufklärungsarbeit will das Berliner Laser-Medizin-Zentrum für die „optische" Behandlung die erforderlichen therapeutischen Leitlinien aufstellen. Zusammen mit den Medizinern der Freien Universität Berlin und den an der Gründung beteiligten Firmen werden in dem Zentrum auch die bisher tätigen Interessen-Gesellschaften, Fachverbände und Wissenschaftler in einem zentralen Institut vereinigt.



Ein neues Werkzeug für den Chirurgen: das Laser-Skalpell FOTO: DIE WELT

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat nach sechs Doktorhüten amerikanischer Universitäten jetzt seine erste deutsche Ehrendoktor-Würde erhalten. Die Sozialwissenschaftliche Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München hat ihm den „doctor rerum politicarum honoris causa" (Dr. rer. pol. h. c.) verliehen. Am 13. Juli wird Strauß die Urkunde der Ehrenpromotion in der Universität überreicht. Strauß, der im September seinen 70. Geburtstag begeht, hatte als Stipendiat der Stiftung Maximilianeum an der Universität München Philologie, Geschichte, Germanistik und Volkswirtschaftslehre studiert und dort 1939 das erste Staatsexamen für das höhere Lehramt abgelegt.

*

Einen nach ihrem Gründer **Hans Schütz** (1901–1982) benannten Ehrenpreis hat die sudetendeutsche katholische Ackermann-Gemeinde gestiftet. Bei der jüngsten Vorstandssitzung der Ackermann-Gemeinde in München wurde der Preis zugleich dem Gründer und langjährigen Landesvorsitzenden der Ackermann-Gemeinde in Hessen, **Richard Hackenberg**, zuerkannt. Der Preis soll alle zwei Jahre an Persönlichkeiten verliehen werden, die sich im Sinne des Wirkens von Schütz um die Integration der Heimatvertriebenen und um eine Versöhnung mit dem tschechischen Volk verdient gemacht haben. Die Auszeichnung wird Hackenberg bei der Jahrestagung der Ackermann-Gemeinde Ende Juli in Passau überreicht werden.

GEBURTSTAG

Der emeritierte Ordinarius für Biochemie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Professor Dr. **Kurt Wallenfels**, feierte seinen 75. Geburtstag. Nach dem Studium der Chemie und der Promotion 1936 ging Wallenfels an das Heidelberger Kaiser-Wilhelm-Institut und habilitierte sich 1942. Nach einer mehrjährigen Industrietätigkeit nahm Wallenfels 1953 einen Ruf auf ein Extraordinariat für organische Chemie in Freiburg an, welches später in ein Ordinariat für Biochemie umgewandelt wurde. Besondere Anerkennung in der wissenschaftlichen Welt brachten ihm seine Arbeiten über Enzyme und ihre Wirkungsmechanismen, insbesondere von Enzymen des Kohlenhydratabbaues. Auch nach seiner Emeritierung im Jahre 1978 setzte er seine wissenschaftlichen Arbeiten fort. Er ist auch heute noch ständig im Labor und in der Bibliothek anzutreffen.

VERÄNDERUNG

Der langjährige Generalsekretär der deutschen Sektion von Amnesty International, **Helmut Frenz** (52), hat das Amt des Studienleiters der Evangelischen Tagungsstätte „Haus am Schüberg" in Hoisbüttel in Schleswig-Holstein übernommen. Die Einrichtung gilt dem kirchlichen Entwicklungsdienst und der Gemeindearbeit.

Ob Peitsche oder Blick für's Geläuf – deutsche Jockeys durften lernen

Auf den Zielgeraden deutscher Galopp-Rennbahnen bieten die hierzulande reitenden Jockeys in fast allen Rennen stets das gleiche Bild: Ist die Gerade erreicht, überkommt sie eine merkwürdige Panik. Sie greifen zu ihren Peitschen und hoffen, mit diesem Hilfsmittel die Pferde schneller zu machen, sie vor der Konkurrenz ins Ziel zu bringen. Dann kommt es oft auch zu kuriosen Bildern, denn der Umgang mit der Peitsche ist nicht immer einfach. Ein Peitschenwechsel von einer Hand in die andere zum Beispiel, und das in Sekundenschnelle bei 50 km/h im Endkampf auf dem Rücken eines Pferdes – das ist oft nicht die Sache deutscher Jockeys. Einige wichtige Kleinigkeiten, die manche für unerheblich halten könnten, beherrschen sie nicht in der Meisterschaft, wie zum Beispiel ihre Kollegen in England.

Im Rahmen der Derby-Woche in Hamburg-Horn fand jetzt erstmals der von der Holsten-Brauerei mit

STAND ● PUNKT

etwa 250 000 Mark gesponserte Jockey-Europacup statt. Pat Eddery (33) gewann, Lester Piggott (49) wurde ohne jeden Punkt Letzter, als bester der drei deutschen Reiter erreichte Georg Bocskai (26) den fünften Platz unter den zwölf Startern.

Peter Tasch (49) aus Düsseldorf, der Chefrennleiter auf den deutschen Galopprennbahnen, kommentierte den Auftritt der Elite-Jockeys (zusammen über 25 000 Siege) treffend: „Beeindruckend, wie wenig, aber gezielt sie mit der Peitsche umgehen." Da sah man nicht schon eingangs der Geraden ein Rudel peitschenschwingender Gestalten. Die Besten griffen später zu diesem Hilfsmittel, dann aber wirksam. Sie hatten auch gleich erkannt, wie der durch zwei Renntage schon strapazierte Rasen von Hamburg-Horn am besten genutzt werden konnte. Sie ritten mit ihren Pferden an den noch frischen Außenseiten, steuerten auch in der Zielgerade nicht den vermeintlich kürzesten Weg an der Innenseite an, sondern sie steuerten weit außen in die Schlußgerade. Deutschlands Champion Georg Bocskai wollte schlauer sein und blieb an der Innenseite. Da war er zwar allein und unbehindert, aber seine Pferde blieben im Morast stecken, zweimal verpaßte er dadurch bessere Plazierungen.

Hinter Pat Eddery kam Steve Cauthen (25) auf den zweiten Platz. Er ritt in einem der vier Rennen den Hengst Pampas. Dessen Trainer Peter Lautner gab ihm vorher die übliche taktische Anweisung. Entweder hat Cauthen sie nicht verstanden oder sie interessierte ihn nicht. Jedenfalls ritt er völlig gegen die Anweisung des braven Trainers aus Düsseldorf, der während des Rennens die Hände über dem Kopf zusammenschlug. Im Ziel hatte Pampas gewonnen, mit der von Steve Cauthen während des Rennens gewählten Taktik.

Steve Cauthen, der einstige Wunderknabe aus Kentucky, der schon als Kind auf einem Strohballen hockend den Wechsel der Reitpeitsche von der einen in die andere Hand übte, ist in England längst akzeptiert. 1984 wurde er erstmals Jockey-Champion im Mutterland des Turfs, 1979 hatte er dort begonnen. Sein Kollege Pat Eddery war 1974, damals 22 Jahre alt, der jüngste Champion-Jockey der englischen Turf-Geschichte.

Vor drei Jahren unterschrieb er beim Rennstall des Londoner Vollblutmagnaten Robert Sangster einen Vertrag, der ihm eine Jahresgage von 200 000 Pfund garantiert. Inzwischen ist Eddery drei weitere Male englischer Jockey-Champion geworden. 1980 siegte er mit Detroit im Arc de Triomphe von Paris, zwei Siege (1975 und 1982) stehen im englischen Derby zu Buche. Am Sonntag kommt Eddery wieder nach Hamburg. Er reitet im 116. Deutschen Derby den Hengst Pontiac. Achtmal schon saß er im Derby von Deutschland im Sattel, noch nie landete er unter den ersten Drei.

Zum Jockey-Europacup sagte er: „Ich mag solche Sachen. Vor allem, wenn man gewinnt." Das mag auch ein Indiz dafür sein, daß diese selbst für kontinentale Verhältnisse bisher einmalige Veranstaltung im nächsten Jahr wiederholt wird. Denn trotz allem: Der Europacup, der zu einer Lehrstunde für die deutschen Jockeys wurde, war auch eine Augenweide für die Zuschauer.

KLAUS GÖNTZSCHE

WIMBLEDON / Die große Bewunderung für den erst 17 Jahre alten Becker wächst und wächst

„Baby, komm' nicht ins Schleudern"

C. GEISSMAR / DW. London

Boris Becker – 17 Jahr', rotblondes Haar – ist zu einer Größe der internationalen Tennis-Welt geworden, umhängt mit Superlativen. Sein Sieg in fünf Sätzen über den Amerikaner Tim Mayotte (6:3, 4:6, 6:7, 7:6, 6:2), nach einer Knöchelverletzung am Ende des vierten Satzes erkämpft, hat die Euphorie noch gesteigert. Die amerikanische Nachrichten-Agentur „United Press International" (UPI) funkte gestern um die Welt: „Vergessen Sie einmal für einen Moment John McEnroe, Jimmy Connors, Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd. Denn die Scheinwerfer in Wimbledon sind am Mittwoch auf die so reichhaltige Begabung des ungesetzten Boris Becker gerichtet."

Becker spielte gestern im Viertelfinale gegen den Franzosen Henri Leconte, der ebenso überraschend den Tschechoslowaken Ivan Lendl, Nummer zwei der Weltrangliste, ausgeschaltet hatte (das Spiel dauerte bei Redaktionsschluß noch an).

„Der tapfere Boris Becker kämpfte sich durch einen Alptraum von Schmerz, um seine sensationellen Wimbledon-Hoffnungen am Leben zu erhalten", schrieb Englands Zeitung „The Star". Auch das gehört zu einem Vergleich, der jetzt immer wieder auftaucht: Keine englische oder amerikanische Zeitung versäumt es zur Zeit an Björn Borg zu erinnern, wenn sie den Namen Becker erwähnt.

Von ungefähr kommt dieser Vergleich nicht. Wenn Becker zu den Außenplätzen der Anlage von Wimbledon unterwegs ist, wird er von zwei Bobbys begleitet. Sie beschützen ihn auch vor den Teenagern, die, wenn Boris erscheint, so herrlich laut kreischen wie 1973, als der Stern des ebenfalls 17 Jahre alten Borg in Wimbledon aufging (aber: der Schwede war schon 20, als er 1976 zum ersten Mal gewann). Becker zu dem Trubel um ihn: „Es ist ein völlig neues und wunderbares Gefühl, wenn meine Fans mich anfeuern."

Besonders englische Journalisten sind jetzt auf der Suche nach dem Charakter dieses „Wonderboy", der der amerikanischen Zeitung „The Hartford Courant" so erscheint: „Er sieht aus, als sei er gerade aus einem Gruppenbild der Wiener Sängerknaben gefallen." Jimmy Jones, einer der angesehendsten Tennis-Fachjounalisten Englands und in den 30er Jahren britischer Daviscup-Spieler, bat Bekker nach seinem Sieg über Mayotte um eine Probe seiner Handschrift: „Dear Jimmy", schrieb Becker auf einen Zettel und, nach zwei deutschen Sätzen, „All the best, Boris." Nun will Jones mit diesen Zeilen zu einem Graphologen gehen, um, vielleicht, etwas neues zu erfahren.

David Miller, Kolumnist der „Times", hat bei Becker bereits zwei Persönlichkeitsbilder entdeckt. Auf dem Wimbledon-Rasen benehme er sich „aggressiv und selbstsicher", was nicht nur die Gegner, sondern auch die Linienrichter zu spüren bekämen. Nach dem Spiel versprühe er jugendlichen Charme im Interview-Keller und lasse sich auch von den alten Reporter-Hasen nicht in die Ekke drängen. Erreicht hat er damit zumindest dies: „Mister Bomber" wird Becker in Englands Zeitungen nicht mehr genannt, nachdem er gerüffelt hatte: „Das ist falsch. Ich habe schließlich mit dem zweiten Weltkrieg nichts mehr zu tun." Fast scheint es, als sei die Warnung der Zeitung „The Hartford Courant" überflüssig: „Hey, Boris-Baby komm' jetzt nicht ins Schleudern."

Die Hochachtung vor der sportlichen Leistung Beckers haben sogar die englischen Buchmacher zu spüren bekommen. Ein Unbekannter hat in den letzten Tagen 10 000 Pfund (etwa 40 000 Mark) auf einen Sieg des Deutschen gesetzt. Das hat die Kurse – vor dem Spiel gegen Leconte – selbstverständlich verändert: Becker stand da an zweiter Stelle hinter McEnroe, wer zwei Pfund auf seinen Sieg setzte, erhielte nur noch sieben Pfund zurück. Becker: „Ich weiß auch nicht, wem ich so viel Geld wert bin." Seinem Manager Ion Tiriac und Trainer Günter Bosch, so Becker, seien es bestimmt nicht.

Zum ersten Mal waren gestern Elvira und Karl-Heinz Becker, die Eltern von Boris, in Wimbledon. Der Vater ist von Beruf Architekt, hat mit Tennis fast gar nichts zu tun und fühlte sich in letzter Zeit als „fast hauptberuflicher Spielervater". Nach dem Sieg seines Sohnes hängte er am Dienstag das Telefon aus („jetzt brauche ich erst einmal ein Pils oder zwei") und bestellte die Flugkarten. Er wollte eigentlich nach London fliegen, da hat er schlechte Erfahrungen. Nach dem Sieg des Sohnes beim Turnier im Queens Club nickten er und seine Frau „einer dort herumstehenden Dame" freundlich zu. Ein Offizieller murmelte: „Tennis spielen kann er ja, aber Sie müssen den Umgang mit einer Herzogin noch lernen." Die Dame war die Herzogin von Glocester. Vater Becker: „Wen man bei sowas alles kennen muß. Ich glaube, da fahre ich nicht mehr hin ..."

Das Achtelfinale in Ergebnissen

Herren: McEnroe (USA/Nummer 1 der Setzliste) – Maurer (Deutschland) 6:0, 6:4, 6:2, Curren (USA/8) – Edberg (Schweden/14) 7:6, 6:3, 7:6, Connors (USA/3) – Giammalva (USA) 6:3, 6:4, 6:3, Acuna (Chile) – Seguso (USA) 6:4, 7:6, 6:2, Jarryd (Schweden/5) – Visser (Südafrika) 6:1, 6:4, 6:1, Günthardt (Schweiz) – Amritraj (Indien) 6:4, 6:4, 6:1, Becker (Deutschland) – Mayotte (USA/16) 6:3, 4:6, 6:7, 7:6, 6:2, Leconte (Frankreich) – Lendl (CSSR/2) 3:6, 6:4, 6:3, 6:1. – **Damen:** Evert-Lloyd (USA/1) – Smith (USA) 6:0, 6:4, Potter (USA) – Durie (England) 7:6, 6:7, 6:1, Rinaldi (USA/16) – Smylie (Australien) 6:2, 6:1, Sukova (CSSR/7) – Paradis (Frankreich) 6:4, 7:6, Garrison (USA/8) – Tanvier (Frankreich) 6:1, 6:3, van Nostrand (USA) – Maleeva (Bulgarien/4) 7:5, 6:2, Shriver (USA/5) – Graf (Deutschland/11) 7:5, 6:2, Uys (Südafrika) – Navratilova (USA/1) 2:6, 2:6.

Günter Bosch – der Arbeiter hinter dem großen Talent

H. J. POHMANN, London

Es ist noch nicht einmal 14 Monate her, da spöttelten die Funktionäre des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) über Günter Bosch (48). Soeben hatte der ehemalige Bundestrainer seine Rentenstellung beim DTB gekündigt und sich auf „ein unglaubliches Risiko" eingelassen. Fortan sollte sich Bosch, der erst 1974 aus Kronstadt als Deutsch-Rumäne in die Bundesrepublik übersiedelte, nur noch um einen Spieler kümmern: Boris Becker.

Bosch's Landsmann, Ion Tiriac, mit dem er Ende der 60er Jahre fünf Jahre lang im rumänischen Daviscup-Team stand, wurde Manager von Becker und verpflichtete seinen ehemaligen Teamkameraden gleich als Coach hinzu. „Der wird wohl nur den Handtuchhalter von Becker spielen." So ähnlich lauteten die Kommentare aus der Verbandszentrale.

Sie haben sich getäuscht, die Herren Funktionäre. Bosch hat sich durchgesetzt und mittlerweile sogar internationale Anerkennung gefunden. So kommentierte der angesehene BBC-Journalist John Barrett: „Bosch leistet eine hervorragende Arbeit, es ist richtig angenehm zu sehen, wie er den jungen Boris führt."

Die Führung von jüngeren Spielern scheint die Stärke von Bosch zu sein. Als Uli Pinner und Rolf Gehring vor fünf, sechs Jahren in der Weltrangliste plötzlich den Sprung unter die 30 weltbesten Spieler schafften, war es Bosch, der sie begleitete und betreute. Doch Bosch versuchte, die Interessen der Spieler zu gut zu vertreten. Pinner und Gehring nutzten dies aus, ihre Leistungsbereitschaft blieb auf der Strecke.

Diese Gefahr ist bei Bosch und Becker nicht gegeben. Denn hinter den beiden steht Ion Tiriac, verantwortlich für die Finanzen und die Turnierplanung, er bezahlt auch den Trainer, wie es heißt mit 100 000 Mark im Jahr. Bosch und Tiriac scheinen sich ideal zu ergänzen. Doch Vorsicht, auch Bosch hat Entscheidungsgewalt. Als Becker nach seinem Sturz gegen Mayotte beim einem 6:5 im vierten Satz humpelnd zum Netz ging und zu seinen Betreuern rief: „Jetzt ist Schluß", war es Bosch, der befahl: „Los, versuch es."

Fünf Wochen ist Bosch mittlerweile mit seinem Schützling in England. Er sagt: „Boris ist mittlerweile so auf mich fixiert, daß ich sogar jede Mahlzeit mit ihm einnehme." Ganz abgesehen von den schon „üblichen Gepflogenheiten", zum Beispiel das Aussuchen von Trainingspartnern (gestern war es der australische Linkshänder Mark Kratzmann) oder das Bespannen von Schlägern. Mit der extra nach London transportierten eigenen Bespannungsmaschine bespannte Bosch gestern morgen vor dem Frühstück um 7.30 Uhr den 15. Schläger von Becker in Wimbledon.

Nach Wimbledon gibt es eine Ruhepause von einer Woche. Und dann geht es zum Höhentraining in die Schweiz (Grand Montana, 2000 m hoch). Lauftraining steht da auf dem Programm, denn „Boris' Lungen sollen einmal so richtig Sauerstoff aufnehmen".

NACHRICHTEN

Bundesliga: Höhere Preise

Düsseldorf (dpa) – Die Fußball-Bundesliga wird in der Saison 85/86 teurer. Sieben Vereine erhöhten die Eintrittspreise: Bochum, Uerdingen, Schalke, Köln, Mannheim, Nürnberg, Saarbrücken. Zehn übernahmen die Preise des Vorjahres. Düsseldorf senkt den Stehplatzpreis von zwölf auf zehn Mark.

ASC Göttingen verzichtet

Göttingen (dpa) – Der deutsche Basketball-Pokalsieger ASC Göttingen verzichtet auf die Europapokalrunde. Vier Stammspieler haben den Verein verlassen.

Thackwell zu Jaguar

Stuttgart (dpa) – Der Neuseeländer Mike Thackwell (24), Europameister in der Formel 2 und derzeit mit dem Münchner Danner Führender der Formel-3000-EM, wird Nachfolger des Schweden Stefan Johansson im Jaguar-Team für die Langstrecken-WM. Formel-1-Fahrer Johansson ging zu Ferrari.

„Inselcup" als Ersatz?

London (sid) – Sechs Millionen Mark wird den englischen Klubs die Sperre durch die Europäische Fußball-Union kosten. Deshalb soll eine Art „Inselcup" die verlorenen Einnahmen wettmachen. Die nun nicht in den europäischen Cup-Wettbewerben vertretenen Vereinen könnten darum spielen.

Strack nach Basel

Basel (sid) – Der frühere deutsche Fußball-Nationalspieler Gerd Strack hat einen Zweijahresvertrag beim FC Basel unterschrieben. Der 29jährige bestritt 262 Bundesligaspiele für den 1. FC Köln.

ZAHLEN

GALOPP

Derby-Woche in Hamburg, Jockey-Europacup, Endstand: 1. Eddery 16 Punkte, 2. Cauthen (beide England) 13, 3. Dettori (Italien) und Saint-Martin (Frankreich) 12, 5. Bocskai (Deutschland) 9,5, 6. Carson (England) und Head (Frankreich) 7, 8. Remmert (Deutschland) 5, 9. Thomson (Australien) 3, 10. Alafi (Deutschland) 2, 11. Stenström (Schweden) 1,5, 12. Piggott (England) ohne Punkt.

RADSPORT

Tour de France, 4. Etappe: 1. Solleveld (Holland) 6:31:46 Stunden, 2. Leali (Italien), 3. Haghedooren (Belgien), 4. Kuiper, 5. Veldscholten (beide Holland), 6. Herrera (Kolumbien), ... 97. Thurau (Deutschland) alle 46 Sekunden zurück. – Gesamtwertung: 1. Andersen (Dänemark) 21:12:40, 2. Vanderaerden (Belgien) 0,19, 3. Hinault 1,01, ... 59. Thurau 3,02 Minuten zurück.

„Votum": Das neue Fernseh-Hearing der ARD

Protest per rotem Knopf

Was die CSU über den Bonner Finanzminister denkt, wird von ihr ungeschminkt verbreitet: einer, der nur ans Sparen denkt und zuwenig politische Flexibilität beweist. Ausgerechnet in München wird sich Gerhard Stoltenberg heute abend in einem Fernsehstudio zur öffentlichen Abstimmung stellen, auf daß bekannt werde, was nicht nur die Koalitionskollegen von der Isar, sondern auch Hausfrauen, Lehrer, Handwerksmeister und Rentner von ihrem politischen Steuerverwalter halten: 60 Bürger haben die Chance, Stoltenberg live die Meinung zu sagen und darüber öffentlich abzustimmen, ob sie den „Kühlen aus dem Norden" als eisernen Etatverwalter, als unsozialen Umverteiler oder als eigentlichen Lenker der Konjunktur ansehen. Aus Karikaturen der letzten Monate hat der Bayerische Rundfunk für seine neue Polit-Serie „Votum" diese drei Stoltenberg-Typologien herausgefiltert. „Wir sind selbst gespannt, welches Image dabei die Mehrheit erhält", meint BR-Redakteur Heinz

Votum – ARD, 20.18 Uhr

Klaus Mertes. „Wir bringen damit ein Stück unmittelbare Demokratie ins Studio."

Ein großes Wort, hinter dem zu allererst eine komplizierte Elektronik-Spielerei steckt, die sich „Votometer" nennt. Die 60 Studiogäste, ausgewählt aus Zuschriften, die nach Aufrufen im bayerischen Regionalprogramm eintrafen, können mit einem roten und einem grünen Knopf den Verlauf der Sendung beeinflussen. So wird heute Gerhard Stoltenberg auf seinem hellbraunen Sessel (Mertes: „Unser Grillstuhl") vor einer Wand aus 36 Monitoren sitzen, deren obere Felder die drei jeweils typischen Karikaturen zeigen, während von unten Farbsäulen aufsteigen und sichtbar machen, wieviele Zuschauer sich für welchen Typ entscheiden.

Doch um dem, was Mertes eine „spielerisch aufgelöste Interaktion zwischen den Bürgern im Studio und eingeladenen Politikern" nennt, eine weitere Dimension zu geben, können die Zuschauer mit dem roten Knopf Protest über den Verlauf der Diskussion signalisieren. Die Summe der Protestdrücker erscheint als umlaufendes Farbband um die Monitorenwand, das geschlossen ist, wenn mindestens die Hälfte der roten Knöpfe gedrückt wurden. Dann muß der Studiomoderator, dessen Part BR-Chefredakteur Wolf Feller übernimmt, die Sendung unterbrechen und die Gründe der Unzufriedenheit erfragen.

Nur am Rande sei erwähnt, daß die dafür erforderliche Technik von solcher Raffinesse ist, daß Mertes lange bei großen Elektronikfirmen abblitzte und erst bei einem kleinen Spezialbetrieb bei Göttingen fündig wurde, wo die Mannschaft noch zu Beginn dieser Woche rund um die Uhr gearbeitet hat: Während diese Zeilen geschrieben werden, wird die Anlage noch aufgebaut, und Feller und Mertes huldigen dem Prinzip Hoffnung: „Ob's klappt, wissen wir erst, wenn's zu spät ist."

Premierengast dieser im deutschen Fernsehen bislang einmaligen Prüfstand-Situation sollte eigentlich der Bundeskanzler selbst sein. Doch dieser ließ die Einladung dankend und ohne Angabe weiterer Gründe absagen und seinen Finanzminister vorschlagen, der seinerseits keine Bedenken hatte, sich der televisionären Bürgerabstimmung mit dem Untertitel „Eine Sendung mit Wählern und Gewählten" zu stellen.

Womöglich ließ sich Stoltenberg auch durch die Möglichkeit locken, vor den Kameras den Spieß einmal umzudrehen und aus der Rolle des Befragten in die des Fragenden zu schlüpfen. Denn in der sogenannten Dilemmarunde kann der Finanzminister das Publikum zum Bekennen zwingen. Zwei Fragen sind für heute abend ausgearbeitet: „Was ist Ihnen lieber: niedrige Steuern oder mehr Staatsleistung?" Und: „Lieber ein einfaches, aber grobes und damit nicht immer gerechtes Steuersystem, oder ein feines, weniger übersichtliches, aber gerechteres?" Nicht auszuschließen, daß der Finanzminister aus München Erkenntnisse mit an den Rhein nimmt, die ihm die Demoskopie bisher nicht vermittelte.

„Votum" wird im Jahr voraussichtlich viermal gesendet und löst die „Fernsehdiskussion" ab, die nach 18 Jahren im Dezember vergangenen Jahres letztmals ausgestrahlt wurde. Wobei dieser Wechsel zugleich Ausdruck einer personellen Änderung im BR ist: Die „Fernsehdiskussion" wurde von Rudolf Mühlfenzl geleitet, der zum Kabel-TV abgewandert ist; mit „Votum" rückt nun sein Nachfolger Wolf Feller ins Bild.

PETER SCHMALZ

KRITIK

Ein Hauch von Zeitkritik

Warum zerbricht ein Mensch im Sozialismus, der, die Menschenwürde achtend, doch humaner sein soll als der böse, menschenverachtende Kapitalismus? Die „DDR"-Regisseurin Evelyn Schmidt versucht, wenn auch unter vorgehaltener Hand, darauf Antwort zu geben. In ihrem Spielfilm **Das Fahrrad** (ZDF) erzählt sie die Geschichte einer Frau, deren Schicksal sich, so wie hier geschildert und dargestellt, zweifellos auch bei uns vollziehen könnte.

Und wie sich die Bilder mitunter gleichen: Susanne (Heidemarie Schneider, Schauspielerin mit einem zarten, ausdrucksvollen Gesicht) durchwandert auf der Suche nach sich selbst Erfahrungsabgründe (kein Beruf, keine Arbeit, kriminelle Tat, sozialer Abstieg), die – so verspricht es die Partei – dem sozialistischen Menschen doch eigentlich erspart bleiben sollte.

Die ihm aber nicht erspart bleiben. Und genau das zeigt der Film, was ihn denn auch neben darstellerischen und sonstigen szenischen Qualitäten weit über die allgemeine Filmkost hinaushebt, die immer häufiger über unsere TV-Schirme flimmert. Also: „DDR"-Alltag einmal ungeschminkt, ein Hauch von Gesellschafts- und Zeitkritik.

Dieser Film stößt ideologische Tabus vom Tisch – oder doch zumindest kurz an. Doch welche Zukunft hat Susanne wirklich in einem Staat, in dem es noch viele unumstößliche Tabus gibt und auch noch lange geben wird? Dies blieb offen.

AXEL M. SALLOWSKY

Der Ehefrau Geraunze

Die TV-Manier, die letzten noch lebenden Zeitzeugen der ersten beiden Drittel unseres Jahrhunderts vor die Kamera zu zerren, um ihnen die spärlichsten Reste von Authentischem auszuquetschen, ist längst zu einer Plage geworden. Denn nicht jeder behält bis ins hohe Alter Form, Präsenz, Konzentration. In solchen Fällen sollte nicht nur des Interviewers, sondern auch des Kameramannes Höflichkeit schweigen. Karola Bloch, in der Reihe **Kulturwelt** (ARD) über ihren Mann Ernst Bloch befragt, dessen 100. Geburtstag am 8. Juni gedacht worden war, ist inzwischen auch schon um die 80 Jahre alt. Man lotete ihr Gesicht bis zur Taktlosigkeit aus, als wollte man aus den Falten und Poren herausholen, was die Wörter versagten.

Denn der Takt, der im Bild angebracht gewesen wäre, wurde bei den Fragen von Helga Reidemeister, die alle Klippen sensibilisiert mied, bis in sein Gegenteil übertrieben: es verinnerlichte unabsichtlich den äußeren Verfall. Außer Geraunze und Gemaunze war von Karola Bloch nichts zu verdienen.

Die Rückblenden auf Ernst Blochs letzte öffentliche Jahre bestätigten diese niederschmetternden Eindrükke auch noch. Der erratische Bloch aus Leipzig verwandelte sich in Tübingen zu einem Punchingball der politischen Subkultur. Beide haben es anscheinend nicht bemerkt. Frau Karola findet es heute noch als ihr größtes Erlebnis im Westen, daß Studenten mit Tomaten und faulen Eiern ihre Professoren bewarfen.

HANS-DIETRICH SANDER

Geschäftschaoten unter sich

Wehe, wir braven Fernseher fallen mit unserem defekten Gerät dem Hamburger TV-Reparaturdienst Peter Faretti in die Hände! Dann ist's aus mit der Glotze. Denn dieser famose Handwerker wirft, was ihm nicht paßt, aus dem Fenster, verliert TV-Geräte vom Autodach und ist als Geschäftsmann eine totale Niete. 90 Minuten lang durfte er in dem Fernsehspiel **Jagger und Spaghetti** (ZDF) seine dünne Show abziehen.

Zur Sache: Der arbeitslose Stefan Jäger (Jagger) hilft dem Geschäftschaoten Peter Faretti (Spaghetti), 120 japanische TV-Geräte (heiße Ware) zu verscherbeln. Sie fallen auf zwei schwere Jungs aus Hamburgs Unterwelt herein. Spaghettis Freundin Gabi (Sabine Kaack) klaut Moneten, und ein von Gerlach Fiedler fettwanstig dargestellter Großstadt-Guru verhilft den abgebrannten Spinnern im Spielkasino zu neuem Geldsegen, den sie natürlich gleich wieder beim Zocken verlieren. Merke: Blödheit hat ihren Preis.

Der von den sympathischen Titel-Darstellern Stefan Schwartz (Jagger) und Peter Buchholz (Spaghetti) geschriebenen sogenannten „turbulenten Filmkomödie" fehlte jeglicher Pfiff und jede Spur von Originalität. Vermutlich waren sie auch die einzigen, die über diesen „Film von jungen Leuten für junge Leute" gelacht haben.

GÜNTHER RUDORF

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Neues von Britta (2)
11.40 Umschau
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
15.25 Dr. Snuggles
16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Hanne Haller – Ich mache Musik
16.55 Kombeisser
Ibiza: Was man im Urlaub übersieht
17.40 Tele-Lexikon
Blues. Mit Don Paulin
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Votum
Das Fernseh-Hearing
Eine Sendung mit Wählern und Gewählten
Gast im Studio: Gerhard Stoltenberg
Moderation: Wolf Feller
21.15 Ein Mann macht klar Schiff
Mit Hans Joachim Kulenkampff
2. Teil: Dame an Bord
21.45 Made in Holland
Musikalische Unterhaltung
Mit Marjol Flore, dem Deep River Quartett, Horst Jankowski
Regie: Rainer Bertram
22.30 Tagesthemen
23.00 Zuckerhut
Fernsehfilm von Vivian Naefe und Ulrich Limmer
Mit Despina Papanou, Rita Kall, Gundi Ellert u. a.
Die Zeichnerin Marie träumt von einer dauerhaften Beziehung. Doch sobald sie einen Mann kennenlernt, beginnt sie sich zu langweilen. Auch ihre Freundinnen Petra und Eva finden nicht den richtigen Partner.
0.25 Tagesschau

ZDF

14.25 heute
14.30 Ferienkalender
15.00 Die Sport-Reportage – aus Wimbledon:
Internationale Tennismeisterschaften von England
Halbfinale Damen Einzel
Reporter: Hermann Ohletz
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Trio mit vier Fäusten
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Der Wunschfilm: Komödien
Woody Allen: Mach's noch einmal, Sam / Louis de Funès: Oscar hat die Hosen voll / Heinz Rühmann: Der Kapitän
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Fit für Amerika – Senioren geben ein Besipiel / Das Altensportzentrum – Ein Modell mit Zukunft / Das Familiensportabzeichen – Neuer Ansporn für jung und alt / Unser Körper – neu gesehen / Sprachgesteuerte Hilfe
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.05 Lebenserfahrungen
Dokumentarfilm von Hans-Dieter Grabe
Am 6. und 9. August 1945 fielen die verheerenden Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki, deren Auswirkungen auch heute noch, knapp 40 Jahre danach, in grausamer Weise gegenwärtig sind.
23.35 Die Sport-Reportage
Internationale Tennismeisterschaften von England / Tour de France, 6. Etappe: Roubaix–Reims
0.35 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Tarzan
15.00 Siehste!
15.30 Musicbox
16.30 Scooby und Scrappy Doo
17.00 Kicker-Stammtisch
Sport-Talkshow live aus Ludwigshafen
Thema: Reaktionen auf die Europapokal-Auslosung
Gäste im Studio: Bernd Franke, Rolf Rüßmann, Dieter Müller
Moderation: K.-H. Heimann und W. J. Müller
18.00 Abenteuer und Erlebnisse
Unternehmen Wildgans – Abenteuer in Nordkanada
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten
und Quiz
18.45 Dort in der Wachau
Österreichischer Spielfilm (1957)
Mit Wolf Albach-Retty, Gerlinde Locker, Traut Wassler u. a.
Regie: Rudolf Carl
20.30 Holiday Island – die Trauminsel
Das falsche Spiel
21.20 Der Frauenarzt von Bischofsbrück (4)
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Star-Gala aus Washington
Hollywood-Prominenz bei Ronald Reagan
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

17.00 Internationale Tennismeisterschaften von England
18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
Eine Nacht im Oktober
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Aus Forschung und Technik
Anfang und Ende des Weltalls
Mit Heinrich Schiemann
22.30 Drei Künstler aus Salzburg
23.15 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Dein Leben in meiner Hand
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit Ida Lupino, Howard Duff u. a.
Regie: Michel Gordon
21.45 Landesspiegel
Unter freiem Himmel aufgestellt – Skulpturen in der Stadt
22.15 Geist und Tat
Heinrich Mann im Exil
23.00 Nachtstudio Spätausgabe
Der Liebende
Marguerite Duras erzählt
23.30 Tips für Leser
Joseph Heller: „Weiß Gott"
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Formel Eins
19.15 Lebensraum in Gefahr
Harzreise (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Ich kämpfe um dich
Amerikanischer Spielfilm (1945)
Mit Ingrid Bergman, Gregory Peck u. a.
Regie: Alfred Hitchcock
22.00 20 Jahre III.
20 Jahre Bücherjournal
23.00 20 Jahre III.
Jean Marais singt Jean Cocteau
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.30 Auskunft
19.05 Autoreport
19.20 Kapitän Seekrank
Englischer Spielfilm (1957)
Mit Alec Guinnes u. a.
20.45 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Mehr als ein Fußballclub
Der FC Barcelona
22.30 Per Anhalter durch die Galaxis
Letzte Folge der Fernsehserie

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Theater am Rio de la Plata
20.15 Das Teatro Colon in Buenos Aires
Ein Film über das einstmals größte Opernhaus der Welt
21.00 Sport und Gesellschaft in Argentinien
21.20 Argentinien im Fernsehen
22.05 Mercedes Sosa: Meine Stimme – meine Waffe
Porträt der argentinischen Folk-Sängerin
22.50 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Wie ein Hirschberger Dänisch lernte
Fernsehfilm von Dieter Meichsner
20.35 Wallfahrt im Weinland
20.45 Gotteslob und Gemütsergötzung
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Ein Mann zu jeder Jahreszeit
Englischer Spielfilm (1966)
23.45 Rundschau
23.50 Actualités

Moskau: Gipfeltreffen wurde nicht erwähnt

Sowjetische Presse attackiert heftig die USA

RMB./DW. **Moskau**

Das von amerikanischer Seite für November bereits angekündigte Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow ist in Moskau bis zum späten Mittwochabend offiziell nicht bestätigt worden. Akkreditierte westliche Korrespondenten wurden aber vom Sprecher des UdSSR-Außenministeriums, Wladimir Lomejko, zu einer Pressekonferenz „über das Aktuellste" am Abend gebeten, wo ihnen das Treffen voraussichtlich bestätigt werden sollte.

Die sowjetische Presse ging mit keinem Wort auf das Gipfeltreffen ein, richtete dafür aber heftige Attacken gegen die USA. So hieß es etwa in der sowjetischen Armee-Zeitung „Roter Stern" unter der Überschrift „Was steckt hinter der Reklame – über das amerikanische Programm der Weltraummilitarisierung": Wenn Washington die Militarisierung des Weltraums und damit das bestehende militärische-strategische Gleichgewicht zu unterminieren beginnt, wird die Sowjetunion gezwungen sein, zu Gegenmaßnahmen zu greifen.

Auch im sowjetischen Fernsehen wurde gestern nicht über das Gipfeltreffen berichtet. Gesendet wurde eine Rede Gorbatschows in der er erstmals die Trennung der Ämter des Parteichefs und des Staatspräsidenten begründet. Früher hätte sich die Praxis beider Ämter in einer Hand bewährt. Jetzt aber erfordere die Lösung anstehender Fragen eine Korrektur des *Inhalts als auch der Formen* und Methoden der Partei- und Staatstätigkeit. Gorbatschow appellierte an die Deputierten, „in größerem Umfang und konsequenter ihre Rechte" auszunutzen.

Gorbatschow, der selbst in das Präsidium des Obersten Sowjet gewählt wurde, hatte auf der Parteisitzung mit unkonventionellen aber sehr effektiven Mitteln die erstarrten Kremlstrukturen aufgebrochen. Die überraschende Wahl Schewardnadses zum Außenminister sowie die Ernennung Gromykos zum Staatspräsidenten ließ dabei die Nachricht in den Hintergrund treten, daß es Gorbatschow auch gelang, seinen wichtigsten Gefolgsmann, Jegor Ligatschow, als tatsächliche Nummer 2 in die sowjetische Führung aufsteigen zu lassen.

Dabei schließt der geschickte Schachzug Gorbatschows, Gromyko, der am 18. Juli 76 Jahre alt wird, das Amt des Staatspräsidenten vorerst zu überlassen, natürlich nicht aus, daß Gorbatschow seinen Schritt auf dieses Präsidentenamt nur aufgeschoben hat.

WERNER KAHL, **Bonn**

Die Kremlführung will jetzt anscheinend auch die Statssicherheitsdienste in den Ländern des Sowjetblocks straffer koordinieren und effizienter ausrichten. Das geht aus Informationen über eine bevorstehende Konferenz der Staatssicherheitsminister der „DDR" und der kommunistischen osteuropäischen Staaten mit der Sowjetführung in Moskau hervor. Das Arbeitstreffen findet nach Einschätzung politischer Beobachter wahrscheinlich unmittelbar nach der Sommerpause in der sowjetischen Hauptstadt statt.

Der Minister für Staatssicherheit in der „DDR", Erich Mielke, war in der vergangenen Woche bei Vorbesprechungen in Sofia mit dem Georgi-Dimitroff-Orden ausgezeichnet worden. Unter den für die Staatssicherheit verantwortlichen kommunistischen Politikern ist der 77jährige Mielke, der im Rang eines Armeegenerals steht, an Lebens- und Dienstjahren der älteste Geheimdienstchef des Ostblocks. Bei der Ordensverleihung wurde Mielke von dem bulgarischen Staats- und Parteichef Schiwkow für seinen Beitrag „zur Stärkung der kämpferischen Einheit und Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane Bulgariens und der DDR" gelobt. Der *Ostberliner Geheimdienst setzte an* der Schwarzmeerküste und auf den durch Bulgarien führenden Transitstrecken verstärkt V-Leute ein, die sowohl Fluchtwege suchen, als auch um die Anwerbung von Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland bemüht sind.

Auf der Moskauer Konferenz der Staatssicherheitsminister geht es vermutlich auch um die Sicherung der kommunistischen Positionen in Polen. Infolge der Abschirmung ist im Westen nicht bekannt, wie weit der polnische Sicherheitsapparat durch Vertrauensleute der Sowjets und des „DDR"-Geheimdienstes durchsetzt ist. Große Probleme bestehen bei den Überlegungen, wie die Transportwege durch Polen in die „DDR" gesichert werden können.

Mitterrand läßt Übereinkunft mit Bush dementieren

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Keinerlei Annäherung der Standpunkte in der SDI-Frage zwischen Franzosen und Amerikanern hat das zweistündige Gespräch zwischen US-Vizepräsident Bush und Präsident Mitterrand am Dienstag in Paris erbracht. Optimistische Darstellungen in der französischen Presse, die das Gegenteil berichteten und offenbar auf amerikanische Interpretationen zurückgingen, wurden am Mittwoch in der Umgebung des Staatspräsidenten ausdrücklich dementiert.

Bush selber hatte in einer Pressekonferenz das Vorhandensein von einigen „noch nicht endgültig definierten französischen Positionen" zugegeben aber von einem „global größeren Verständnis beider Seiten für die Haltung des anderen" gesprochen. Insbesondere habe sich herausgestellt, so Bush, daß es zwischen „Eureka" und „SDI" keine Unvereinbarkeiten gebe.

Die *französischen* Vorbehalte beziehen sich, wird im Elysee versichert, nach wie vor auf zwei strategisch-politische und einen industriellen Aspekt: die amerikanische Weltraumstrategie sei eine sehr langfristige Entwicklung, deren endgültige Auswirkungen auf die Sicherheit Europas und die französische Abschreckungstheorie heute noch nicht abzusehen seien. Frankreich wünsche auf dem Umweg über eine SDI-Beteiligung nicht wieder in die atlantische Kommandointegration zurückzukehren. Schließlich sei keineswegs gesichert, daß französische Firmen nicht als Subkontraktoren amerikanischer Rüstungskonzerne behandelt werden.

Um so bereitwilliger scheint Frankreich sich seinen europäischen Partnern, allen voran der Bundesrepublik, in seiner Sicherheitspolitik öffnen zu wollen. Nach der Gaullistischen und der Giscardistischen Partei hat jetzt auch die zur Zeit allein in der Regierungsverantwortung stehende Sozialistische Partei erklärt, die atomare Abschreckung Frankreichs solle auf das Gebiet der Bundesrepublik ausgeweitet werden. Begründet wird dieser Schritt damit, daß es evident sei, daß Frankreich im Falle einer Besetzung oder Zerstörung der Bundesrepublik kein „normales Leben" mehr führen könne.

Ein „kleines SDI" für Europa als „integrierte Gemeinschaftsaufgabe"

WELT-Gespräch mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger

GÜNTHER BADING, **Bonn**

In den neuen Überlegungen der amerikanischen Regierung zur europaspezifischen Erweiterung der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) werden nach Ansicht des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Alfred Dregger, die Interessen Europas besser berücksichtigt als beim bisherigen Konzept. Das als „kleines SDI" apostrophierte europabezogene Abwehrprogramm gegen kurzfliegende und deshalb aus dem Weltraum kaum zu bekämpfende Raketen sowie gegen Flugzeuge und Marschflugkörper solle nach Vorstellung der Amerikaner voll mit dem SDI-Projekt, das sich gegen ballistische Raketen richtet, verbunden werden, sagte Dregger im Gespräch mit der WELT.

„Das SDI ist gewissermaßen eine Kuppel über dem Gebiet, aus dem Raketen aufsteigen können." Das zweite jetzt von amerikanischer Seite angeregte System solle „solche Bedrohungen abwehren, die nach dem bisherigen Forschungsstand nicht von dieser ‚Kuppel' aus abgewehrt werden können". Das seien vor allem die Kurzstreckensysteme SS-21 und „Frog", von denen die Sowjets derzeit schon 700 zur Verfügung habe. Diese Systeme seien im übrigen grenznah, auch in der „DDR", aufgestellt. Eine Bekämpfung sei deshalb wohl nur landgestützt möglich.

Schutz gegen besondere Bedrohung Westeuropas

Die Regierung in Washington sehe beide Systeme, SDI und die zusätzliche europaspezifische Variante, als Einheit, sagte Dregger: „Während dieses Vorhaben, der Aufbau einer weltraumgestützten Raketenabwehr, als eine amerikanische Aufgabe begriffen wird – auch zugunsten Europas –, die von den Amerikanern allein in Auftrag gegeben und finanziert wird, wird die zweite Aufgabe, der Schutz vor der europaspezifischen Bedrohung, als eine integrierte Gemeinschaftsaufgabe gesehen zwischen den europäischen Regierungen und den Vereinigten Staaten von Amerika."

Aber auch an der ersten Aufgabe, dem eigentlichen SDI, könnten sich europäische Firmen und Forschungsinstitute beteiligen. Amerika sei bereit, in Regierungsabkommen mit den europäischen Partnern sicherzustellen, daß die zivile Nutzung der dort erzielten Forschungsergebnisse auch diesen beteiligten Firmen und damit den europäischen Ländern zugute kommt. Vizepräsident George Bush habe dies in seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler und ihm bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn „ausdrücklich gesagt", unterstrich Dregger.

Die Regierung Reagan, so Bush nach Angaben Dreggers, sei „ zu jeder vernünftigen Form der Kooperation mit den europäischen Regierungen bereit, auch zu einem Rahmenabkommen zur Beteiligung europäischer Firmen an SDI". Die Nutzung der für den zivilen Bereich aus der SDI-Forschung verwertbaren Ergebnisse komme beiden Seiten zugute. „Jedenfalls sollen die europäischen Firmen nicht schlechter behandelt werden als die amerikanischen Firmen; sie sollen gleichgestellt werden."

Die amerikanische Administration ist mit diesem Konzept auf die Anregungen Dreggers bei seinem Besuch in Washington Anfang Juni in vollem Umfang eingegangen. In Washington hatte Dregger neben anderen mit Verteidigungsminister Caspar Weinberger, dem Sicherheitsberater Präsident Reagans, Robert MacFarlane, sowie den Unterstaatssekretären im Pentagon, Richard Perle und Fred Iklé gesprochen. In der vergangenen Woche hatte der CDU/CSU-Fraktionschef in Bonn eine weitere Aussprache mit Perle. Schon in Washington hatten Perle und Iklé den Wunsch geäußert, den Kontakt mit Dregger fortzusetzen. Er sei froh, daß aus diesen Kontakten ein zunehmendes Verständnis der amerikanischen Seite für die besonderen Belange Europas entstanden sei; das gelte für den Forschungsbereich ebenso wie für den Bereich der militärischen Sicherheit, sagte Dregger.

Die *Ausgestaltung des Rahmenab*kommens zur Beteiligung europäischer Firmen und Forschungsinstitute an SDI sei Sache der Europäer. „Es ist nicht so, daß die Amerikaner uns ein solches Regierungsabkommen aufdrängen. Es liegt ja auch ausschließlich im europäischen Interesse." Das Entscheidende sei, daß Washington zu solchen Verträgen bereit sei.

Vorstellungen, es könne sich bei der SDI-Variante gegen die europaspezifische Bedrohung um eine „Beteiligung zweiter Klasse" handeln, wies Dregger in dem WELT-Gespräch energisch zurück. „Das kleine SDI ist ein gleichwertiges Programm, dessen Träger die USA und die europäischen Regierungen sein würden.

Beide Programme nicht voneinander zu trennen

Das kann also nur zustandekommen, wenn die europäischen Regierungen von sich aus daran interessiert sind, und das empfehle ich ihnen *natürlich. Denn es* geht ja darum, Europa vor der Gefahr zu schützen, zur Zone minderer Sicherheit zu werden, wenn Ost und West für ihre Sanktuarien diese Abwehrsysteme aufbauen. Ich halte es für konstruktiv, daß die Amerikaner sich an der Abwehr der europabezogenen Bedrohung beteiligen wollen."

Es wäre nach Ansicht Dreggers falsch, SDI und das europaspezifische Programm voneinander trennen zu wollen. Wenn man „leicht zeitversetzt" das europabezogene Programm entwickele, so könnten die *Ergebnisse der eigentlichen SDI-For*schung hier genutzt und damit die Kosten verringert werden.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion geht zwar davon aus, daß bei einer eventuellen späteren Stationierung von Abwehrsystemen in Europa ähnliche Proteste wie bei der Verwirklichung der NATO-Nachrüstung laut werden können. Es gebe aber einen wesentlichen Unterschied: „ Es handelt sich in diesem Fall um rein defensive, nicht-atomare Waffen, nicht gegen Menschen gerichtete Abwehrsysteme, die sich nur gegen an*fliegende Waffensysteme richten.* Selbst ein Pazifist müßte damit einverstanden sein. Die Friedensbewegung müßte jubeln, wenn so etwas gemacht wird."

Arbeitgeber: „Tiefstand" der Überstunden

DW. **Köln**

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat gestern in einer Pressemitteilung der Ansicht widersprochen, mit einer tariflichen Beschränkung oder einem gesetzlichen Verbot der Überstunden könne eine nennenswerte Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden. Die gelegentlich genannte Zahl von 900 000 neuen Arbeitsplätzen beruhe „auf spekulativen Rechnungen, die den betrieblichen Realitäten in keinster Weise gerecht würden". Sie stifte nur „Verwirrung" und rufe falsche Erwartungen wach. Denn die gegenwärtige Zahl der Überstunden sei im wesentlichen „nicht konjunkturbedingt, sondern von branchenmäßigen Besonderheiten abhängig".

In der Mitteilung wird darauf verwiesen, daß die Überstundenzahl im vergangenen Jahrzehnt nicht zu-, sondern abgenommen und einen „Tiefststand" erreicht habe. Gegenüber dem Rezessionsjahr 1975 sei 1984 die Zahl der Überstunden in der Industrie von 1,9 je Woche und Arbeiter auf 1,5 Stunden, in der Investitionsgüterindustrie von 1,8 auf 1,4, im Maschinenbau von 2,2 auf 1,8 und in der Chemie von 1,2 auf 0,9 zurückgegangen. Relativ hoch sei die Zahl der Überstunden gerade in jenen Branchen, die von der konjunkturellen Entwicklung bisher wenig oder nicht profitiert hätten. Im Schiffbau, der seit Jahren unter Strukturproblemen leidet, würden beispielsweise mit 2,8 annähernd doppelt so viele Überstunden wie im Durchschnitt der Industrie insgesamt geleistet.

Ein Verbot der Überstunden „würde in vielen Bereichen zu einer Einschränkung der Produktion, zur Abnahme der Kaufkraft und damit schließlich auch der Beschäftigung führen", wird in der Mitteilung betont. Doch werde zur Einhaltung von Produktions- und Lieferfristen, zur Bewältigung von Auftragsspitzen und für Reparaturarbeiten ein Mindestmaß von Mehrarbeit in den Betrieben immer notwendig sein. „Unter Berücksichtigung dessen sollte im Sinne des gemeinsamen Aufrufs des Vorsitzenden des DGB und des Präsidenten der *Bundesvereinigung* jedoch Neueinstellungen der Vorzug vor Überstunden gegeben werden, wo dies betrieblich möglich sei", wird abschließend betont.

Polnischer Olympiasieger beantragt die deutsche Staatsangehörigkeit

Wladislaw Kozakiewicz – in Moskau ausgepfiffen, danach kaltgestellt

KLAUS BLUME, **Bonn**

Wladislaw Kozakiewicz, der polnische Olympiasieger von 1980 im Stabhochsprung, will nicht mehr heimkehren. Mit seiner Frau und seinen beiden Töchtern befindet er sich in Bad Zwischenahn, er hat die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt.

Die Indizien dafür hatten sich in letzter Zeit gehäuft. Eine ganze Reihe der Kozakiewicz-Freunde aus dem polnischen Funktionärskader war entmachtet, schrittweise kaltgestellt worden. Und Kozakiewicz wußte die Zeichen sehr wohl zu deuten, als er im Winter bei Freunden in Westeuropa anrief und um Hilfestellung bei einer notwendig werdenden Übersiedlung bat.

Ein Freund in Brüssel sagt: „Er hat immer öfters angerufen und gefragt: Kann ich nicht zu euch nach Belgien kommen?" Der Freund hat sich nach Arbeitsstellen für den früheren Schiffsbau-Ingenieur umgesehen, doch vergebens. Der renommierte Klub Excelsior Brüssel hat sich nach Sponsoren für Kozakiewicz umgetan – auch das klappte bisher nicht. Horst Blattgerste, der Leistungssportreferent des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV), weiß: „Uns ist bekannt, daß sich Kozakiewicz schon seit drei Jahren um einen Anschluß bei einem führenden deutschen Verein bemüht. Er sprach mit Leverkusen, mit Wattenscheid, mit Köln."

Das alles war notwendig, denn Kozakiewicz mußte vorbeugen. Bei den Olympischen Spielen 1980 im Moskau war es, als er gewann, obwohl rund 80 000 sowjetische Zuschauer jeden seiner Versuche mit einem gellenden Pfeifkonzert störten. Als die Sowjets dennoch geschlagen waren, als die sowjetische Miliz vergeblich versuchte, die Vereinigung von 3000 polnischen Fans zu einem mächtigen Chor zu verhindern und der dann erst recht anstimmte: „Noch ist Polen nicht verloren", da nahm auch Kozakiewicz in der internationalen Pressekonferenz – wie eh und je – kein Blatt vor dem Mund. „Die Pfiffe haben mich erheblich gestört. Ich verstehe ja, alle wollen siegen, aber doch *nicht um jeden Preis.*"

Das paßte zu Kozakiewicz. Auch, daß er seinen Geburtsort Solechnika verließ, weil dieser nach dem Zweiten Weltkrieg nicht polnisch blieb, sondern sowjetisch wurde. Polnische Zeitungen geben deshalb zumeist Wilno bei Gdingen als seinen Geburtsort an. Kozakiewicz wurde fast so etwas wie ein polnischer Nationalheld. Und er hatte stets gute Freunde im Verband. Einer hat sogar vor einem Jahr versucht, für ihn die Weichen nach Köln zu stellen. Dieser Mann konnte Kozakiewicz in letzter Zeit nicht mehr helfen – er wurde entmachtet.

Im April und im Mai wurden Kozakiewicz's Hilferufe immer dringlicher. Denn der frühere Welt- und Europarekordler, der einstige Europameister und Olympiasieger spürte, wie ihm die Zeit weglief. 5,70 m hatte er 1984 noch übersprungen, was den zehnten Platz in der Weltrangliste bedeutete. Doch er ist 31 Jahre alt, und da deutet sich das Ende seiner großen Karriere an. Wie lange würden ihn die neuen Herren im polnischen Verband noch in den Westen reisen lassen? Und wenn, was würde dann geschehen?

So mancher ehedem prominente polnische Leichtathlet hat versucht, in der Bundesrepublik Deutschland Fuß zu fassen. Der frühere Dreisprung-Weltrekordler Jozef Schmidt bemühte sich in Dortmund um den Aufbau einer Dreispringer-Talentgruppe. Geklappt hat das nicht. Der ehemalige 400-m-Star Andrej Badenski kam als Betreuer im Mannheimer Raum auch nicht in Schwung. Die frühere Hürden-Weltrekordlerin Grazyna Rabsztyn, mitunter in der Bundesrepublik weilend und nun wieder daheim in Polen, arbeitete in Lehrgängen mit. Doch was Richtiges wurde nicht daraus.

Nun befindet sich Wladislaw Kozakiewcz mit seiner Familie in Bad Zwischenahn. Eine Sprecherin des polnischen Leichtathletik-Verbandes in Warschau sagte gestern der WELT: „Es ist uns bekannt, daß Kozakiewicz in der BRD ist. Wir haben die Nachricht zur Kenntnis genommen, daß er und seine Familie nicht nach Polen zurückkommen wollen. Das ist seine private Angelegenheit. Dafür kann man eine reguläre Regelung finden, wenngleich er uns gesagt hat, er breche nur zu einer kurzen Visite auf und nicht für alle Zeiten."

Olympiasieger Danneberg blamierte sich

sid, **Stockholm**

Am Tag, als Olympiasieger Dietmar Mögenburg nach überstandener Nierenerkrankung zum dreiwöchigen Trainingslager nach Nizza flog, wurde der erhoffte Angriff auf die Hochsprung-Traumgrenze von 2,40 m für seine Hauptrivalen zum Fehlschlag. In Toronto kamem Gerd Nagel und Carlo Thränhardt hinter dem mit 2,27 m siegenden Kanadier Milt Ottey nur auf 2,24 m. Und dem Schweden Patrik Sjöberg nutzte auch das Daumendrücken in der vollbesetzten Stockholmer Arena nichts: Nach übersprungenen 2,31 m war der Olympiazweite am Ende.

So rückte der 10 000-m-Lauf, den der Amerikaner Bruce Bickford in Jahres-Weltbestzeit von 27:37,17 Minuten gewann, in den Blickpunkt. Weder der italienische Olympiasieger Alberto Cova, Sechster in 27:49,36 Minuten, noch Christoph Herle (Waldkraiburg), Achter in deutscher Jah*resbestzeit von 27:50,27 Minuten*, hatten in diesem Rennen eine Chance.

„Der starke Wind hat mir etwas Angst eingejagt. Deshalb lief ich vielleicht zu passiv. Aber ehrlich gesagt, ich bin auch derzeit nicht in Topform", sagte der 29 Jahre alte deutsche Marathon-Rekordler über seinen ersten Lauf unter 28 Minuten. Herle: „Nun trainiere ich drei Wochen für die zweite Saisonhälfte mit den vielen wichtigen Rennen. Den nächsten Lauf werde ich wohl erst am 27. Juli in Oslo bestreiten."

Fast deklassiert wurde Rolf Danneberg. Der Diskus-Olympiasieger, nach später Ankunft mit einer Polizei-Eskorte zum Stadion chauffiert, lag mit 56,56 m rund zehn Meter hinter dem Norweger Knut Hjeltnes (67,20 m) und dem um 80 Zentimeter geschlagenen Weltmeister Imrich Bugar aus der CSSR. Herle übte Kritik an seinem deutschen Mannschafts-Kollegen: „Als Olympiasieger sollte man sich besser verkaufen, sonst ist der Bonus schnell verspielt."

In Stockholm, wo Tausende vergeblich nach Karten anstanden, erlebten auch andere Stars alles andere als eine Rekordjagd. Der Engländer Steve Ovett verlor über 1500 m. Ihm fehlten 44 Hundertstelsekunden zur Siegerzeit des Amerikaners Steve Scott (3:37,30).

Während Thierry Vigneron (Frankreich) mit dem Stab nicht über 5,60 m hinauskam, katapultierte sich Sergej Bubka (UdSSR) in Brüssel über 5,80 m. Der Versuch, seine Weltrekord um zwei Zentimeter auf 5,96 m zu steigern, schlug fehl.

Teure Geschenke

Sbt. (Washington) – Der Kongreß macht Kurzferien, damit die Abgeordneten und Senatoren in ihren Wahlkreisen am heutigen 4. Juli den Gründungstag der Vereinigten Staaten von Amerika vor 209 Jahren feiern können. Zurückgelassen haben sie das gewaltige Defizitproblem, dessen teilweise Lösung in Stufen längst vom Tisch sein sollte. Nach ihrer Rückkehr wird ein Konsensus noch schwieriger zu erreichen sein; denn inzwischen ist auch der neue Chefökonom des Weißen Hauses, Beryl Sprinkel, davon überzeugt, daß die für 1985 gesetzten Wachstumsziele nach unten revidiert werden müssen. Das heißt, die Einnahmenlücke im US-Haushalt wird noch größer.

Man kann noch einen Schritt weiter gehen: Nach Kalkulationen des konservativen Conference Board in New York, mit 4000 Unternehmen als Mitglieder, wächst die Steuerbasis nicht schnell genug, um das Hochschießen der Defizite auch künftig zu verhindern. Schuld daran ist nicht nur das langsamere Wirtschaftswachstum. Bezahlt werden müssen jetzt die Steuergeschenke von 1981 bis 1984. Als Einnahmenbremse entpuppt sich außerdem die Indexierung der Einkommensteuerklassen, durch die die Progressivität der Steuereinnahmen im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt reduziert wird.

Bestätigt hat sich diese Entwicklung im Mai, als das US-Haushaltsminus die Rekordhöhe von 40,5 (Vorjahresmonat: 33,9) Milliarden Dollar erreichte. Nach acht Monaten des laufenden Finanzjahres betrug das Defizit bereits 156 (140) Milliarden Dollar. Zu hoffen ist, daß die Wähler den Volksvertretern die Leviten lesen.

Wander-Zirkus

Bm. – Zwanzig Jahre lang war der Veba-Zirkus unterwegs, jetzt schließt er seine Pforten. Es war eine Veranstaltung der Nachkriegswirtschaft ohne Beispiel. Der Vorstand reiste vor der Hauptversammlung in zahlreiche Städte der Republik, zeigte sich, damit sich die Aktionäre überall im Lande ein Bild von jenen Männern machen konnten, denen sie ihr Geld anvertraut hatten. An insgesamt 90 Einzelversammlungen nahmen immerhin 125 000 Besucher teil. Aber es ging nicht nur darum, Köpfe vorzuzeigen, sondern auch die Programme zu erläutern, die diese für die Zukunft entwickelt hatten – auch die Kernkraftprogramme, die heute baren Segen spenden – nicht zuletzt für die Aktionäre. Das alles ist vorbei – eine Episode, die aber doch in die Wirtschaftsgeschichte eingehen wird, weil sich hier Manager aufmachten und reinen Wein einschenkten. Daß sie bei ihren Generalversammlungen zu Haus nie Tohuwabohu erlebten, hat sicherlich daran gelegen, daß sie vorher die Minen im Lande entschärften.

Chiracs ehrgeizige Pläne

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Linksregierung verfolgt seit dem Austritt der Kommunisten eine Wirtschaftspolitik, die sich kaum noch von der ihrer bürgerlichen Vorgänger unterscheidet. Das erschwert dem früheren Staatspräsidenten Giscard d'Estaing und seinen beiden ehemaligen Premierministern Jacques Chirac und Raymond Barre – zur Zeit die drei wichtigsten Oppositionsführer – den Kampf um die Parlamentswahlen vom nächsten Frühjahr erheblich.

Deshalb versprechen sie, vor allem die zu Beginn der sozialistisch-kommunistischen Koalition durchgeführte Verstaatlichung der fünf wichtigsten Industriekonzerne und fast aller Banken rückgängig zu machen. Über den Zeitplan und die Modalitäten ist man sich aber noch nicht ganz einig. Am vorsichtigsten will der Pragmatiker Barre vorgehen. Defizitunternehmen sind für ihn nicht reprivatisierungsfähig.

Dagegen verkündete Giscard, daß in den ersten zwei Jahren nach dem Wahlsieg der gesamte Kreditapparat, also unter Einschluß der von General de Gaulle verstaatlichten drei Großbanken (BNP, Crédit Lyonnais und Société Générale) sowie die staatlichen Versicherungsgesellschaften reprivatisiert werden müßten.

Noch weiter geht Chirac. Er möchte am liebsten alles mit Ausnahme der öffentlichen Dienstleistung- und Monopolunternehmen reprivatisieren. Dazu würde auch Renault gehören, obwohl dieser Konzern tief in den roten Zahlen steckt.

Auch sonst ist Chiracs Wahlprogramm besonders ehrgeizig. Unter dem etwas großsprecherischen Titel „Wiederaufrichtung der französischen Wirtschaft" werden außer der Privatisierung, die Freiheit der Preise, die Freiheit der Arbeit, die Aufhebung der Devisenkontrollen, der Abbau des Entlassungsschutzes, die Förderung der Partizipation (Mitbestimmung) und eine Sonderaktion zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit sowie konkret 40 Milliarden Franc Einsparungen an Staatsausgaben für 1987 versprochen.

Dieser Sparplan wurde inzwischen von Barre als „demagogisch und unrealistisch" bezeichnet. Man dürfe nicht in die Fehler der Linken verfallen, die vor fünf Jahren den baldigen Einzug in ein Schlaraffenland den Franzosen vorgekaukelt haben, um dann mit ihrer Volksbeglückungspolitik kläglich Schiffbruch zu erleiden.

Auch Giscard selbst wirkt mit seinem Programm zunächst noch nicht sehr überzeugend. Wenn er beispielsweise die Beseitigung der gesetzlichen Generalermächtigung von 1945 zur jederzeitigen Einführung von Preis- und Devisenkontrollen durch bloße Regierungsverordnungen ankündigt, so fragt man sich, warum er das nicht schon zu seiner Amtszeit getan hat.

Gewiß kann man davon ausgehen, daß die französische Wirtschaftspolitik unter einer Rechtsregierung liberalere Züge bekommt. Der staatliche Dirigismus ist in Frankreich aber so tief verankert, daß er wohl so schnell nicht aus den Angeln gehoben werden kann. Außerdem fragt es sich, wie die Gewerkschaften auf Liberalisierungen im Unternehmensbereich (weniger Entlassungsschutz und so weiter) reagieren werden.

Danach wäre es um die Attraktivität des Rechtsprogramms so gut nicht bestellt, wenn die Linke noch vereint wäre. Auch haben die Sozialisten ihr wichtigstes früheres Wahlversprechen, nämlich den Abbau der Arbeitslosigkeit, nicht erfüllt und – was vielleicht noch schwerer wiegt – den Franzosen in den letzten zwei Jahren einen Kaufkraftschwund von 2,5 Prozent aufgebürdet. Wird die Regierung deshalb bis zu den Wahlen ihre Stabilisierungspolitik lockern?

Nach den amtlichen Bekundungen ist damit nicht zu rechnen. Sie erscheinen insofern auch glaubwürdig, als es sich die Regierung nicht leisten kann, daß der fortschreitend überbewertete Franc vor den Wahlen abgewertet wird. Dies würde wohl für die Opposition den sicheren Sieg bedeuten.

Im übrigen kann man davon ausgehen, daß sich an den Prinzipien der inzwischen doch sehr realistisch gewordenen französischen Wirtschaftspolitik nach den Wahlen nicht viel ändern wird, ganz gleich, wer diese gewinnt. Im Unterschied zu den letzten Wahlen geht es diesmal nicht um eine neue Ideologie, sondern um eine andere Methode, wird von den drei Oppositionsführern selbst erklärt. Wird diese Parole auch die Wähler überzeugen?

BAUWIRTSCHAFT / Keine Nachbesserung der Kabinettsbeschlüsse vom Montag

Schneider ist zuversichtlich, daß der Bau bald wieder anspringen wird

HEINZ HECK, Bonn

„Der Bau springt wieder an", erklärte Bauminister Oscar Schneider gestern bei der Erläuterung der Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung den notwendigen Anpassungsprozeß der Bauwirtschaft abfedern will. Zu Forderungen der Bauwirtschaft vom Vortag betonte der Minister, es werde „keine Nachbesserung" der Kabinettsbeschlüsse vom Montag geben. Heute spricht Schneider mit Vertretern der Baugewerkschaft.

Der Minister räumte ein, daß Bundesregierung, Sachverständigenrat und Forschungsinstitute noch zu Jahresbeginn die Talfahrt am Bau unterschätzt hätten. Seinerzeit habe man für 1985 eine Stagnation der Bauinvestitionen erwartet. Nunmehr werde mit einem realen Rückgang von drei Prozent gerechnet. Die Hauptursache sieht Schneider im Wohnungsbau. Ein von ihm in Auftrag gegebenes Gutachten des Ifo-Instituts zur Entwicklung der Wohnungsbaunachfrage bis 1987 und der Auswirkungen auf die Bau- und Gesamtwirtschaft komme zu dem Ergebnis, daß das Bauvolumen 1986 stagnieren, 1987 aber eine reale Zunahme von drei bis vier Prozent aufweisen werde. Bei dieser Prognose seien die Bonner Beschlüsse vom 1. Juli noch nicht berücksichtigt. Schneider erwartet, daß dadurch rund 100 000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen oder gesichert werden könnten.

Anders als Wirtschaftsminister Martin Bangemann ist Schneider zuversichtlich, daß die jetzt beschlossenen Maßnahmen rasch bau- und arbeitsmarktwirksam werden. Bund und Länder wollen durch unbürokratische Verfahren dafür sorgen, „daß die ersten Bauaufträge zur Städtebauförderung schon im Herbst erteilt werden können. Zwei Tage nach den Kabinettsbeschlüssen hat das Ministerium bereits eine 16seitige Informationsschrift zu diesem Programm veröffentlicht.

Nach der grundsätzlichen Einigung zwischen Bund und Ländern steht jetzt fest, daß 1986 und 1987 für die Städtebauförderung 4,6 Milliarden Mark zur Verfügung stehen. Damit sollen, so Schneider, „nur zusätzliche Einzelvorhaben gefördert werden, deren Durchführung bisher für 1986 und 1987 nicht vorgesehen war". Bund und Länder haben sich darauf verständigt, daß der Bund die Mittel für 1986 und 1987 auf jeweils eine Milliarde Mark verdreifacht und daß Länder und Gemeinden ihre Ansätze verdoppeln werden. Nur Bremen, Hamburg und das Saarland bleiben geringfügig unter dieser Zunahme.

Mit einer überproportionalen Aufstockung der ERP-Wirtschaftspläne 1986 und 1987 um je eine Milliarde Mark statt des planmäßigen Zuwachses von jeweils 200 Millionen werde das gesamte Neuzusagevolumen hieraus von 3,4 Milliarden 1985 auf 4,4 und 4,6 Milliarden Mark 1986 und 1987 ansteigen. Die zusätzlichen Mittel von insgesamt 1,6 Milliarden sollen mit Schwerpunkt beim Umweltschutz (Baumaßnahmen) eingesetzt werden. Mit 1,2 Milliarden Mark würden hier die Zusagen 1986 gegenüber 1985 fast verdreifacht.

Zusammen mit den Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Lastenausgleichsbank stünden insgesamt mehr als sechs Milliarden Mark zusätzlicher bauwirksamer Kredite zur Verfügung. Zugleich seien, so Schneider, zum 1. Juli die ERP-Zinssätze um 0,5 Prozentpunkte gesenkt worden. Sie betragen jetzt für Berlin vier, das Zonenrandgebiet fünf, im übrigen Bundesgebiet sechs und für Umweltschutzvorhaben 5,5 Prozent.

Der Einbau von Heizungs- und Warmwasseranlagen in Gebäuden, die zum Zeitpunkt des Einbaus mindestens zehn Jahre alt sind, wird in die Abschreibungsvergünstigung des Paragraphen 82 a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung mit Stichtag 30. Juni 1985 (Fertigstellung) einbezogen. Schneider erwartet nach zwei Anlaufjahren etwa 300 Millionen Mark Steuerausfall jährlich.

An der geplanten Entmischung der Städtebauförderung ab 1988 wird, wie 1984 beschlossen, festgehalten. Die auf die Länder zukommenden Mehrausgaben durch die Übernahme des Bundesanteils sollen über einen höheren Anteil am Steueraufkommen kompensiert werden.

BERICHT DES KARTELLAMTS

Präsident Kartte stellt fest: Der Wettbewerb funktioniert

HANNA GIESKES, Berlin

„Der Wettbewerb funktioniert, der Kunde ist König." Wolfgang Kartte, Präsident des Bundeskartellamtes, will weiter dafür sorgen, daß dieser Wettbewerb nicht durch Macht „verbogen" wird. „Wir müssen die Märkte offenhalten", sagte Kartte bei der Vorlage des Tätigkeitsberichts 1983/84 seiner Behörde gestern in Berlin.

Dies gelte insbesondere für den Bereich der Neuen Medien „wo wir den Marktzutritt offenhalten und die Entwicklung wettbewerblicher Strukturen schützen müssen". Im übrigen geht es dem Kartellamtspräsidenten darum, den notwendigen Strukturwandel zwar zu fördern, aber Fehlentwicklungen zu verhindern. Dies betreffe Gemeinschaftsunternehmen im Bereich Forschung und Entwicklung – „wir müssen darauf achten, daß sie ihren neuen Markt nicht abschotten" – ebenso wie das Diversifikationsstreben großer Unternehmen, „die sich nicht gerade den Marktbeherrscher kaufen sollen".

Anpassungsprobleme besonderer Art hat zur Zeit der deutsche Lebensmittelhandel: „Hier sehen wir mit dem Bundeskartellamt die Gefahr der Marktbeherrschung", sagte der Bonner Wirtschaftsstaatssekretär Otto Schlecht. Handlungsbedarf für den Gesetzgeber sieht Schlecht gleichwohl noch nicht; zuvor müßten die geltenden Vorschriften des Kartellrechts ausgelotet und die Selbsthilfemaßnahmen der Wirtschaft wirksamer gestaltet werden.

Überdies könne eine Verschärfung der Fusionskontrolle unangenehme Nebenwirkungen haben, wie zum Beispiel behördlichen Dirigismus. Die Installierung eines allgemeinen Diskriminierungsverbots für Hersteller oder eines generellen Verbots des Verkaufs unter dem Einkaufspreis lehnt der Staatssekretär ab.

Eine dritte Runde des „Berliner Gelöbnisses", in dem sich die Großen aus Handel und Industrie vor dem Kartellamtspräsidenten zu wettbewerblicher Disziplin verpflichtet hatten, wird es laut Kartte nicht geben. Im Handel seien die Fälle von Unterpreisangeboten nach der letzten Runde erheblich zurückgegangen und in Sachen Rabattdiskriminierung des Herstellers „sind wir jetzt scharf darauf, an einen Fall heranzukommen".

Die Behörde untersucht zur Zeit, ob gegen die Bayer AG ein Preismißbrauchsverfahren wegen des Herzmittels „Adalat" eingeleitet werden soll, dessen Preis, wie es im Amt heißt, überhöht sein soll. Über die nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs anstehende Auflösung der Fusion Rheinmetall „wissen wir im Kartellamt noch nichts Konkretes"; die Urteilsbegründung aus Karlsruhe müsse abgewartet werden. Die Auflösung solle allerdings nicht „mit der Rasierklinge betrieben werden".

Die Eintreibung der Bußgelder für die Bauwirtschaft wegen ihrer Preisabsprachen kommt nur mäßig voran. Von 56,5 Millionen DM sind erst 19,2 Millionen rechtskräftig, heißt es im Bericht. Bisher seien vor dem Kammergericht allerdings nur kleine Fälle verhandelt worden; „die dicken Fische sind im Herbst dran".

Im Berichtszeitraum wurden dem Kartellamt insgesamt 1081 Zusammenschlüsse angezeigt, davon sind 14 untersagt worden, sieben im Jahr 1983 und sieben 1984.

AUF EIN WORT

„Das Zwischentief nach der Wende ist unvermeidlich, weil der Erwartungshorizont zu hoch und die Geduld zu niedrig angesiedelt sind."

Gustav G. Hebold, Präsident der Industrie- und Handelskammer Stadt für den Elbe-Weser-Raum. FOTO: DIE WELT

Bußgeldrekord für Schwarzarbeit

dpa/VWD, Bonn

Mit 8,3 Mill. DM erreichten die Bußgelder, die die Handwerkskammern gegen Schwarzarbeiter verhängten, 1984 eine neue Rekordsumme. Wie der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) in Bonn mitteilte, stiegen die Strafgebühren innerhalb eines Jahres um 22,5 Prozent. Die Schwarzarbeit sei damit zur „blühendsten Wachstumsbranche" in der Bundesrepublik geworden. Nach ZDH-Angaben entfallen rund zehn Prozent des Handwerksumsatzes von 400 Mrd. DM auf die Schattenwirtschaft. Das Bußgeldaufkommen in der Bundesrepublik hat sich damit seit 1980 mehr als verdoppelt. Im vergangenen Jahr pfuschten Schwarzarbeiter den Maurern am meisten ins Handwerk. In diesem Bereich summierte sich das Bußgeld auf mehr als 2,3 Millionen Mark.

AUFTRAGSEINGANG

Investitionsgüter-Nachfrage hat kräftig zugenommen

dpa/VWD, Bonn

Die Nachfrage nach Industrieprodukten ist im Mai weiter angestiegen. Wie das Bundeswirtschaftsministerium feststellte, erhöhten sich die Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe preis- und saisonbereinigt um ein Prozent. Auch die Auslandsbestellungen nahmen in diesem Umfang zu.

Der Zwei-Monats-Vergleich (April/Mai gegenüber Februar/März) weist im Verarbeitungsbereich für die Inlandsbestellungen ein Plus von zwei Prozent, für die Auslandsbestellungen einen Zuwachs von 2,5 Prozent aus. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (minus 0,5 Prozent) sowie im Verbrauchsgütersektor (minus 1,0 Prozent) gingen in diesem Zeitraum weniger Aufträge ein, insbesondere weil die ausländische Nachfrage nach Produkten dieser Industriezweige das hohe Niveau der vergangenen beiden Monate nicht wieder erreichte.

Die Investitionsgüterbranche meldete einen Orderanstieg von 3,5 Prozent. Dort expandierte sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage recht kräftig.

Im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten verzeichnete das verarbeitende Gewerbe im April/Mai 1985 einen Orderanstieg von 6,5 Prozent dem Volumen nach und von zehn Prozent dem Wert nach. Der Auftragseingang aus dem Inland erhöhte sich um vier Prozent (Volumen) und sieben Prozent (Wert). Die entsprechenden Zahlen für das Ausland lagen bei plus 11,5 beziehungsweise plus 15,5. Im entsprechenden Zeitraum verzeichnete das Investitionsgütergewerbe ein Plus von 13 bzw. 16 Prozent.

DEUTSCHER BAUERNTAG

Heereman: Brüsseler Pläne gefährden viele Betriebe

H. LAVALL, Ludwigshafen

Als eine „Demonstration für das Anliegen der deutschen Bauern und ihrer Familien", so sieht der gerade (einstimmig) wiedergewählte Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman, den Deutschen Bauerntag '85. Und diese Darstellung sei notwendig, denn „der Bauerntag findet in einer für die Landwirtschaft spannungsgeladenen Zeit statt, wie sie die deutschen Bauern in der Nachkriegszeit noch nicht erlebt haben", meinte Heereman gestern zur Eröffnung der viertägigen Veranstaltung.

Mit Blick auf die aktuellen Brüsseler Vorgänge um die Getreidepreise, „die bei uns die Sorgen um die bäuerlichen Existenzen auslösen", forderte der DBV-Präsident die Bundesregierung auf, den mit dem Veto eingelegten Weg „sehr zielstrebig" fortzusetzen. Dabei müßten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit nicht die EG-Kommission „durch die Hintertür" doch noch ihr ursprüngliches Ziel erreiche.

„Diesen abenteuerlichen Absichten" Brüssels, die „mit den ganzen Nebenmaßnahmen" für eine große Zahl von Erzeugern Einkommensminderungen von bis zu zwölf Prozent bringen würden, „muß von Anfang an Widerstand geleistet werden. Heereman ließ aber auch anklingen, daß die deutschen Bauern durchaus über den Vorschlag der EG-Kommission zum Getreidepreis (minus 1,8 Prozent) reden wollen: „Über den Preis allein können wir reden, vorausgesetzt, die geplanten flankierenden Maßnahmen werden nicht durchgeführt."

Der Deutsche Bauerntag, der alle zwei Jahre durchgeführt wird, findet morgen mit der Kundgebung zur Agrarpolitik seinen Höhepunkt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundesbank überprüft das Geldmengenziel

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank wird heute in Frankfurt das für 1985 aufgestellte Geldmengenziel überprüfen. Im Mai nahm die Zentralbankgeldmenge, die sich aus den beiden Geldgrößen Bargeldumlauf und Mindestreserven zusammensetzt, gegenüber dem 4. Quartal 1984 um eine saisonbereinigte Jahresrate von 4,5 Prozent zu. Sie lag damit nahe am oberen Rand des diesjährigen Zielkorridors von drei bis fünf Prozent. Für die Bundesbank läuft daher derzeit „alles nach Plan". In Bankenkreisen wird deshalb für die nächste Zentralbankratssitzung nicht mit einer Modifizierung des festgelegen Geldmengenziels gerechnet.

Opec will Preis senken

Kuwait (dpa/VWD) – Die Mehrheit der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) hat sich für eine Preisreduzierung um eins bis 1,50 Dollar je Barrel (zu 159 Liter) ausgesprochen, berichtete die kuwaitische Nachrichtenagentur (Kuna) unter Berufung auf gut unterichtete Ölkreise am Golf. Diese Entscheidung soll auf der nächsten Opec-Konferenz am kommenden Freitag in Wien getroffen werden. Die Opec-Preise bewegen sich derzeit in einer Spanne von 26,50 Dollar bis 28 Dollar/Barrel je nach Qualität. Außerdem soll laut Kuna die tägliche Förderung um 500 000 Barrel auf 15,5 Millionen Barrel pro Tag zurückgenommen werden.

Vergleichsliste kritisiert

Frankfurt (AP) – Der Bundesverband der Pharmaindustrie hat inhaltliche Vorbehalte gegen den von Krankenkassen und Ärzten gemeinsam vorgelegten Entwurf einer Preisvergleichsliste für Arzneimittel erhoben. Der Verband erklärte in Frankfurt, der Entwurf enthalte noch „so viele medizinische Ungereimtheiten", daß es unverantwortlich wäre, ihn den Ärzten unverändert in die Hand zu geben und zur Beachtung zu empfehlen. Die Hauptnachteile lägen darin, daß Medikamente mit unterschiedlichen Wirkstoffen sowie unterschiedliche Darreichungsformen im Preis miteinander verglichen würden.

Ecu-Reiseschecks

Rom (AFP) – Vom 15. Juli an wird ein Bankenpool in Italien Reiseschecks in der europäischen Verrechnungseinheit Ecu ausgeben. Ein entsprechendes Abkommen wurde mit der „Gesellschaft für Ecu-Reiseschecks" in Paris, die von mehreren französischen Großbanken gegründet worden war, abgeschlossen.

Interesse an Saarstahl

Saarbrücken (AP) – Während das Tauziehen zwischen Saarbrücken und Bonn um finanzielle Hilfen zur Abwendung eines Konkurses der hochverschuldeten Arbed Saarstahl GmbH weitergeht, hat erstmals ein deutscher Industrieller Interesse an dem Völklinger Unternehmen gezeigt: Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine bestätigte das Interesse der Baden-Badener Korf-Gruppe. Die Landesregierung habe das Angebot Korfs, zusammen mit einigen Spezialisten ab Juli einige Tage lang die technischen Anlagen von Arbed zu besichtigen, gerne angenommen, sagte Lafontaine. Auch mit anderen Unternehmen gebe es Gespräche über eine mögliche Partnerschaft oder Beteiligung.

Gute Ernte erwartet

Bonn (dpa/VWD) – Die Getreideernte in der Bundesrepublik wird in diesem Jahr wieder ein überdurchschnittliches Ergebnis bringen. Nach jüngsten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes, die das Bundesernährungsministerium veröffentlicht hat, werden die deutschen Landwirte in den kommenden Wochen bei normaler Witterung schätzungsweise 24 bis 25 Millionen Tonnen (einschließlich Körnermais) einbringen. Die Getreideernte hatte in den Jahren von 1979 bis 1984 durchschnittlich 23,81 Millionen Tonnen betragen.

Störungsfreier Markt

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Hochstimmung an den deutschen Börsen wird sich nach Ansicht der Finanzexperten der Dresdner Bank auch in der 2. Jahreshälfte fortsetzen. Vorstandssprecher Wolfgang Röller bezeichnete 1985 als ein „sehr erfreuliches Kapitalmarktjahr". Auf dem „fast störungsfreien" Weg habe man zur Halbzeit ein erhebliches Stück zurückgelegt. Es gebe viel Geld bei den institutionellen Anlegern, und die Bewertung der Aktien falle immer noch relativ niedrig aus. Insofern erwarte er eine weiterhin „sehr positive" Aktienkursentwicklung. Der erste wesentliche Schritt sei die Abschaffung der Kuponsteuer im letzten Sommer gewesen. Die Einführung neuer Finanzierungsformen wie Zerobonds, Floating Rate Notes oder Doppelwährungsanleihen habe bei der Dresdner Bank in den letzten beiden Monaten zu positiven Erfahrungen geführt.

Anleihe der Weltbank

Bonn (DW.) – Die Weltbank begibt unter der Federführung der Deutschen Bank eine öffentliche Anleihe über 600 Millionen DM. Die Anleihe ist mit einem Zinssatz von 7 Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren ausgestattet, sie wird zum Kurs von 99½ Prozent zum Verkauf angeboten. Die Teilschuldverschreibungen werden zur amtlichen Notierung in allen deutschen Wertpapierbörsen eingeführt.

Hohe Realzinsen

Frankfurt (dpa/VWD) – Trotz sinkender Zinsen am deutschen Kapitalmarkt seit Anfang der 80er Jahre verharren die Realzinsen weiter auf sehr hohem Niveau. Während die durchschnittliche Rendite öffentlicher Anleihen von ihrem Höchststand 1981 mit fast elf Prozent auf inzwischen sieben Prozent zurückgegangen ist, liegt der Realzins - Nominalzins langfristiger öffentlicher Anleihen abzüglich Inflationsrate - im bisherigen Jahresverlauf mit knapp fünf Prozent deutlich höher als zum Anfang der 80er Jahre. Nach einer Untersuchung der Deutschen Bank über die Entwicklung des Realzinses lag dieser 1984 bei durchschnittlich 5,5 Prozent, nach 4,5 Prozent 1983 und 3,5 Prozent 1982.

BERLINER WIRTSCHAFT

DIW: Aufwärtsentwicklung hat sich 1985 fortgesetzt

LEO FISCHER, Berlin

Die Aufwärtsentwicklung in der Berliner Wirtschaft hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres fortgesetzt. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seiner Analyse „Berliner Wirtschaft im Frühjahr 1985". Gemessen am Bruttosozialprodukt (ohne Verbrauchsteuern) war die Leistung der Berliner Wirtschaft im ersten Quartal 1985 knapp ein Prozent höher als im Vorjahr. Der Zuwachs wäre höher gewesen, wenn nicht Sondereinflüsse wie die widrigen Wetterverhältnisse die Produktionstätigkeit beeinträchtigt hätten.

Mit 843 000 Beschäftigten war die Zahl der Erwerbstätigen um 8000 höher als im Vorjahr. Allein im verarbeitenden Gewerbe sind 3000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden. Auch das Dienstleistungsgewerbe und der öffentliche Sektor haben ihren Personalbestand aufgestockt. Die Zunahme der Beschäftigung war insgesamt stärker als im Bundesgebiet.

Die Nachfrage nach Produkten der Berliner Industrie hat in den ersten Monaten dieses Jahres weiter zugenommen. In den ersten vier Monaten war der Auftragseingang saisonbereinigt um rund acht Prozent höher als im Herbst 1984. Besonders stark nahmen die Bestellungen aus dem Ausland zu.

Die günstige Entwicklung der Berliner Wirtschaft führen die Wissenschaftler des DIW unter anderem auf die Tatsache zurück, daß im Laufe des letzten und Anfang dieses Jahres eine große Zahl neu angesiedelter Unternehmen ihre Produktion aufgenommen haben.

DEG / Verschlechterte Lage der Dritten Welt beeinträchtigte Arbeit des Instituts

Finanziellen Spielraum nicht ausgeschöpft

SABINE SCHUCHART, Bonn

Die verschlechterte Wirtschaftslage in vielen Entwicklungsländern hat die Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen in diesen Staaten abgebremst. Dadurch wurde auch die Tätigkeit der bundeseigenen Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (DEG), die Investitionen vor allem der mittelständischen Wirtschaft in Ländern der Dritten Welt fördern will, deutlich erschwert. Mit 48 Finanzierungszusagen in Höhe von insgesamt 60 Mill. Mark wurde 1984 das Investitionsvolumen des Vorjahres von 108 Mill. Mark beträchtlich unterschritten.

Damit sei auch bei weitem der finanzielle Spielraum des Jahres 1984 nicht ausgeschöpft worden, hieß es gestern bei der Veröffentlichung des Geschäftsberichts 1984. Für die rückläufige Entwicklung des Zusagenvolumens macht die DEG-Geschäftsführung vor allem auch den Umstand verantwortlich, daß der durchschnittliche Finanzierungsbetrag gegenüber 1983 von 2,0 auf 1,2 Mill. Mark gesunken ist. Diese Tendenz zu mittleren Projekten entspreche dem Bemühen der Gesellschaft, das Engagement der mittelständischen Wirtschaft zu fördern.

Regionale Schwerpunkte der Investitionsförderung lagen wie in den Vorjahren in den ASEAN-Staaten mit über 50 Prozent des Zusagevolumens sowie in Afrika, wo verstärkt auch landwirtschaftliche Projekte gefördert werden sollen. Insgeamt sieht die DEG wieder „mit berechtigtem Optimismus" in die Zukunft. Angesichts der im ersten Halbjahr dieses Jahres zur Prüfung herangezogenen Projekte und der erteilten Projektzusagen sei 1985 wieder mit einem Anstieg des Zusagevolumens auf etwa 100 Mill. Mark zu rechnen.

Allerdings machen die wirtschaftlichen und politischen Risiken wie bereits 1984 auch in diesem Jahr eine verstärkte Risikovorsorge erforderlich. Die Schwierigkeiten, mit denen die Projektgesellschaften der DEG zu kämpfen haben, haben 1984 in zunehmendem Maße Einzelwertberichtigungen notwendig gemacht. Ihr Anteil am gesamten Investitionsbestand erhöhte sich gegenüber 1980 von acht auf 14 Prozent. Risikien traten besonders in Spanien, Indonesien, Kenia, Saudi-Arabien und Swasi-Land auf.

Belastet wurde die Erfolgsrechnung des Berichtsjahres auch durch den starken Anstieg der Beratungskosten, der wiederum durch die verschlechterten Rahmenbedingungen in einzelnen Entwicklungsländern ausgelöst wurde. In Zukunft will die DEG ihre Beratungstätigkeit für kleine und mittlere Unternehmen fortentwickeln, indem verstärkt branchenorientierte Einzelberatungen vorgenommen werden.

BERICHTE VON HAUPTVERSAMMLUNGEN / Daimler-Benz – Mannesmann – Preussag

„Im Jubelpaket muß schon Besonderes drin sein"

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Viel Lob wurde auf der Hauptversammlung der Daimler-Benz AG in Stuttgart der Verwaltung und der Belegschaft des Unternehmens von den rund zwei Dutzend Diskussionsrednern der etwa 5750 Aktionäre und Aktionärsvertreter (Präsenz: 86,75 Prozent) für das trotz Beeinträchtigung durch den langen Arbeitskampf in 1984 erzielte Ergebnis gezollt. Kritische Untertöne gab es jedoch im Hinblick auf den Dividendenvorschlag (unverändert 10,50 DM je 50-DM-Aktie), bei dem sich die Aktionäre nicht ausreichend am Ergebnis beteiligt fühlen würden.

Auf das von der Verwaltung für 1985 aus Anlaß des im nächsten Jahre stattfindenden 100jährigen Jubiläums des Automobils angekündigte „Jubiläumspaket" meinte ein Aktionärssprecher unter dem Beifall der Versammlung: „Da muß schon etwas Besonderes drin sein, sonst enttäuschen Sie uns!" Im übrigen wurde in den Diskussionsbeiträgen vor allem der Erwerb der MTU-Gruppe und des Luft- und Raumfahrtunternehmens Dornier („das sind echte Perlen") begrüßt. Hierzu stellte Vorstandsvorsitzender Werner Breitschwerdt fest, daß keine Diversifikation weg vom Auto stattfinde. Der Automobilbau werde eindeutiger Schwerpunkt des Geschäfts bleiben. Weiterer technischer Fortschritt im Automobilbau setze die Integration neuer Technologien und Werkstoffe mit den klassischen Techniken voraus.

Glänzend sind die Perspektiven für das Pkw-Geschäft von Daimler-Benz in diesem Jahr, wie Breitschwerdt aufzeigen konnte. Während der Inlandsmarkt insgesamt vom mehr oder minder kräftigen Rückgang der Neuzulassungen gekennzeichnet ist, hat sich der Absatz von Mercedes-Pkw wesentlich beschleunigt. Nach Worten Breitschwerdts lägen bei Daimler-Benz entgegen dem rückläufigen Auftragseingang in der übrigen Branche die Pkw-Bestellungen aus dem Inland in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um mehr als 100 Prozent über dem Vorjahresniveau. Der Marktanteil für Mercedes-Pkw hat sich von 10 auf 12 Prozent erhöht.

Diese überaus günstige Entwicklung begründete Breitschwerdt mit dem Neuheiteneffekt bei den Modellen der mittleren Klasse und dem Trend zum Diesel-Pkw, von dem das Unternehmen besonders profitiere. Für entscheidend hält er allerdings, „daß wir über die ganze Breite unseres Produktangebots derzeit technisch führend sind".

Diese Wettbewerbsstärke wolle Daimler-Benz „konsequent im Markt nutzen". Dabei werde auf dem größten Auslandsmarkt, den USA, eine Steigerung des Pkw-Absatzes auf 85 000 (1984: 79 000) Einheiten eingeplant. Die Pkw-Produktion soll in diesem Jahr auf über 540 000 Fahrzeuge erhöht werden. In 1984 hatte die Pkw-Produktion arbeitskampfbedingt nur leicht um 0,5 Prozent auf über 478 000 Einheiten zugenommen.

Mit größeren Unsicherheiten sei – so Breitschwerdt – hingegen das Nutzfahrzeug-Geschäft behaftet. In den letzten Wochen mache sich allerdings eine Nachfragebelebung bemerkbar. Für die inländischen Nutzfahrzeugwerke geht man von einer Produktion in der Größenordnung des Vorjahres (143 100) aus. Weltweit wird sogar mit einem leichten Zuwachs (Vorjahr: 210 900 Nutzfahrzeuge) gerechnet.

Der Konzernumsatz kletterte im ersten Halbjahr dieses Jahres – wobei der Arbeitskampf die Vergleichbarkeit beeinträchtigt – um nicht weniger als 24 Prozent auf rund 25 Mrd. DM. Etwa zwei Prozent-Punkte davon entfallen auf die neu einbezogene MTU-Gruppe. Dornier wird erst ab Juli 1985 in die Konzernrechnung integriert. Der Umsatz der Daimler-Benz AG allein nahm im ersten Halbjahr um 29 Prozent auf 18,2 Mrd. DM zu. Dabei vergrößerte sich der Exportanteil auf 54,4 (52,5) Prozent.

Im allgemeinen Teil seiner Rede kritisierte Breitschwerdt unter anderem den „halbherzigen EG-Kompromiß" in der Abgasfrage. Es sei letztlich die Chance vertan worden, „in einer so wichtigen Frage wie der des Umweltschutzes Einigkeit innerhalb der EG zu demonstrieren". Eine Politik, die sich darin erschöpfe, ständig nur den kleinsten gemeinsamen Nenner zu suchen, werde niemals eine Politik des Fortschritts sein, sagte der Daimler-Benz-Chef.

Steile Aufwärtstendenz

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Bis Ende Mai 1985 sind im Weltgeschäft der Mannesmann AG, Düsseldorf, der Auftragseingang um 15 Prozent auf 8 Mrd. DM und der Umsatz um 10 Prozent auf 6,3 Mrd. DM gestiegen. Der in der gleichen Vorjahreszeit noch „recht unbefriedigende" Ertrag habe sich nun mit schwarzen Zahlen in allen Unternehmensgruppen, auch bei der 1984 hoch defizitären heimischen Röhrenproduktion, deutlich verbessert. Dank günstiger Konjunkturlage daheim (anhaltend starke Auslandsnachfrage und belebte Investitionsgüterkonjunktur) habe der Konzern nun trotz allfällig neuer Röhren-Risiken gute Chancen, im nächsten Abschluß an die bis 1982 guten Jahre (mit 6 DM Dividende) anzuknüpfen.

Ob solcher Schlaglichter seines Lageberichts hatte Vorstandsvorsitzender Prof. Franz Josef Weisweiler auf der Hauptversammlung, in der 1500 Teilnehmer 56 Prozent von 1,17 Mrd. DM Aktienkapital vertraten, leichtes Spiel. In der regen und zumeist herausragend sachlichen Diskussion erntete er kein Sterbenswort der Kritik dafür, daß für 1984 trotz fast verdoppeltem Welt-Jahresüberschuß von 188 Mill. DM die im Vorjahr gekürzte (und damals zum Teil fast schon aus der Substanz gezahlte) Dividende von 4 DM nicht schon erhöht wird. Die Beschlüsse zu Gewinnverwendung und Vorstand/Aufsichtsrat-Entlastung fielen mit jeweils reichlich 99,9 Prozent Ja-Stimmen.

Die acht Debattierer aus dem Kreis der 180 000 Aktionäre hatten, wenn überhaupt, andere „Reizthemen": Wäre Mannesmanns mißglückter Versuch des Dornier-Erwerbs anders ausgegangen, wenn sich Düsseldorfs (SPD-)Ministerpräsident da ähnlich fördernd engagiert hätte wie sein (CDU-)Kollege in Stuttgart? Bestätigt der bislang immerhin schon etwa 1000 neue Arbeitsplätze bietende Prozeß der Personalaufstockung im Mannesmann-Weltbereich („demnächst vielleicht noch mehr", meint der Konzernchef) im nachhinein den Nutzen des von der IG Metall im letzten Jahr angezettelten (und mit Teil-Erfolg beendeten) großen Streiks um die Arbeitszeitverkürzung?

Der Mannesmann-Chef, in der langen Diskussion stets in der ihm quasi angeborenen Haltung des ehrlichen Auskunftgebers, ließ sich auch zu solchen Themen nicht zur Polemik verlocken. Die heimische Landesregierung habe im Dornier-Fall zwar keine Hilfe angeboten, sei darum aber auch nicht gebeten worden, „weil wir dann die Dornier-Belegschaft gegen uns aufgebracht hätten". Mannesmanns Personalaufbau in 1985 stamme „größtenteils" aus Nachfrageanstieg, allenfalls positive Folgen der Arbeitszeitverkürzung, die im metallindustriellen Bereich des Konzerns erst seit wenigen Monaten gilt, könne man gewiß erst nach einem Jahr in Qualität und Quantität beziffern.

Enttäuschte Aktionäre

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Kritik an der gemessen am Ergebnis unzureichenden Dividende äußerten die Aktionäre der Preussag AG auf der Hauptversammlung in Hannover. Bei aller Vorsicht angesichts potentieller Risiken, so die übereinstimmende Meinung der Aktionärssprecher, hätte die Verwaltung die Ausschüttung eines zweistelligen DM-Betrags vorschlagen müssen. Für 1985 rechneten die Preussag-Aktionäre, wenn die bislang günstige Entwicklung anhalte, mindestens mit 11 DM Dividende. Sollte dieser Erwartung nicht entsprochen werden, müsse die Verwaltung damit rechnen, daß Opposiion angemeldet werde.

Preussag-Vorstandschef Günther Saßmannshausen wollte sich auf eine Prognose für das laufende Jahr nicht einlassen. Nach seinen Worten ist das Rekordergebnis von 1984 in angemessener Weise für die Gewinnausschüttung und für die Thesaurierung verwandt worden. Immerhin hätten die Aktionäre (Präsenz: 74,18 Prozent) auf das um 50 Mill. DM auf 400 Mill. DM erhöhte Grundkapital eine auf 18 (16) Prozent aufgestockte Dividende erhalten.

Die außerordentlich positive Entwicklung des Jahres 1984 hat sich nach Saßmannshausens Worten in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres fortgesetzt. Der Gewinn liege über dem der gleichen Vorjahreszeit. Der Preussag-Chef warnte allerdings davor, die Ergebnisverbesserung auf das gesamte Jahr hin zu projizieren. Unsicherheitsfaktoren seien vor allem die Zinkpreise und der Dollarkurs, aber auch die Ergebnisse der am Wochenende stattfindenden Konferenz der Opec-Länder. Dennoch könne davon ausgegangen werden, daß „wieder ein zufriedenstellendes Ergebnis" erwirtschaftet wird.

Die Entwicklung in den einzelnen Unternehmensbereichen verläuft weiterhin differenziert. So zeige die Preistendenz für Zink und Blei in den letzten Wochen nach unten. In Anpassung dieses Trends habe die Preussag die Zinkproduktion etwas zurückgenommen. Keine Erklärung gebe es für die sinkenden Bleipreise. Unverändert schwierig sei die Situation im Effektivhandel der britischen AMC-Gruppe, an der die Preussag mit rund 87 Prozent beteiligt ist. Deutlich verbessert wurde die Struktur der industriellen Aktivitäten.

Weiter angestiegen ist im Unternehmensbereich Verkehr der Auslastungsgrad der Kesselwagen. Viel Freude bereitet die Sparte Erdöl und Chemie. Vor allem die Förderung im Ausland sorgt für hohe Zuwachsraten. Befriedigende Ergebnisse verzeichnen in den ersten fünf Monaten die Unternehmensbereiche Kohle (das zusammen mit dem RWE errichtete Kraftwerk in Ibbenbüren nimmt dieser Tage den Probebetrieb auf) und die Sparte Anlagenbau. Der Auftragsbestand sichere die Auslastung der Kapazitäten in den nächsten Monaten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

IKB: Wieder 7,50 Mark

Düsseldorf (J.G.) – Eine konstante Dividende von 7,50 DM schlägt die Düsseldorfer Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank ihren rund 5 000 Eigentümern von 162 Mill. DM Aktienkapital für das Geschäftsjahr 1984/85 (31.3.) der Hauptversammlung am 16. Oktober vor. Der Geschäftserfolg dieser auf die Investitonsfinanzierung nicht emisssionsfähiger Mittelstandsunternehmen konzentrierten Spezialbank reichte auch im Berichtsjahr aus, um die Rücklagen (bislang 354 Mill. DM) mit der gewohnten Jahresrate von 12 Mill. DM zu dotieren.

PHW übernahm Robins

Köln (dpa/VWD) – Die Kölner PHB Weserhütte-Gruppe (PHW) hat zum 28. Juni Robins Engineers + Constructors, die Materials Handling-Division der Litton-Gruppe, von Litton System Inc. Beverly Hills (USA) übernommen. Die Verträge wurden jetzt unterzeichnet, teilte die PHW mit. Die neue Tochter wird unter dem Namen Robins Engineers + Constructors Inc., Totowa/New Jersey, fortgeführt. Das Unternehmen ist weltweit als Anbieter von Anlagen und Systemen für Förderung, Transport und Umschlag von Massenschüttgütern bekannt und hatte in den letzten Jahren ein durchschnittliches Auftragsvolumen von 30 Mill. Dollar.

Fulgurit baut ab

Hannover (dpa/VWD) – Der zweitgrößte Anbieter von Faserzementbaustoffen in der Bundesrepublik, die Fulgurit GmbH + Co. KG, Wunstorf, will die Anzahl der Mitarbeiter der Gruppe von 1370 bis Jahresende 1985 auf 1000 verringern. Entsprechende Sozialpläne seien abgeschlossen worden, teilte das Unternehmen mit. Fulgurit richte sich damit auf die Durststrecke ein, die der Bauwirtschaft bevorstehe. Die Umsatzplanung für 1985 und die Folgejahre wurde gegenüber den Ansätzen zurückgenommen. Für 1985 werde dennoch im operativen Bereich mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet, ab 1986 wieder mit „akzeptablen Resultaten". Künftig verbleiben unter dem Dach einer kleinen Führungsgesellschaft nur noch drei operative Gesellschaften, die Fulgurit Baustoffe GmbH, die Fulgurit Isopur GmbH und die Hocoplast GmbH, Eggenfelden. Alleiniger neuer Geschäftsführer der Führungsgesellschaft ist seit 1. Juli Werner Apel-Dube (63), der Ende 1984 bei BBC Brown, Boveri + Cie., Mannheim, nach Erreichen der Altersgrenze ausschied.

BBC-York erlitt Einbußen

Mannheim (VWD) – Die Brown Boveri-York Kälte- und Klimatechnik GmbH, Mannheim, mußte 1984 eine Umsatzeinbuße um 7,6 Prozent auf 157 Mill. DM hinnehmen. Nach Angaben von Geschäftsführer Norbert Willim konnte jedoch das Vorjahresergebnis gehalten werden. Der Auftrags- und Umsatzzuwachs im Bereich Klimakälte glich die Rückgänge bei Industrie- und Gewerbekälte nicht aus. Auch schlugen drastische Ausfälle aus Mittelost im Kundendienst- und Ersatzteilgeschäft negativ zu Buche. Dessen Anteil am Gesamtvolumen wurde mit rund 25 (27) Prozent angegeben. 1984 wurden 844 (855) Mitarbeiter beschäftigt.

NAMEN

Dr. **Wolfgang Reiber**, Vorstandssprecher der Wüstenrot-Bank AG, und **Klaus W. Rösch**, Geschäftsführer der Wüstenrot, wurden unter Beibehaltung ihrer Ämter zu Geschäftsführern der Wohnungswirtschaft Wüstenrot (WVG), Ludwigsburg, der Mutter der Wüstenrot-Gruppe berufen.

Thomas Steinmark wurde mit Wirkung vom 1. Juli zum Geschäfsführer im Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF) ernannt.

Hans Walter Stürtzer, seit 1969 Vorstandsmitglied der Ruhrchemie AG, Oberhausen, ist am 30. Juni in den Ruhestand getreten.

Otfried Ludwig, Fabrikleiter der Newek Neue Elektronik-Werke (Telefunken), Celle, wurde per 1. September zum stellvertretenden Geschäftsführer der Hagenuk GmbH, Kiel, berufen.

Alfred Niessner, Mitinhaber der KKB Bank, Düsseldorf, ist am 30. Juni in den Ruhestand getreten.

Heinrich Otto Korth, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Druck e. V., Wiesbaden, verstarb am im Alter von 78 Jahren.

HAMBURG-SÜD / Liniendienste brachten zwei Drittel des Umsatzes – „Keine schönen Zahlen" in der Trampfahrt

Kooperation birgt noch Rationalisierungsreserven

JAN BRECH, Hamburg

Getreu dem bei Familienunternehmen beliebten Motto, „Worte ersetzen Zahlen", kommentiert der Vorsitzende der Geschäftsführung, John Henry de la Trobe, die Entwicklung der Reedereigruppe Hamburg-Süd im Berichtsjahr 1984. Aufgrund konsequenter Rationalisierungsmaßnahmen sei es gelungen, so teilt de la Trobe mit, die Reederei unbeschadet aus Sturmtiefen herauszuhalten und ein unter den gegebenen Umständen zufriedenstellendes Ergebnis zu erzielen. Gegenüber 1983 habe sich das Betriebsergebnis, wenn auch nicht schwungvoll, so doch in kleinen Schritten verbessert. Nähere Angaben darüber, welche Sparten in welchem Ausmaß daran beteiligt waren, möchte de la Trobe gern als „sein Geheimnis" bewahren.

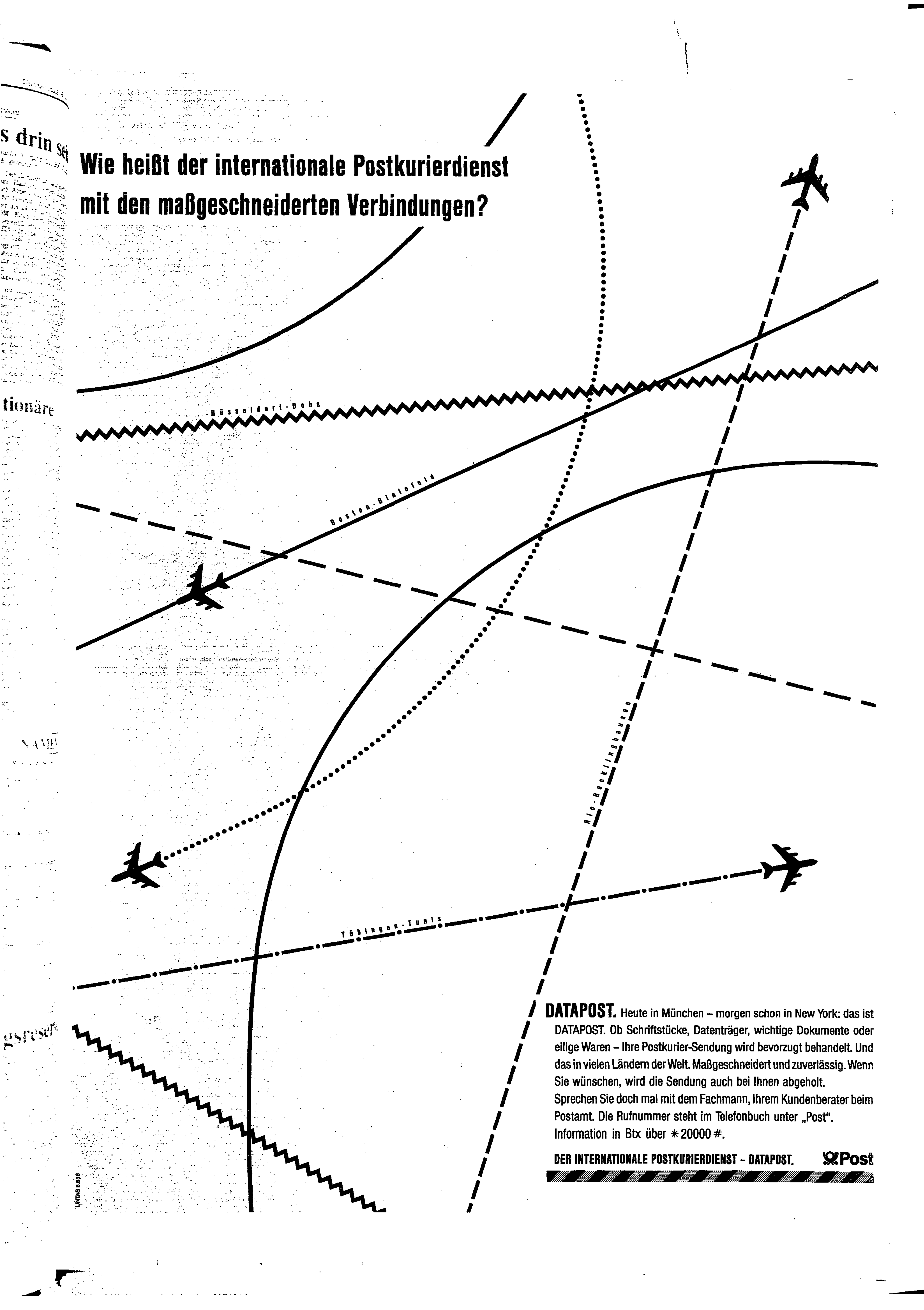
Über die Zahlenhürde springt er lediglich beim Umsatz. Dank der Ausnutzung von Marktchancen und der hilfreichen, aber nicht entscheidenden Dollarkursentwicklung habe die Flotte aus 19 eigenen und 6 gecharterten Schiffen 1,12 Mrd. DM Umsatz eingefahren: Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Wachstum von 12 Prozent.

Zwei Drittel dieses Umsatzes stammen aus den Liniendiensten. Die Südamerika-Fahrt habe aufgrund guter heimkehrender Auslastung ein zufriedenstellendes, die Columbus-Linie, die regelmäßige Kühlcontainerdienste von beiden Küsten Nordamerikas und vom US-Golf nach Australien und Neuseeland betreibt, kein befriedigendes Ergebnis erreicht. Positiv seien die Ergebnisse des Containerdienstes von Europa nach Neuseeland und der Europa-Südpazifik-Inseldienst. Zur Levantefahrt erklärt de la Trobe, daß Hamburg-Süd ihr Engagement an den Deutschen Nah-Ost-Linien (DNOL)inzwischen auf 80 Prozent aufgestockt habe und für 1985 schwarze Zahlen erwarte. Die DNOL wird in diesem Jahr zum ersten Mal mit einem Umsatz von 200 Mill. DM konsolidiert.

Den Zustand auf den von Hamburg-Süd überwiegend mit Chartertonnage bedienten Trampmärkten umschreibt de la Trobe mit den Worten, daß es dort keine „schönen Zahlen" gebe. Die trockene Trampfahrt fuhr ein bescheiden positives Ergebnis ein, die Tank- und Kühlschiffahrt litten unter Tonnageüberhang und schwacher Nachfrage.

Berücksichtigt man, daß sich die zur Oetker-Gruppe gehörende Hamburg-Süd in Spezialmärkten feste Positionen erobert hat und in den letzten Jahren durchweg besser als die Mehrzahl der Konkurrenz über die Runden gekommen ist, enthält der Bericht von de la Trobe ein gehöriges Maß von Understatement. Dies gehört ebenso zum Ritual des jährlichen Informationsgespräches wie die von de la Trobe perfekt gehandhabte Formulierungskunst, den inneren Zustand der Reederei zu beschreiben, ohne etwas über ihn zu sagen.

Die Entwicklung in diesem Jahr gebe bei Hamburg-Süd Anlaß zu vorsichtigem Optimismus, erklärt de la Trobe. Die Frachterlöse liegen im ersten Halbjahr 10 Prozent über Plan und die Maßnahmen der Kostensenkung und Ergebniskonsolidierung greifen. Die Gruppe, so der Reederei-Chef, setze nach wie vor mehr auf eigene Anstrengungen denn auf eine schnelle und nachhaltige Belebung der Märkte. Rationalisierungs-Reserven sieht man wie fast alle Linienreeder in Kooperationsabkommen für die einzelnen Fahrtgebiete. So führe Hamburg-Süd zur Zeit Gespräche mit Partnern in den Fahrtgebieten Südamerika, Australien/Neuseeland/Nordamerika und dem Mittelmeer. Den allgemeinen Kurs der Reederei steckt de la Trobe so ab: keine spektakulären neuen Aktivitäten, sondern Optimierung der eigenen Kräfte.


Wie heißt der internationale Postkurierdienst mit den maßgeschneiderten Verbindungen?
Düsseldorf-Doha
Boston-Bielefeld
Rio-Recklinghausen
Tübingen-Tunis
DATAPOST. Heute in München – morgen schon in New York: das ist DATAPOST. Ob Schriftstücke, Datenträger, wichtige Dokumente oder eilige Waren – Ihre Postkurier-Sendung wird bevorzugt behandelt. Und das in vielen Ländern der Welt. Maßgeschneidert und zuverlässig. Wenn Sie wünschen, wird die Sendung auch bei Ihnen abgeholt.
Sprechen Sie doch mal mit dem Fachmann, Ihrem Kundenberater beim Postamt. Die Rufnummer steht im Telefonbuch unter „Post".
Information in Btx über ∗20000#.
DER INTERNATIONALE POSTKURIERDIENST – DATAPOST.
Post

VEBA / Die beste Bilanz in der Firmengeschichte – Alle Sparten trugen zum deutlich verbesserten Ergebnis bei

Bis 1989 werden 19 Milliarden Mark investiert

HANS BAUMANN, Düsseldorf

„Zugegebenermaßen wurden unsere Erwartungen noch übertroffen." Wenn ein Mann wie Rudolf von Bennigsen-Foerder so spricht, dann ist der Stolz mit ihm durchgegangen, denn der Vorstandsvorsitzende der Veba AG, Düsseldorf, liebt die Kulisse mehr als die Bühne. Aber angesichts des Abschlusses für 1984 blieb ihm nichts als das hohe Lied gelungenen Wirtschaftens. Er schaffte die beste Bilanz in der bewegten Geschichte des Hauses.

Ziel war nicht eine Erhöhung des Umsatzes, sondern eine Verbesserung des Ergebnisses, Straffung der Organisation, Beseitigung der Schwachstellen, Diversifikation in zukunftsträchtigen Bereichen und Konsolidierung.

Bilanz und Bericht 1984 verkünden: Es ist erreicht. Struktur und Ertragskraft wurden weiter verbessert. Und damit man nicht vom Pfad der Tugend abkommt, oder gar die Hände in den Schoß legt, umfaßt der Investitionsplan von 1985 bis 1989 ein Volumen von 18,8 Mrd. Mark. Kernbereich bleibt für diese Zeit natürlich wieder die Elektrizität, der von dieser Summe 54 Prozent zufließen, 25 Prozent gehen ins Mineralöl (Exploration und Produktion), 11 Prozent in die Chemie (Aufbau neuer Geschäftsfelder, wie Aufkauf der Nuodex Inc., USA, mit einem Umsatz von 450 Mill. DM), und 9 Prozent in Handel und Verkehr mit dem Ziel der Erweiterungen und Diversifikation.

Bei einem um 19 Mill. Mark gestiegenen Steueraufwand (1,0 Mrd. DM) verbleibt ein Überschuß nach Steuern von 697 Mill. Mark, das sind beachtliche 225 Mill. Mark mehr als im Vorjahr. Daraus werden die offenen Rücklagen mit 319 (146) Mill. Mark gestärkt. Der Konzernbilanz-Gewinn entspricht der Ausschüttung der AG von 18 (15) Prozent. Über Erwarten werden die Aktionäre mit einer Aufstockung der Dividende um 20 Prozent an dem Jahr voller Glanz beteiligt.

Das ausgewiesene Konzernergebnis spiegelt aber nicht das wahre Bild der verbesserten Ertragslage. Ein Blick auf den Gewinn je Aktie und auf den Cash-flow (siehe Tabelle) verraten das tatsächliche Ausmaß des Ergebnisses. Im Bereich der kurzfristigen Finanzierung fällt ein Posten von 1,2 Mrd. Mark auf, der für die Übernahme des Kernkraftwerk-Brokdorf-Anteils (30 Prozent) erforderlich wurde, woraus ein geringfügiger Verlust von 70 Mill. Mark resultiert. Wie Finanzchef Klaus Piltz dazu erläutert, wird der schnell wachsende Cash-flow die 1,2 Mrd. bald tilgen helfen.

Wie stark auch auf der Finanzseite die Zügel angezogen werden, zeigt die Tatsache, daß der Zinsmehraufwand weiter um 35 auf 334 Mill. Mark zurückging. 1981 waren es immerhin noch 639 Mill. Mark. Trotz der hohen kurzfristigen Verschuldung für Brokdorf verringerte sich der Verschuldungsgrad auf 2,6 nach 2,7 in 1983 (Relation von Cash-flow zur Gesamtverschuldung).

Zu den in der Tabelle ausgewiesenen Sachinvestitionen ist anzumerken, daß sie aus eigenen Mitteln finanziert wurden. Einschließlich der Mittel, die in Gemeinschaftswerke flossen (einschließlich Deminex) beliefen sich die Gesamtinvestitionen im Konzern 1984 auf 4,9 (4,0) Mrd. Mark.

Alle Bereiche trugen zum guten Ergebnis bei, auch Chemie und Mineralöl. Veba Öl lieferte 30 Mill. Mark an die Mutter ab und führte weitere 30 Mill. in die eigenen Rücklagen. Hüls dotierte die Rücklagen mit 60 Mill. Mark und führte an die Mutter 16 Prozent Dividende ab.

Die HV am 22. August wird eine Reihe von Satzungsänderungen beschließen, die die weitere Konsolidierung der Veba zum Ziele haben. Eingegliedert werden die Preußische Elektrizitäts-AG, die Chemie-Verwaltungs-AG jeweils mit Beherrschungsverträgen. Bedingte Kapitalerhöhungen werden nicht nur dafür, sondern auch für die Umwandlung der NWK-Anteile auf die Preag gebraucht. Ein weiteres genehmigtes Kapital von 20 Mill. Mark soll geschaffen werden für die Begebung von Aktien an Belegschaftsmitglieder.

Ausblick von Bennigsens: „Für 1985 rechnen wir wieder mit einem guten Gesamtergebnis." 1985 wird es keine regionalen Aktionärsversammlungen der Veba mehr geben, dafür erfahren die Aktionäre 6 Wochen früher, welche Dividende ihnen winkt.

Veba Konzern	1984	±%
Umsatz (Mrd. DM)	49,6	+ 0,9
davon Strom	10,0	+ 0,4
Öl/Gas/Chemie	18,5	+ 3,3
sonstige	1,1	- 1,5
Handel u. Verkehr	20,0	- 2,0
Beschäftigte	76 795	- 0,8
Sachinvest. (Mill. DM)	2065	- 14
Cash-flow (brutto) ¹)	4601	+ 17
Cash-flow (netto) ¹)	3390	+ 22
Nettogewinn ²)	710	+ 56
Jahresüberschuß	697	+ 48

¹) Jahresüberschuß + Zuf. zu langfr. Rückst. + Abschreibungen ± ao. Positionen + EEV-Steuern; netto: minus EEV-Steuern, minus Dividendensatz. ²) Gewinn je Aktie 50 DM nom.: 21,10 (13,50) DM.

Schüco gibt Lizenzen an China

hdt. Bielefeld

Die zur Otto-Fuchs-Gruppe, Meinerzhagen, gehörende Schüco Heinz Schürmann GmbH & Co, Bielefeld, europäischer Marktführer bei Alufenstern und -fassadensystemen, konnte ihren Umsatz 1984 (einschließlich französischer Tochter) um 6,4 Prozent auf 525,8 (494,4) Mill. DM steigern. Obwohl damit der 18prozentige Zuwachs des Vorjahres nicht wiederholt werden konnte, ist das Ergebnis vor dem Hintergrund des stagnierenden Baugewerbes durchaus als beachtlich zu bezeichnen. Es ist nicht zuletzt dem um 35 Prozent gestiegenen Export zu verdanken. Als besonderer Erfolg wird der Abschluß eines Lizenzvertrages mit der Volksrepublik China gewertet.

Für das laufende Jahr wird die Entwicklung trotz weiterer Marktabkühlung zuversichtlich beurteilt. Neue Perspektiven ergeben sich auf dem bedeutungsvoller werdenden Markt der Renovierungen, der die Nachfrage nach Kunststoffenstern erhöht. Hier werden besondere Chancen für das zu Jahresbeginn erworbene Kunststoffwerk Carl Schnicks, Haan/Rheinland, gesehen, das 1984 einen Umsatz von rund 40 Mill. DM erwirtschaftete.

VERSEIDAG / Investitionen und Mitarbeiterzahl im Anstieg – Anlaufdividende

Der Aufschwung bleibt kräftig

J. GEHLHOFF, Krefeld

Rundum Positives meldet nach dem vierten Jahr ihrer Genesungskur die Vereinigte Seidenwebereien AG (Verseidag), Krefeld, mit dem Abschluß für 1984 und zum Ausblick auf 1985. Den Eigentümern von 20 Mill. DM Aktienkapital der Verseidag-Holding (etwa zur Hälfte in weitverzweigtem Familienbesitz) wird nach gut einem Jahrzehnt Dividendenlosigkeit zur Hauptversammlung am 16. August eine „Anlaufdividende" von 2,50 DM vorgeschlagen. Bei einem um 12,4 (8,7) Prozent auf 286 Mill. DM mit 44,5 (40,2) Prozent Auslandsanteil gestiegenen Gruppenumsatz wurde erstmals nach 15 Jahren ständigen Abbaus die Belegschaftszahl wieder leicht auf 1213 (1173) erhöht, davon 179 (167) bei den vor allem in USA blühenden Auslandstöchtern.

In ähnlichem Tempo, auch mit der Personalaufstockung, geht es 1985 weiter, dessen erste Hälfte ein Umsatzplus von 10 Prozent brachte und die Verseidag-Betriebe in „sehr günstiger Auslastung bis in 1986 hinein" zeigt. Mit vorrangigem Ziel weiterer Ertragstärkung sollen die im Berichtsjahr auf 13 (6,1) Mill. DM erhöhten Sachinvestitionen des Inlandkonzerns 1985 auf 18 Mill. DM gesteigert und wiederum fast komplett aus der Innenfinanzierung gedeckt werden. Auch in der Dividende, die für 1984 nach Aufzehren des steuerlichen Verlustvortrages von 7 Mill. DM wegen des nun noch mit 3 Mill. DM negativen „EK 56" 0,6 Mill. DM steuerliche Ausschüttungsbelastung kostete, soll möglichst etwas zugelegt werden.

Der seit vier Jahren als damaliger Branchenneuling amtierende Vorstandssprecher Dieter Jung (44) begründet den dauerhaften Umschwung des zuvor nach Gesamtverlusten von circa 100 Mill. DM am Rande des Abgrunds taumelnden Konzerns vor allem mit „hausgemachter Konjunktur". Einerseits habe man – intensiver als der Durchschnitt der Textilindustrie – schon früh auf das Beackern der Auslandsmärke (mit nun fast 50 Mill. DM USA-Umsatz) gesetzt und komme da dem Ziel von 50 Prozent Umsatzanteil schon ziemlich nahe.

Andererseits habe man konsequent das neue Unternehmensprofil eines stark diversifizierten Zulieferer-Spezialisten für Märkte mit wenig „Importanfälligkeit" ausgebaut, dies zumal durch Vormarsch in den breiten Anwendungsbereich der „Industrietextilien". Dieser Produktbereich im weiten Spannungsbogen von beschichteten Geweben und Segelstoffen bis zu technischen Geweben für Sieb- und Filtrationstechnik stellte 1984 bereits 40 (39) Prozent des Gruppenumsatzes und soll auch im Umsatzanteil noch weiter wachsen. Futterstoffe brachten unverändert 24 Prozent des Gruppenumsatzes, Heimtextilien 20 (22) Prozent und die besonders stark exportierten Krawattenstoffe (16 nach 15 Prozent.

Die günstige Ertragsprognose für 1985 wird auch dadurch gestützt, daß der Inlandkonzern 1984 aus der Strukturbereinigung noch 7 Mill. DM Aufwandsaldo zu verkraften hatte, der nun deutlich geringer wird. Einschließlich dieses Saldos verbesserte der Inlandskonzern 1984 (vor Steuern) das Betriebsergebnis auf 14,2 (8,1) und den Brutto-Cash-flow auf 20,2 (12,8) Mill. DM. Bei der Holding brachte das erst einen Jahresüberschuß von 1,6 (0,2) Mill. DM und nebst Vortrag einen Gesamtgewinn von 2,1 Mill. DM. Der wird je zur Hälfte ausgeschüttet und in die während der Krise ausgeplünderten Rücklagen gestellt.

KBC / Auftrieb für bedruckte Stoffe dauert an

Beste Geschäftsaussichten

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Da bedruckte Stoffe zur Zeit stark in Mode sind und dieser Trend voraussichtlich auch noch weiter anhält, bieten sich der KBC Manufaktur Koechlin, Baumgartner & Cie. AG, Lörrach, beste geschäftliche Perspektiven. In den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1985 verbesserte sich der Gruppenumsatz um über 30 Prozent, nachdem in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres bereits ein Umsatzplus von 18 Prozent erzielt worden war. Der Auftragsbestand liegt wesentlich über dem Vorjahr, die Beschäftigung sei damit über die Ferienzeit hinaus bestens gesichert. Auch das Ergebnis habe sich in den ersten fünf Monaten deutlich verbessert.

Obwohl das Geschäftsjahr 1984 mit Ausnahme der letzten drei Monate noch nicht die große Wende zu Gunsten der Druckstoffe gebracht hatte, steigerte die KBC, die mehrheitlich im Besitz der französischen Texunion S. A. ist, ihren Umsatz um 15,2 Prozent auf 492 Mill. DM, beim Teilkonzern wuchsen die Umsatzerlöse um 10,9 Prozent auf 626 Mill. DM. Mit Erfolg sei insbesondere die Ausweitung der geschäftlichen Aktivitäten auf den Überseemärkten betrieben worden. Dies bewirkte eine auf 46 (43) Prozent erweiterte Exportquote beim Stammhaus. Die Produktion wurde um etwas über 6 Prozent gesteigert, was zum Gewinn weiterer Marktanteile geführt habe.

Wenn dennoch kein besseres Ergebnis erzielt worden ist, so ist die Ursache in der ungenügenden Auslastung im Druck sowie in den gestiegenen Rohwarenpreisen zu suchen. Der Jahresüberschuß der KBC verringerte sich auf 5,1 (6,7) Mill. DM. Er wird zur Stärkung der Rücklagen verwendet. Stark verbessert hat sich freilich das Gruppenergebnis, denn hier stieg der Jahresüberschuß auf 9,4 (5,8) Mill. DM, da die Töchter Herose GmbH, Konstanz, und die Transfer-Color-Druck GmbH & Co. KG, Berlin, wieder in die Gewinnzone gekommen sind. Die Gruppe beschäftigt rund 2700 Mitarbeiter.

BÜHLER-MIAG / Verlustvortrag überkompensiert

Planmäßige Sanierung

D. SCHMIDT, Braunschweig

Die Bühler-Miag GmbH, Braunschweig, hat 1984 nach einer längeren Durststrecke den Durchbruch in die Gewinnzone geschafft. Wie aus der jetzt vorgelegten Bilanz hervorgeht, wurde beim zur schweizerischen Gebrüder Bühler gehörende Unternehmen nicht nur der Verlustvortrag aus dem Vorjahr von 5 Mill. DM ausgeglichen, sondern darüber hinaus sogar ein Bilanzgewinn von 2,98 Mill. DM erzielt.

Die Geschäftsführung wertet dieses Ergebnis als Beweis dafür, daß das im Herbst 1983 verabschiedete Sanierungskonzept, das damals die Halbierung der Belegschaft auf rund 1100 Mitarbeiter vorsah, richtig war. Bühler-Miag befaßt sich mit der Herstellung von Maschinen und Anlagen (Mühlenbau) und ist in der Verfahrens- und Fördertechnik tätig.

Die Reduzierung der Kapazitäten ließ den Umsatz im vergangenen Jahr noch einmal kräftig auf 261 (328) Mill. DM sinken. Damit liege das Unternehmen aber noch deutlich über dem Plan. Aus heutiger Sicht sei das Sanierungskonzept zu rund 90 Prozent abgeschlossen. Weit mehr als die Hälfte des Umsatzes entfalle auf den Export.

Die Investitionen in Sachanlagen werden mit 3,2 Mill. DM ausgewiesen, die Abschreibungen mit 6,5 Mill. DM. Um 11,4 Mill. DM wurden die Finanzanlagen aufgestockt, die nach 2,3 Mill. DM Abgängen noch mit 9,85 Mill. DM zu Buche stehen. Die Liquiditätssituation des Unternehmens wird als „gut" bezeichnet.

Zuversichtlich beurteilt die Geschäftsführung die Entwicklung im laufenden Jahr. Der Auftragseingang sei befriedigend und laste die reduzierten Kapazitäten aus. Trotz einiger Probleme geht das Unternehmen davon aus, auch 1985 mit einem positiven Ergebnis abschließen zu können. Sorgen bereite der härter werdende Wettbewerb, wobei im Exportbereich noch Finanzierungsprobleme hinzukämen.

DYCKERHOFF & WIDMANN / Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf bisher größter Auftrag in diesem Jahr

Vorstand hofft auf ausgeglichenes Betriebsergebnis

DANKWARD SEITZ, München

Kaum Hoffnungen auf eine Besserung der schwierigen Situation in der Bauwirtschaft in naher Zukunft hat die Dyckerhoff & Widmann AG (Dywidag), München, nachdem sich 1984 die Erwartungen trotz einiger positiver Aspekte in weiten Bereichen nicht erfüllt haben. Zum einen müsse 1985 im Inland mit einem Rückgang der Bauinvestitionen um 5 bis 6 Prozent gerechnet werden, da der Wirtschafts- und Wohnungsbau vor allem aus steuerlicher Sicht keine wachstumsfördernden Bedingungen vorfinde und die leichte Zunahme im öffentlichen Bau von einem sehr niedrigen Niveau ausgehe. Auf der anderen Seite seien auch aus dem Ausland keine positiven Impulse zu erwarten, sondern eher ein weiter vermindertes Bauvolumen bei gleichzeitig verstärktem Wettbewerb.

So rechnet der fünftgrößte deutsche Baukonzern für den Rest des Jahres 1985 zwar noch mit einer erheblichen Steigerung seiner Leistung, doch geht der Vorstand davon aus, daß sie leicht unter dem Niveau von 1984 bleiben wird. In den ersten fünf Monaten ergab sich auch wegen des sehr guten Ergebnisses im Vorjahreszeitraum ein Rückgang um 24 Prozent auf 685,4 Mill. DM. Der Auftragseingang stieg dagegen um 61 Prozent auf 985,2 Mill. DM und führte zu einem Auftragsbestand per Ende Mai von 2,77 Mrd. DM (plus 8 Prozent) gegenüber 2,47 Mrd. DM zum Jahresanfang. Zu Buche schlugen hier die Aufträge für die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf (rund 300 Mill. DM) und die Südschleife der Magnetschwebebahn im Emsland (60 Mill. DM).

Hinsichtlich der Ertragslage glaubt der Vorstand zwar ein positives Bilanzergebnis ausweisen zu können, wäre aber „über ein ausgeglichenes Betriebsergebnis schon froh". Fortgesetzt werden sollen die 1984 eingeleiteten Kapazitätsanpassungen an den Markt. Neben Rationalisierungsmaßnahmen in der Verwaltung wird davon vor allem wieder das Werkgeschäft (Betonwaren und Betonfertigteile) betroffen sein. Neben Produktionseinschränkungen soll die Produktpalette weiter auf die Markterfordernisse ausgerichtet werden.

Bereits im Geschäftsjahr 1984 hat das Werkgeschäft Dywidag erheblich belastet. So konnte die Gesamtleistung „nur" um 6,8 Prozent auf 2,37 Mrd. DM gesteigert werden, woran das Inland mit plus 4,7 Prozent auf 1,64 Mrd. DM beteiligt war. Das reine Baugeschäft erbrachte dagegen insgesamt ein Plus von 9,7 Prozent auf 2,05 Mrd. DM, während das Werkgeschäft um 8,4 Prozent auf 326 Mill. DM zurückfiel. Besonders ausgeprägt war das Minus dabei im Inland mit 21,6 Prozent auf 247 Mill. DM. Beteiligungen und Tochtergesellschaften trugen 379 (260) Mill. DM zur Gesamtleistung bei.

Erneut Abstriche mußte Dywidag beim Auftragseingang hinnehmen, und zwar um 5,5 (13,8 nach 24,2) Prozent auf 1,98 Mrd. DM. Dabei ergab sich für das Inland ein Minus von 5,4 (6,8 nach plus 1,9) Prozent auf 1,42 Mrd. DM und für das Ausland von 5,9 (27,5 nach 49,6) Prozent auf 560 Mill. DM. Als einziger Großauftrag aus dem Ausland konnte das Schnellbahn-Projekt in Medellin/Kolumbien über 250 Mill. DM hereingeholt werden. Der Auftragsbestand zum Jahresende sank auf 2,47 Mrd. DM (minus 13,7 Prozent), davon auf 1,02 Mrd. DM (minus 17,2 Prozent) im Inland.

Die Ertragsrechnung der AG schließt bei einem Umsatz von 1,66 (1,27) Mrd. DM nach einem Steueraufwand von 11,4 (14,2) Mill. DM mit einem Jahresüberschuß von 11,89 (18,2) Mill. DM. Auf das Umlaufvermögen wurden 8,3 (3,9) Mill. DM abgeschrieben. Die Rückstellungen wurden mit 47,7 Mill. DM dotiert, davon für Pensionen 6,6 Mill. DM. Mit 57 (50) Mill. DM lagen die Sachanlageinvestitionen erneut unter den Abschreibungen von 64 (57) Mill. DM. Aus dem Bilanzgewinn von 7,98 (9,12) Mill. DM wird eine auf 7 (8) DM je 50-DM-Aktie gekürzte Dividende auf das Grundkapital von 57 Mill. DM ausgeschüttet.

ÖLPREISKONTROLLEN

Exxon soll Geldbuße zahlen

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA steht die Mineralölbranche kopf, nachdem ein Bundesberufungsgericht ein zwei Jahre altes Urteil gegen die Exxon Corp. bestätigt hat. Danach muß das größte Privatunternehmen der Welt wegen Nichteinhaltung der Preiskontrollen, die 1974 nach Ausbruch der ersten Ölkrise verfügt und erst 1981 abgeschafft wurden, rund 1,9 Mrd. Dollar (etwa 5,8 Mrd. Mark) an die Regierung zahlen. Es ist der höchste Schadenersatz, zu dem in Amerika jemals ein einzelner Beklagter verdonnert worden ist.

Noch ist offen, ob Exxon den Obersten Gerichtshof anruft oder sich um eine Herabsetzung des riesigen Betrages bemüht, der sich aus überhöhten Preisen, die der Konzern zwischen 1975 und 1980 seinen Kunden berechnet hat (895 Mill. Dollar), und Zinsen (1 Mrd. Dollar) zusammensetzt. Bleibt das Urteil bestehen, müssen andere Ölfirmen in den USA ebenfalls mit Schadenersatz-Forderungen der Regierung rechnen. Das Energieministerium in Washington hat 450 ähnliche Fälle vorbereitet, die 3 bis 4 Mrd. Dollar bringen sollen. Von Texaco verlangt die Behörde die Rückzahlung von rund 1 Mrd. Dollar.

Das Öl, das Exxon sechs Jahre zu teuer verkauft haben soll, stammte aus dem Hawkins-Feld in der Nähe von Tyler in Texas. Die früheren Kontrollen sahen gestoppte Preise für „altes" Öl und freie Preise für „neues" Öl vor, wobei die gegenüber 1972 höhere Produktion in die letztere Kategorie fiel. Das System war also ziemlich kompliziert. Die Gerichte ließen auch regulative Meinungsunterschiede unbeachtet. Zahlen muß Exxon, die 1984 fast 91 Mrd. Dollar umsetzte und nach Steuern 5,5 Mrd. Dollar verdiente, in die Bundeskasse, da sich die Ansprüche einzelner Kunden nicht mehr ermitteln lassen.

Bopp + Reuther spürt Belebung

dpa/VWD, Mannheim

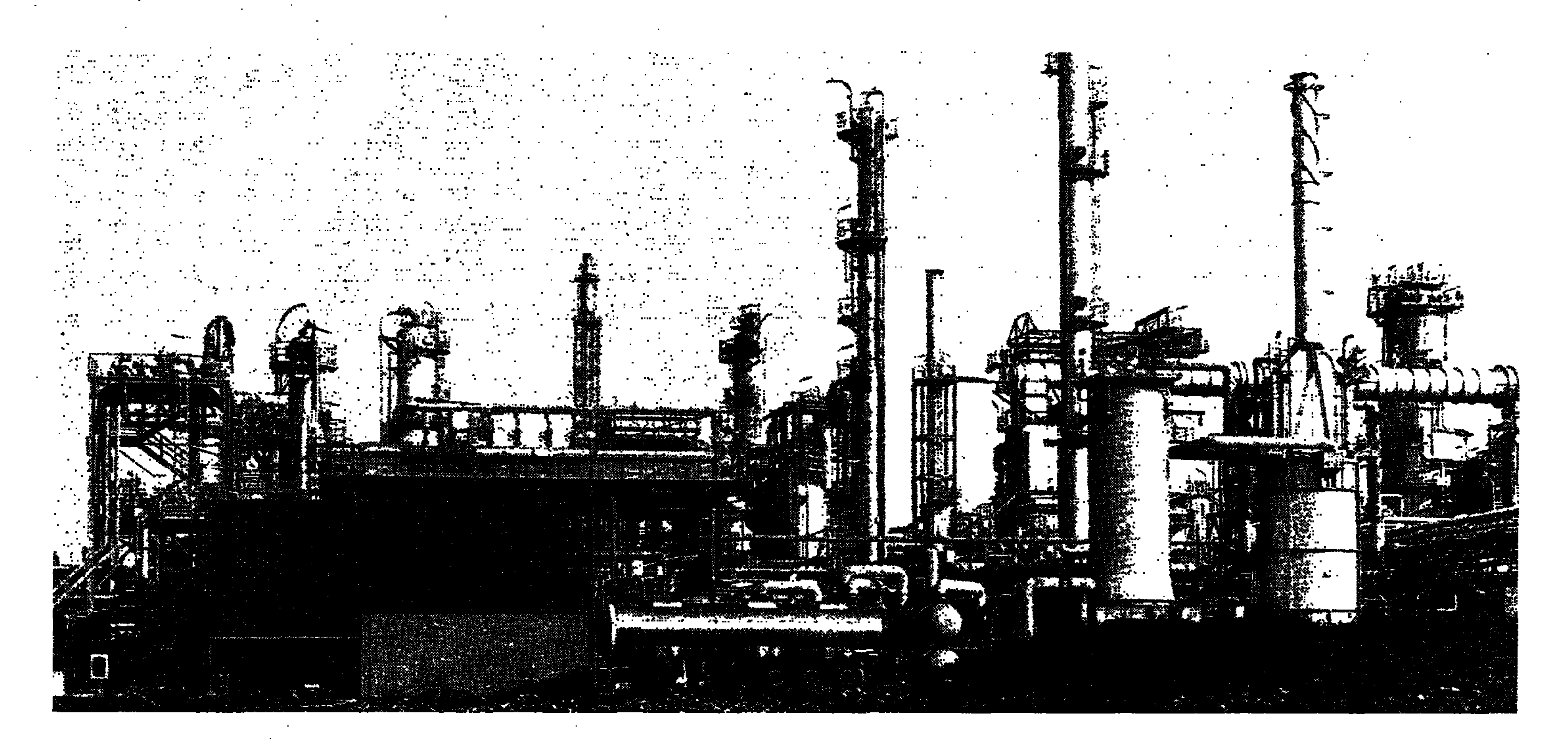
Für die Bopp + Reuther GmbH, Mannheim, Hersteller von Armaturen und Meßgeräten, haben sich 1984 die Erwartungen nicht voll erfüllt. Für 1985 rechnet der geschäftsführende Gesellschafter Karl Friedrich Reuther jedoch mit einer Besserung. Die günstige Chemiekonjunktur, der weitere Ausbau der Gasversorgung und die Belebung im Anlagenbau ließen einen Auftragszugang von zehn Prozent und ein Umsatzplus von etwa fünf Prozent erwarten.

Eine Auftragsbelebung erwartet das Familienunternehmen auch durch den Ausbau der Vertriebsorganisation im Ausland. Erworben wurde die Mehrheit an der Waugh Controls Corp., Los Angeles (Umsatz 20 Mill. DM), die als Hersteller von Meß-System-Elektronik das Programm der USA-Tochter Metric abrundet.

Bei unbefriedigender Auftragslage fiel 1984 der Umsatz der Bopp und Reuther GmbH um 6 Prozent auf 249 Mill. DM zurück; der Gruppenumsatz stagnierte bei 345 Mill. DM. Als Folge der Umsatzeinbuße hat sich 1984 den Angaben zufolge das Ergebnis abgeschwächt. Der nicht genannte Jahresüberschuß floß voll in die Rücklagen, die bei 34 Mill. DM Stammkapital mit 8,2 Mill. DM ausgewiesen werden. Die Gesellschafter verzichteten damit im vierten Jahr auf eine Gewinnausschüttung. Beschäftigt werden kaum verändert knapp 1900 Mitarbeiter. Die Investitionen, die 1984 bei 5,5 Mill. DM Abschreibungen 10,4 (9,3) Mill. DM betrugen, sollen 1985 etwa die Vorjahreshöhe erreichen.

Raffinierte Methoden.

Über Schweröl-Verarbeitung.



Über einen Mangel an Öl können wir zur Zeit nicht klagen. Doch keiner weiß, wie lange diese Situation anhalten wird. Nur eines ist sicher: Es kommt der Zeitpunkt einer Erschöpfung herkömmlicher Ölquellen.

Dann wird den unkonventionellen Öl-vorkommen große Bedeutung zukommen.

Dazu gehören schwere und extra-schwere Öle, Teersände und ölhaltige Gesteine – unsere wichtigsten Ressourcen für die Zukunft.

Aber: Die wirtschaftliche Nutzung dieser Vorkommen ist von neuen Technologien abhängig. Hier hat die VEBA weltweit anerkannten Know How-Vorsprung.

Erfahrungen, die früher im Rahmen der Kohleverflüssigung gewonnen werden konnten, machen sich heute bei der Verarbeitung der schweren und extra-schweren Rohöle bezahlt.

Das von VEBA hierfür entwickelte VEBA Combi-Cracking-Verfahren (VCC) gilt als führende Technologie – die erste Pilotanlage arbeitet seit mehr als zwei Jahren mit sehr guten Ergebnissen.

Die Fähigkeit, mit unkonventionellen, „raffinierten" Methoden Schwerölvorkommen zu nutzen, macht den Unternehmensbereich VEBA OEL zum begehrten, kompetenten Partner.

So konnte 1983 eine langfristige Kooperation mit Venezuela eingegangen werden – einem Land mit riesigen Schwerölvorkommen. Von dieser guten Zusammenarbeit profitieren beide Partner.

Das Interesse der Venezolaner liegt vor allem im Zugang zum deutschen Markt und in der Entwicklung von Technologien zur Förderung und Verarbeitung schwerer und schwerster Rohöle.

Für die VEBA bedeutet die Zusammenarbeit mit Petroleos de Venezuela/Lagoven die sichere Versorgung unseres Vertriebes – zum Vorteil unserer Kunden.

VEBA Heute.

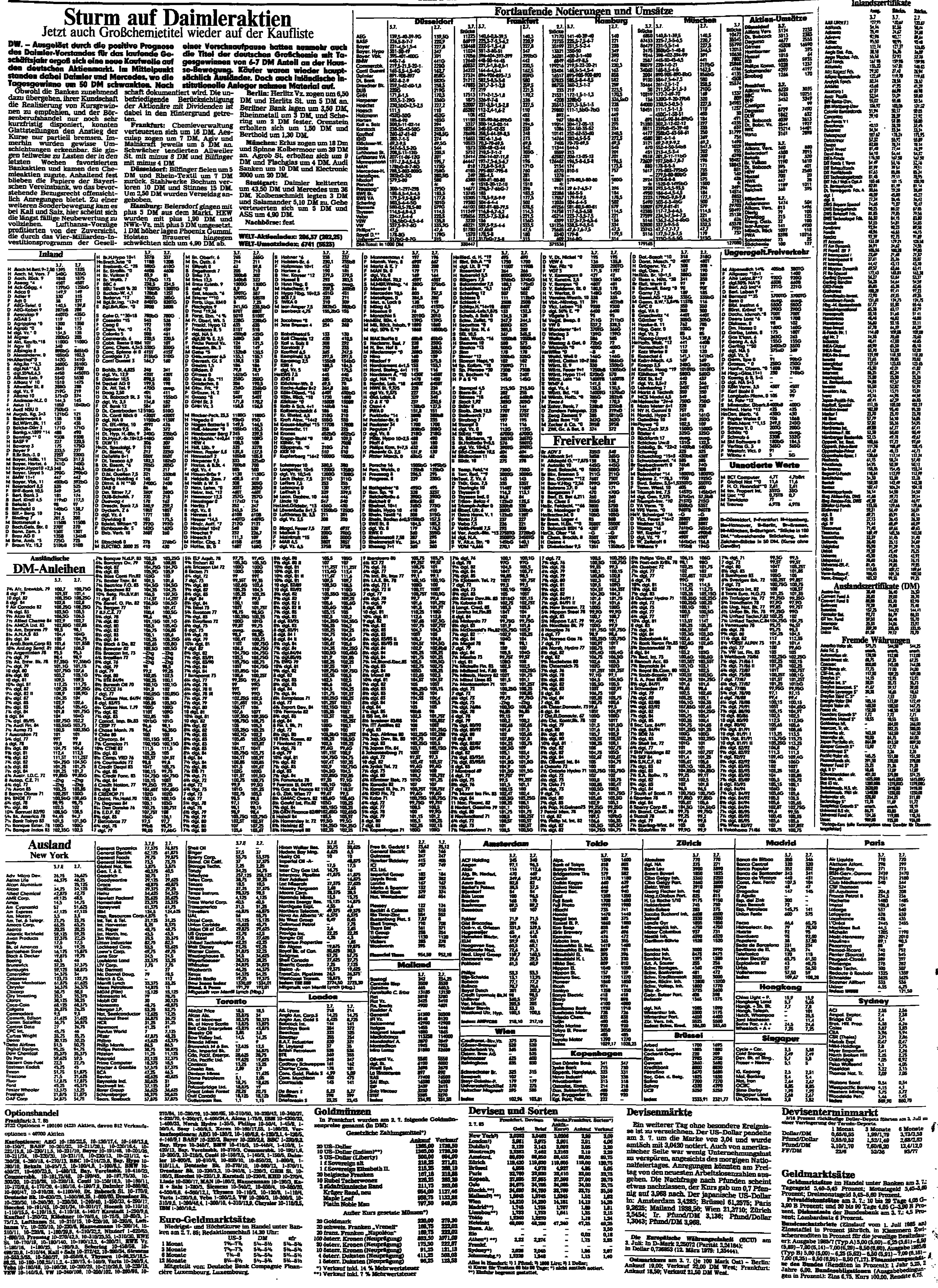
ELEKTRIZITÄT	CHEMIE	HANDEL & VERKEHR	MINERALÖL
Veba Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen	Hüls AG Marl	Stinnes AG Mülheim/Ruhr	Veba Oel AG Gelsenkirchen
	Bunawerke Hüls GmbH Marl	Brenntag AG & Co. Mülheim/Ruhr	Ruhr Oel GmbH Gelsenkirchen
Preussische Elektrizitäts-AG Hannover	Deutsche Hefewerke GmbH Hamburg	Rhenus AG Dortmund	Raab Karcher AG Essen
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG Hamburg	Röhm GmbH Chemische Fabrik Darmstadt	Midgard Dt. Seeverkehrs-AG Nordenham	Aral AG Bochum
Hann.-Braunschw. Stromversorgungs-AG Hannover	Phenolchemie GmbH Gladbeck	Stinnes-Trefz AG & Co. Stuttgart	Deminex-Dt. Erdöl-versorgungsges. mbH Essen
Schleswag Aktiengesellschaft Rendsburg	Nuodex New Jersey	Deutsche SB-Kauf AG & Co. oHG Bochum	Mark Producing
Thüringer Gas Aktiengesellschaft München			
		SONSTIGE	
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke Helmstedt	Veba Wohnungs-wirtschaft	Veba-Glas AG Essen	Ruhrkohle AG Essen

Die VEBA hat mit ihren 76.800 Mitarbeitern im Jahre 1984 einen Konzernumsatz von 49,9 Mrd. DM erzielt.
Neben der Bundesrepublik Deutschland (30 %) sind rund 600.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch ihre Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.

Wenn Sie mehr über Ölverarbeitung und andere Leistungen der VEBA wissen möchten, schreiben Sie uns bitte: VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.

VEBA

Die Serie wird fortgesetzt.



Sturm auf Daimleraktien

Jetzt auch Großchemietitel wieder auf der Kaufliste

DW. – Ausgelöst durch die positive Prognose des Daimler-Vorstandes für das laufende Geschäftsjahr ergoß sich eine neue Kaufwelle auf den deutschen Aktienmarkt. Im Mittelpunkt standen dabei Daimler und Mercedes, wo die Tagesgewinne um 50 DM schwankten. Nach einer Verschnaufpause hatten nunmehr auch die Titel der deutschen Großchemie mit Tagesgewinnen von 6-7 DM Anteil an der Hausse-Bewegung. Käufer waren wieder hauptsächlich Ausländer. Doch auch inländische institutionelle Anleger nahmen Material auf.

Obwohl die Banken zunehmend dazu übergehen, ihrer Kundschaft die Realisierung von Kursgewinnen zu empfehlen, und der Börsenberufshandel nur noch sehr kurzfristig disponiert, konnten Glattstellungen den Anstieg der Kurse nur partiell bremsen. Immerhin wurden gewisse Umschichtungen erkennbar. Sie gingen teilweise zu Lasten der in den letzten Wochen favorisierten Bankaktien und kamen den Chemieaktien zugute. Anhaltend fest blieben die Papiere der Bayerischen Vereinsbank, wo das bevorstehende Bezugsrecht offensichtlich Anregungen bietet. Zu einer weiteren Sonderbewegung kam es bei Kali und Salz, hier scheint sich die längst fällige Neubewertung zu vollziehen. Lufthansa-Vorzüge profitierten von der Zuversicht, die durch das Vier-Milliarden-Investitionsprogramm der Gesellschaft dokumentiert wird. Die unbefriedigende Berücksichtigung der Aktionäre mit Dividenden ist dabei in den Hintergrund getreten.

Frankfurt: Chemieverwaltung verteuerten sich um 16 DM. Aesculap zogen um 7 DM, Agiv und Mainkraft jeweils um 5 DM an. Schwächer tendierten Allweiler St. mit minus 8 DM und Bilfinger mit minus 4 DM

Düsseldorf: Bilfinger fielen um 5 DM und Rhein-Textil um 7 DM zurück. Stahlwerke Bochum verloren 10 DM und Stinnes 15 DM. Um 2,50 DM wurden Verseidag angehoben.

Hamburg: Beiersdorf gingen mit plus 5 DM aus dem Markt. HEW wurden mit plus 1,90 DM und NWk-Vz. mit plus 5 DM umgesetzt. 1 DM höher lagen Phoenix Gummi. Holsten Brauerei hingegen schwächten sich um 4,90 DM ab.

Berlin: Herlitz Vz. zogen um 6,50 DM und Herlitz St. um 5 DM an. Berliner Bank lagen um 3,50 DM, Rheinmetall um 3 DM, und Schering um 2 DM fester. Orenstein erholten sich um 1,50 DM und Berthold um 1,30 DM.

München: Erlus zogen um 18 Dm und Spinne Kolbermoor um 39 DM an. Agrob St. erholten sich um 9 DM und Flachglas um 4 DM. Audi Sanken um 10 DM und Electronic 2000 um 20 DM.

Stuttgart: Daimler kelterten um 43,50 DM und Mercedes um 36 DM. Kolbenschmidt legten 3 DM und Salamander 5,10 DM zu. Gebe verteuerten sich um 5 DM und ASS um 4,90 DM.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 286,37 (282,25)
WELT-Umsatzindex: 6741 (5525)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

... 420/13, Bay. Vereinsbk. 10-370/3, Commerzbk. 10-190/1,6, 10-200/3, 10-210/5, Conti 10-150/2,5, 1-140/2, 1-150/5, Daimler 10-800/6, 10-810/8, 10-820/10, 10-850/32, 1-800/8, 1-910/11,4, Deutsche Bk. 10-570/10, 10-580/12, 1-570/11, Dresdner Bk. 10-230/3,2, 10-240/6, 1-220/3, GHH St. 10-160/3, Hoechst 10-220/1,9, Karstadt 10-230/6, KHD 10-270/4, Linde 10-530/17, MAN 10-160/2, Mannesmann 10-190/3, Kali + Salz 1-280/5, Siemens 10-540/2, 10-550/4, 10-560/20, 4-550/6,6, 4-560/12,1, Thyssen 10-110/2, 10-120/8, 1-110/4, Varta 1-220/5,6, Veba 1-300/2,5, VW 10-290/3, 10-300/5, 10-310/9,5, 1-290/46,4, 1-300/10, 4-310/13,9, Chrysler 10-110/3,5, IBM 1-360/10,2.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2. 7. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅝–7¾	5¼–5½	5⅛–5⅜
3 Monate	7⅝–7¾	5⅜–5⅝	5¼–5⅜
6 Monate	7⅞–8	5⅜–5⅝	5¼–5½
12 Monate	8¼–8½	5½–5¾	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2. 7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1365,00	1738,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1365,00	1738,50
5 US-Dollar (Liberty)	500,00	694,00
1 £ Sovereign alt	218,25	271,61
1 £ Sovereign Elizabeth II.	215,25	268,19
20 belgische Franken	167,18	218,88
10 Rubel Tscherwonez	226,25	285,29
2 südafrikanische Rand	211,75	263,06
Krüger Rand, neu	954,00	1127,46
Maple Leaf	958,75	1132,88
Platin Noble Man	797,50	949,05

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	220,00	279,30
20 schweiz. Franken „Vreneli"	169,75	222,02
20 franz. Franken „Napoléon"	169,75	222,02
100 österr. Kronen (Neuprägung)	883,50	1071,08
20 österr. Kronen (Neuprägung)	175,50	222,87
10 österr. Kronen (Neuprägung)	91,25	121,13
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	411,25	503,08
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	96,25	123,58

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

2. 7. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,0383	3,0463	3,0208	2,99	3,09
London¹)	3,961	3,975	3,901	3,91	4,06
Dublin¹)	3,129	3,143	3,092	3,05	3,20
Montreal³)	2,2382	2,462	2,2163	2,19	2,29
Amsterd.	88,630	88,850	88,455	88,00	89,75
Zürich	119,420	119,620	119,005	118,00	120,75
Brüssel	4,958	4,978	4,927	4,86	5,05
Paris	32,700	32,920	32,410	32,00	33,75
Kopenh.	27,895	27,955	27,500	27,00	28,75
Oslo	34,675	34,795	34,085	34,00	35,75
Stockh.**)	34,680	34,760	33,780	33,75	35,50
Mailand²) **)	1,5645	1,5745	1,5345	1,52	1,62
Wien	14,210	14,250	14,181	14,13	14,35
Madrid**)	1,745	1,755	1,707	1,69	1,81
Lissabon**)	1,733	1,753	1,641	1,35	2,15
Tokio	1,2240	1,2270	–	1,18	1,24
Helsinki	48,090	48,290	47,240	47,25	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,22	2,274	–	1,75	2,55
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,026	2,046	–	1,96	2,07
Johannesbg.*)	1,5229	1,548	–	1,15	1,40

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Ein weiterer Tag ohne besondere Ereignisse ist zu verzeichnen. Der US-Dollar pendelte am 3. 7. um die Marke von 3,04 und wurde amtlich mit 3,0420 notiert. Auch von amerikanischer Seite war wenig Unternehmungslust zu verspüren, angesichts des morgigen Nationalfeiertages. Anregungen könnten am Freitag von den neuesten Arbeitslosenzahlen ausgehen. Die Nachfrage nach Pfunden scheint etwas nachzulassen, der Kurs gab um 0,7 Pfennig auf 3,968 nach. Der japanische US-Dollar in: Amsterdam 3,4285; Brüssel 61,2575; Paris 9,2625; Mailand 1938,50; Wien 21,3710; Zürich 2,5454; Ir. Pfund/DM 3,136; Pfund/Dollar 1,3043; Pfund/DM 3,968.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 3. Juli: In D-Mark 2,25072 (Parität 2,24184); in Dollar 0,736853 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 3. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

3/16 Prozent rückläufige Dollar-Depots führten am 3. Juli zu einer Verringerung der Termin-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,65/0,55	1,99/1,79	3,73/3,53
Pfund/Dollar	0,55/0,52	1,52/1,49	2,88/2,83
Pfund/DM	3,10/1,70	7,60/6,20	13,4/12,0
FF/DM	22/6	52/36	93/77

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3. 7.: Tagesgeld 5,40-5,45 Prozent; Monatsgeld 5,45-5,60 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45-5,60 Prozent.

Privatdiskontsätze am 3. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G-3,90 B Prozent. **Diskontsatz der Bundesbank** am 3. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,89) – 7,00 (6,14) – 7,00 (6,29) – 8,50 (6,60). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,62) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,95) – 8,50 (7,17). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,00. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,00, Rendite 6,75.

Renten weiter freundlich

Obwohl man sich von der bevorstehenden Sitzung des Zentralbankrates kaum noch zinssenkende Maßnahmen verspricht, blieb die Tendenz auf dem Rentenmarkt freundlich. Das ist vor allem Kaufaufträgen aus dem Ausland bei Bundesanleihen zu verdanken, deren Kurse erneut deutlich heraufgesetzt wurden. Das erleichtert natürlich die Plazierung der neuen 7prozentigen Weltbankanleihe mit ihrem Ausgabekurs von 99,50 Prozent. Die Plazierung schafft keine Probleme. Die Pfandbriefrenditen haben sich weiter leicht zurückgebildet.

Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging Silber aus dem Markt. Verluste in den vorderen Kontrakten und Gewinne in den entfernten Notierungen bei Kaffee. Bruchteilige Veränderungen bei Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	2.7.	1.7.
Juli	315,00	318,25
Sept.	318,25	320,00
Dez.	324,25	325,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cd.	2.7.	1.7.
St. Lawrence 1 CW	geschl.	242,24
Amber Durum		222,19
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	116,30	ge-
Okt.	122,60	schlos-
Dez.	127,10	sen
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	118,90	ge-
Okt.	108,50	schlos-
Dez.	108,30	sen
Hafer Chicago (c/bush)	2.7.	1.7.
Juli	150,50	149,75
Sept.	143,75	142,50
Dez.	146,50	145,75
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	269,50	267,75
Sept.	252,25	252,75
Dez.	248,00	247,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	2.7.	1.7.
Juli	124,00	ge-
Okt.	117,70	schlos-
Dez.	117,70	sen

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	2.7.	1.7.
Terminkontr. Juli	139,80	139,60
Sept.	141,50	142,85
Dez.	143,25	143,55
Kakao New York ($/t)	2.7.	1.7.
Terminkontr. Juli	2005	1998
Sept.	2050	2045
Dez.	2037	2028
Umsatz	5142	5880
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	2,67	2,80
Okt.	2,79	2,89
Jan.	3,00	3,20
März	3,44	3,58
Mai	3,64	3,80
Umsatz	6358	unerh.
Iso-Preis fob karibische Häfen US-c/lb	2.7.	1.7.
	2,75	2,81
Kaffee London (£/t) Robusta-	2.7.	1.7.
Kontrakt Juli	1840-1845	1854-1860
Sept.	1881-1882	1910-—
Nov.	1930-1933	1957-1960
Umsatz	3071	4646
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1735-1739	1726-1727
Sept.	1715-1715	1706-1707
Dez.	1576-1678	1569-1675
Umsatz	2249	6450
Zucker London (£/t) Nr. 6	2.7.	1.7.
Aug.	83,80-84,40	86,60-86,80
Okt.	87,60-88,00	90,20-90,40
Dez.	91,00-92,00	94,20-94,40
Umsatz	903	1063
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	3.7.	2.7.
schw. Sarawak spez.	777,50	777,50
weißer Sarawak	995,00	995,00
weißer Muntok	1005,00	1005,00
Orangensaft New York (c/lb)	2.7.	1.7.
Juli	140,50	139,60
Sept.	137,10	136,70
Nov.	134,85	134,20
Jan.	133,25	132,85
März	133,25	132,95
Umsatz	150	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	2.7.	1.7.
Südstaaten fob Werk	39,50	39,50
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,75	29,00
Sojaöl Chicago (c/lb)		
Juli	29,45	29,40
Aug.	28,10	29,85
Sept.	27,15	27,22
Okt.	26,25	26,30
Dez.	25,40	25,38
Jan.	25,00	24,95
März	24,94	24,75
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	30,00	30,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	19,50	19,50
Choice white hog 4% fr. F.	15,25	15,25
Talg New York (c/lb)		
top white	17,75	17,25
fancy	17,25	17,25
bleichfähig	17,75	15,75
yellow max. 10% fr. F	14,00	14,00
Schweine Chicago (c/lb)		
Juli	49,65	49,55
Aug.	48,00	47,90
Okt.	43,98	43,50
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	58,25	59,00
Aug.	58,95	59,67
Febr.	67,50	67,52
Rinder Chicago (c/lb)	2.7.	1.7.
Ochsen einh. schwere River Northern	52,00	52,50
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	555,50	553,00
Aug.	550,50	548,00
Sept.	545,00	541,50
Nov.	548,00	544,00
Jan.	558,75	554,00
März	569,00	565,00
Mai	575,50	573,25
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	118,90	117,70
Aug.	121,20	120,30
Sept.	123,00	123,00
Okt.	126,30	125,50
Dez.	131,50	130,80
Jan.	134,00	133,20
März	138,50	138,00
Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	2.7.	1.7.
Juli	326,50	ge-
Okt.	335,00	schlos-
Dez.	340,50	sen
Kokosöl New York (c/lb)	2.7.	1.7.
Westküste fob Werk	29,00	30,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	3.7.	2.7.
jegl. Herk. cif	955,00	955,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	698,00	698,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	527,50	530,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	202,00	197,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	525,00	525,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	280,00	272,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb)	2.7.	1.7.
Kontrakt Nr. 2:		
Juli	61,85	60,35
Okt.	61,45	60,95
Dez.	61,50	61,25
März	62,50	62,30
Mai	62,70	62,65
Juli	62,50	62,65
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	41,75	41,75
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	2.7.	1.7.
Aug.	Handel	Handel
Okt.	aus-	aus-
Dez.	gesetzt	gesetzt
Umsatz		
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge	2.7.	1.7.
Okt.	55,40	un-
Dez.	55,50	er-
März	53,50	hält-
Mai	55,50	lich
Umsatz	0	
Tendenz: ruhig		
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype	2.7.	1.7.
Juli	607,0-612,0	609,0-615,0
Okt.	621,0-623,0	621,0-622,0
Dez.	622,0-626,0	625,0-626,0
Umsatz	29	22
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	3.7.	2.7.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA ab Lager	2.7.	1.7.
Juli	12270	12262
Aug.	12275	12290
Kautschuk London (p/kg)	2.7.	1.7.
Nr. 1 RSS loco	66,00-69,00	66,00-69,00
Aug.	--75,00	--75,00
Sept.	--75,00	--75,00
Okt.	--77,00	--77,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	2.7.	1.7.
Juli	201,50-202,50	202,00-203,50
Aug.	195,50-196,50	195,50-197,00
Nr. 2 RSS Juli	194,50-195,50	195,00-196,00
Nr. 3 RSS Juli	192,00-193,00	192,50-193,50
Nr. 4 RSS Juli	187,50-188,50	188,00-189,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	3.7.	2.7.
BWC	575	575
BWD	550	550
BTC	575	575
BTD	550	550

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 lt. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	3.7.	2.7.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	304,09-304,49	303,43-303,83
drittfolg. Monat	312,83-313,05	312,19-312,59
Blei Bas. London		
laufend. Monat	120,24-120,44	121,05-122,25
drittfolg. Monat	120,44-120,64	121,45-121,65
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1570,13-1574,10	1613,51-1614,70
drittfolg. Monat	1584,04-1586,03	1614,70-1616,69
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	236,91-237,11	242,90-244,10
drittfolg. Monat	231,15-231,35	244,10-257,75
Produz.-Preis	268,07	269,10
Reinzinn 99,9%	4072-4112	4076-4116

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	3.7.	2.7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*	438,64-442,02	441,60-444,99
Blei in Kabeln	128,00-129,00	129,75-130,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Drahtbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und -bezieher

Messingnotierungen

	3.7.	2.7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	396-405	399-405
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	441-446	444-446
MS 63	445-451	447-453

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	3.7.	2.7.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,30	30,54

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	3.7.	2.7.
Leg. 225	340-345	345-350
Leg. 226	342-347	347-352
Leg. 231	372-380	377-385
Leg. 233	383-390	387-395

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

Platin (DM je g)		27,70
Gold (DM je kg Feingold)		
Basis-Vkfpr.	30840	30990
Rücknahmepr.	30090	30240
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31010	31160
Rücknahmepr.	30220	30380
verarbeitet	32530	32690
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	30385	30580
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	591,00	598,50
Rücknahmepr.	573,70	589,90
verarbeitet	617,00	624,70

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	3.7.	2.7.
London		
10.30	310,40	310,85
15.00	–	308,25
Zürich mittags	309,50-310,00	310,80-311,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	92860	95400
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	451,00	463,15
3 Monate	464,50	477,05
6 Monate	477,25	490,95
12 Monate	505,35	517,15
Platin (£/Feinunze)	2.7.	1.7.
London fr. Markt	197,15	200,80
Palladium (£/Feinunze)		
London f. Händlerpreis	71,80	73,95
New Yorker Preise	2.7.	1.7.
Gold H & H Ankauf	308,25	[illegible]
Silber H & H Ankauf	[illegible]	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	264,50-267,50	264,50-267,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	97,00-98,00	97,00-98,00
Produz.-Preis	150,50	150,50
Silber (c/Feinunze)		
Juli	589,50	592,20
Aug.	593,50	596,20
Sept.	597,50	600,00
Dez.	608,50	611,00
Jan.	613,[illegible]	616,40
März	623,00	626,60
Mai	629,80	632,50
Umsatz	14000	unerh.

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	2.7.	1.7.
Juli	58,25	58,75
Aug.	58,70	58,55
Sept.	59,13	58,95
Dez.	60,20	60,00
Jan.	60,50	60,40
März	61,15	61,35
Mai	61,85	61,55
Umsatz	9000	unerh.

Londoner Metallbörse

	3.7.	2.7.
Aluminium (£/t)		
Kasse	765,00-766,00	762,00-763,00
3 Monate	787,00-787,50	784,00-785,00
Blei (£/t)	302,50-305,00	306,00-307,00
3 Monate	303,00-303,50	305,00-305,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1083,0-1083,5	1088,5-1089,0
3 Monate	1090,0-1090,5	1096,5-1097,0
abends Kasse	–	1083,5-1084,0
3 Monate	–	1091,0-1091,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1062,0-1063,0	1076,0-1077,0
3 Monate	1074,0-1076,0	1084,0-1085,0
Zink (£/t) Kasse	596,00-598,00	610,00-613,00
3 Monate	581,50-582,00	596,00-597,00
Zinn (£/t) Kasse	9615-9620	9575-9580
3 Monate	9450-9451	9445-9455
Quecksilber ($/Fl.)	–	285-290
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	56-60

Arbeit ist nicht Beruf,
sondern Leben.
Marc Chagall

Dr.-Ing. Erdmann Grübnau

geb. 16. 9. 1899 gest. 2. 7. 1985

Wir lieben Dich, Deine Haltung bleibt uns Vorbild. Du fehlst uns.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied

Luise Grübnau geb. Ruthe
Lutz Erdmann Grübnau und Frau Inge
Ute Seifert geb. Grübnau und
Baldur Seifert
Enkel: Sigrid Hofmaier geb. Seifert und
Konrad Hofmaier
Hartmut Seifert, Michael Grübnau und
Urenkel Sebastian

Baden-Baden, Kalkbrenner Weg 4

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 5. Juli 1985, um 15 Uhr von der Friedhofskapelle in Baden-Baden-Steinbach aus statt.

Von Beileidsbezeugungen bitten wir Abstand zu nehmen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

FINANZANZEIGEN

HAMBORNER BERGBAU AKTIENGESELLSCHAFT

Duisburg-Hamborn

– Wertpapier-Kenn-Nr. 601 300 –

Dividendenbekanntmachung

Die Hauptversammlung vom 3. Juli 1985 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1984 eine Dividende von 7,– DM zuzüglich einer Sonderausschüttung von 1,– DM auf jede Aktie im Nennbetrag von 50 DM zu zahlen. Das entspricht einem Ausschüttungssatz von 16 % auf das Grundkapital von 37,95 Mio DM.

Die Auszahlung wird ab 4. Juli 1985 nach Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 34 vorgenommen.

Zahlstellen sind die nachstehend genannten Kreditinstitute und deren Niederlassungen:

Dresdner Bank AG, Düsseldorf/Frankfurt (Main)/Hamburg,
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin,
Deutsche Bank AG, Düsseldorf/Frankfurt (Main)/Hamburg,
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin,
Bankhaus H. Aufhäuser, München,
Berliner Commerzbank AG, Berlin,
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt (Main)/Berlin,
Commerzbank AG, Düsseldorf/Frankfurt (Main)/Hamburg,
Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln/Frankfurt (Main),
J. H. Stein, Köln,
Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf/Essen/Frankfurt (Main),
Westfalenbank AG, Bochum/Düsseldorf,
Commerz-Credit-Bank AG Europartner, Saarbrücken,
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken,
Deutsche Länderbank AG, Frankfurt (Main)/Berlin.

Mit der Dividende nebst Sonderausschüttung ist ein Steuerguthaben von 4,50 DM je Aktie verbunden, das auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet wird. Die Auszahlung erfolgt ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und zuzüglich der Körperschaftsteuergutschrift, wenn ein inländischer Aktionär seiner Depotbank eine Freistellungsbescheinigung seines Finanzamts (Nicht-Veranlagungsbescheinigung) vorlegt.

Duisburg-Hamborn, den 4. Juli 1985

Der Vorstand

HEW

HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE AG

Hamburg

– Wertpapier-Kenn-Nummer 601 200 –

Bogenerneuerung

Für unsere **Stammaktien** werden ab 15. Juli 1985 gegen Einreichung der Erneuerungsscheine neue **Gewinnanteilscheinbogen** – enthaltend die Gewinnanteilscheine Nr. 41–60 und Erneuerungsschein – bei nachstehend aufgeführten Kreditinstituten bzw. ihren Niederlassungen kostenfrei ausgegeben.

Hamburgische Landesbank – Girozentrale –, Hamburg
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft, Berlin
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft, Berlin
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft, Berlin
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –, Berlin/Frankfurt a. M.
Conrad Hinrich Donner, Hamburg
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft, Hamburg
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg

Die Depotbanken werden gebeten, die Erneuerungsscheine nach Nennbeträgen und Nummernfolge geordnet mit einem Verzeichnis in dreifacher Ausfertigung bei einem der vorgenannten Kreditinstitute einzureichen.

Aktionäre, deren Aktien bei einem Kreditinstitut verwahrt werden, haben wegen Entgegennahme der neuen Gewinnanteilscheinbogen nichts zu veranlassen.

Die Aktien-Urkunden der Hamburgische Electricitäts-Werke Aktiengesellschaft werden vom 15. Juli 1985 bis 14. August 1985 entweder mit dem Erneuerungsschein oder mit dem neuen Gewinnanteilscheinbogen, vom 15. August 1985 an nur noch mit dem neuen Gewinnanteilscheinbogen lieferbar sein.

Hamburg, im Juli 1985 **Der Vorstand**

VEBA

VEBA Aktiengesellschaft
Bonn und Berlin · Verwaltungssitz 4000 Düsseldorf 30 · Karl-Arnold-Platz 3 · Postfach 30 10 51
Wertpapier-Kenn-Nummern: 761 440/761 441

EINLADUNG

Hiermit laden wir die Aktionäre unserer Gesellschaft ein zur ordentlichen Hauptversammlung am Donnerstag, dem 22. August 1985, 10.00 Uhr in Düsseldorf, Stadthalle, Eingang Fischerstraße

Tagesordnung der Hauptversammlung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1984 mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes und dem Bericht des Aufsichtsrates sowie Vorlage des Konzernabschlusses mit dem Konzerngeschäftsbericht
2. Verwendung des Bilanzgewinns aus dem Geschäftsjahr 1984
3. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1984
4. Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1984
5. Zustimmung zur Eingliederung der Preußischen Elektrizitäts-AG, Hannover, in die VEBA AG
6. Zustimmung zur Eingliederung der Chemie-Verwaltungs-AG, Düsseldorf, in die VEBA AG
7. Zustimmung zum Abschluß eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages mit der Hüls AG, Marl
8. Beschlußfassung über die bedingte Erhöhung des Grundkapitals zur Gewährung von Umtauschrechten an die Aktionäre der Preußischen Elektrizitäts-AG, Hannover, die Aktionäre der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG, Hamburg, und die Aktionäre der Chemie-Verwaltungs-AG, Düsseldorf, sowie über die entsprechende Änderung der Satzung
9. Ermächtigung des Vorstandes zur Erhöhung des Grundkapitals (genehmigtes Kapital) zur Begebung von Belegschaftsaktien
10. Änderung von § 15 der Satzung (Aufsichtsratsvergütung)
11. Ersatzwahl zum Aufsichtsrat
12. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985

Der vollständige Wortlaut der Einberufung dieser Hauptversammlung ist im Bundesanzeiger Nr. 120 vom 4. Juli 1985 veröffentlicht.

Der Vorstand wird etwaige Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären gemäß §§ 125 ff AktG nur mitteilen, wenn die Antragsteller ihre Aktionärseigenschaft nachweisen.

VEBA-Aktionärsversammlungen

Die VEBA wird auch in diesem Jahr wieder in drei Städten Aktionärsversammlungen durchführen, um über den Geschäftsverlauf des Konzerns und die Tagesordnung der Hauptversammlung zu berichten und die Fragen ihrer Aktionäre zu beantworten.

Die Aktionärsversammlungen finden in folgenden Städten statt:

Hamburg Donnerstag, 25. Juli 1985, 18.00 Uhr, Congress Centrum Hamburg, Festsaal (Saal 3), Am Dammtor

Berlin Dienstag, 30. Juli 1985, 18.00 Uhr, Prälat Schöneberg, Großer Festsaal und Marmorsaal

München Donnerstag, 1. August 1985, 18.00 Uhr, Schwabinger Bräu, Großer Festsaal, Leopoldstraße, Eingang Feilitzschstraße

Der Besuch dieser Veranstaltungen ist im Gegensatz zur Hauptversammlung ohne besondere Einlaßkarten möglich.

Gäste sind herzlich willkommen!

TRITON-BELCO Aktiengesellschaft HAMBURG

– Wertpapier-Kenn-Nummer 749 400 –

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 2. Juli 1985 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1984 zur Ausschüttung einer Dividende von 3,- DM je Aktie im Nennbetrag von 50,- DM zu verwenden.

Die Dividende wird ab 3. Juli 1985 gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 39 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer *bei den nachfolgenden Stellen ausgezahlt:*

Kasse der Gesellschaft, Alter Teichweg 15–25, 2000 Hamburg 76
Deutsche Bank AG, Hamburg
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Hamburg
Bankhaus Joh. Berenberg, Gossler & Co., Hamburg
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –, Hamburg

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden, das bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Aktionären ebenso wie die Kapitalertragsteuer auf Einkommen- und Körperschaftsteuer angerechnet wird.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes eingereicht hat. In diesem Falle wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Der Vorstand



Polnische Freiheiten

JGG – In Polen ist alles anders. Während man in den übrigen kommunistischen Staaten darauf achtet, die „Ingenieure der menschlichen Seele“ in einem Schriftstellerverband zu bündeln, huldigen die Polen neuerdings der Devise „divide et impera“. So überraschte dieser Tage die Warschauer Kultur-Monatsschrift „Radar“ mit der Mitteilung, daß aus dem neuen regimekonformen Schriftstellerverband die Übersetzersektion aus- und dem Verband polnischer Übersetzer angegliedert wurde. Einem Verband also, der bislang die Interessen von Konferenz-, Gerichts- und sonstigen Dolmetschern ohne literarische Ambitionen vertrat.

Der neue Literatenverband zählt – laut „Radar“ – allerdings erst 736 Mitglieder und Kandidaten. Das sind weniger als die konkurrierende „Vereinigung polnischer Autoren“, die seit 1982 besteht; hat. Ursprünglich wollte man beide Verbände zum Jahresende unter einen Hut bringen. Doch im Zuge der neuen Taktik hört man davon inzwischen nichts mehr.

Und schließlich gibt es noch den „Polnischen Schriftstellerverband in der Fremde“ (Hauptsitz London), der rund hundert Mitglieder zählt. Er ist die Unbekannte in der Warschauer Rechnung. Ihm gehören mit Slawomir Mrozek an der Spitze nämlich viele von den 80 Schriftstellern an, die laut Parteiblatt „Glos Pomorza“ (Stimme Pommerns) sich im „westlichen Ausland aufhalten und dort die weitere politische Entwicklung abwarten“.

Die „Vereinigung polnischer Autoren“ hat inzwischen Ortsgruppen in jeder der 49 Woiwodschaftshauptstädte. Auch da kann – laut „Glos Pomorza“ – der Literatenverband nicht mithalten. Er verfügt nur über 17 Woiwodschaftsverbände. Ein Funktionär verriet dem Blatt außerdem, daß der Verband noch nicht überall als Gesprächspartner akzeptiert werde, Auslandskontakte gebe es nur mit den Schriftstellerverbänden in „sozialistischen Bruderstaaten“, und selbst da spüre man Vorbehalte.

Offenbar kennt der Funktionär nicht, was jede Pole kennt. Jene Textpassage aus dem „Dresdner Totenfest“ von Adam Mickiewicz, Polens Nationaldichter. Da heißt es: „Ich soll frei sein . . ? Ja, ich weiß nicht, woher die Mär kam, doch ich weiß, was Freiheit von des Moskowiter Gnaden heißt. Die Schurken nehmen mir die Fesseln von Händen und Füßen und pressen die Seele hinein.“

Ein Film, ein Mozart-Zyklus, ein Neubau: Brüssels Oper als geistiges Zentrum

Don Juan versinkt im Moor

Wie solche Sachen eben zustande kommen: Die belgische Lotterie feierte 50. Geburtstag und wollte was Gutes für die Kultur tun. Die Oper sollte davon profitieren, nicht nur materiell, mehr noch ideell. Einen Film über die Oper, vor und hinter den Kulissen, wollte die Lotterie bezahlen, damit man auch in der Provinz und auch im Kino einmal etwas vom Leuchten dieses neuerdings so hell polierten Sterns mitbekäme.

Der belgische Filmregisseur André Delvaux wollte einen Film über die Oper drehen, oder richtiger noch: mit der Oper. Eine Verzahnung von Oper, Wirklichkeit und Film herstellen, ähnlich wie es Carlos Saura mit „Bluthochzeit“ und „Carmen“ für das Ballett geschafft hatte. Er wollte dem weiblichen Mythos der Carmen den männlichen Widerpart entgegenstellen: Don Juan. Und es traf sich, daß die Brüsseler Oper im Rahmen ihres Mozart-Zyklus just den „Don Giovanni“ vorbereitete, in der Regie von Karl Ernst Herrmann.

Erst Bühnenbildner, bald auch Regisseur der Berliner Schaubühne, hat sich Herrmann mehr Zeit als die meisten seiner Kollegen gelassen, bis er sich die Arbeit in der Oper zutraute. Er hat dann sein Debüt in Brüssel gegeben, mit Mozarts „Titus“, jenem ersten Höhepunkt eines Mozart-Zyklus, der sich inzwischen zu einer der bedeutendsten Attraktionen des europäischen Theaters (nicht nur der Oper) ausgewachsen hat: mit Luc Bondys „Cosi fan tutte“, Patrice Chéreaus „Lucio Silla“ und eben Karl Ernst Herrmanns „Don Giovanni“ (Christoph von Dohnányis Frankfurter „Hochzeit des Figaro“ in Freyer-Bildern und ein „Idomeneo“ unter Deflo vervollständigen das Mozart-Programm, das sich auch im nächsten Jahr noch nicht den deutschen Opern Mozarts widmet, sondern die „Finta giardiniera“, wieder unter Herrmann, vorzieht).

Es kann kein Zufall sein, wenn sich Künstler von den verschiedensten Positionen aus, Delvaux als Filmer, Herrmann als Schauspiel-Regisseur, einem Opernhaus annähern, es einbeziehen wollen in ihr Tun, aus ihm offenbar Lust zur Arbeit schöpfen. Wäre Oper hier bloß bürgerliche Kunstunterhaltung mit angenehmer Musik, wozu sie im deutschen Abonnementssystem ja mehr und mehr herunterkommt, könnte sie diese Leute kaum verführen.

Oper hat in Brüssel den Vorzug der Fremdsprachigkeit, die ja auch eine Art von Sprachlosigkeit ist. Während Sprechtheater stets nur einer der beiden belgischen Sprachparteien zugehörig sein kann, der flämischen oder der wallonischen, legt sich die Oper, die nie flämisch und kaum einmal französisch zu spielen braucht, wie eine Klammer über die sprachgespaltene Theaterszene des Landes. Das ist ein Platzvorteil, aber mehr nicht. Denn lange genug hat auch Brüssels Oper in provinzieller Genügsamkeit vor sich hingebrasselt.

Schluß damit gemacht hat erst vor vier Jahren Gérard Mortier, der unter Barfuss in Düsseldorf und dann bei Dohnányi in Frankfurt das Opernmetier erlernte und die Lektionen des Regietheaters besser studiert hat als alle deutschen Intendanten. Daß sich auf der Musikbühne eine neue und zukunftsweisende Ästhetik des Theaters formulierte, war auch ihm klar. Daß der Skandal nicht die substantielle Erneuerung ersetzen kann, ebenso. Die Krachmacher der Szene blieben Brüssel fern. Leute wie Bondy und Herrmann aber, genaue, skrupulöse, feinnervige Regisseure, konnten hier in Ruhe in einem geordneten Stagione-Betrieb arbeiten.

Die Brüsseler Opernbühne wurde so zu einem Forum für künstlerische Behauptungen, die von der musischen und geistigen Elite Belgiens, aber auch der Nachbarländer Frankreich, Niederlande, Deutschland, nicht mehr ignoriert werden konnten. Das gelingt der Opernbühne selten, zuletzt wohl bei Wieland Wagners neuem Bayreuth, aber es ist möglich. Die äußeren Zeichen einer solchen Ausstrahlung haben zum Teil etwas Rührendes: Theaterbusse, die von Paris aus zu den Brüsseler Sonntagsmittags-Aufführungen verkehren!

Wahrscheinlich war das gar nicht das, was der Film-Regisseur André Delvaux in seinem „Babel Opéra ou La Répétition de Don Juan“ zeigen wollte. Es geht da um einen Filmer und Fotografen, der einen Don-Juan-Film drehen will und nach den Schauplätzen dieses Films sucht: Sein Don Juan wird nicht ins Höllenfeuer stürzen, sondern in den flandrischen Mooren versinken. Für den Friedhof, auf dem die Statue des Komturs zu reden beginnt, findet jener Regisseur namens François eine spannende Parallele: ein Stück Ödland zwischen Bahngleisen, auf dem die numerierten Steine des abgetragenen Volkshauses von Horta lagern, auf ihren ungewissen Wiederaufbau wartend. Die Bauernhochzeit ließe sich ersetzen durch das Volksfest beim Gelingen eines Glockengusses, ein in Flandern noch in letzter Blüte stehendes Handwerk.

So reiht sich in Delvaux' Film ein großes belgisches Kulturpanorama aneinander, das indessen immer wieder der Beziehung nimmt auf die „Don-Giovanni“-Produktion unter Herrmann, die in Brüssel in entspannten und dann wieder hektischen Proben heranreift. In deren Umfeld treibt jene Filmfigur des François nämlich einiges Don-Juan-Unwesen, besonders bei einer Wochenend-Fête der Mitwirkenden und weiter an der Produktion Beteiligten, die in Delvaux' Film durchaus zu einer Parallele des Festes auf dem Schloß von Don Giovanni wird.

Anders als Saura in seinen Hinterbühnenfilmen – dort wird ja die Bühnenhandlung ganz strikt übersetzt ins Privatleben – fängt Delvaux die Parallelen auf eine eher zufällige Art ein, entwickelt daraus nicht nach Saura-Manier das veristische Ersatz-Drama. Und so ist auch der moralisierende Titel des Films, eben „Babel Opéra“, nicht ernst zu nehmen: Von einem Sündenbabel kann da die Rede nicht sein, wohl aber von einem sehr heutigen und bewußten Leben vor und hinter den Kulissen. „Babel“ ist die Oper allenfalls wegen des Sprachgewirrs ihrer Sänger.

Jener Film-Don Juan namens François ist am Schluß der Geprellte: Er muß zusehen, wie seine „Zerline“ mit ihrem „Masetto“ auf eben jenen Karten die Premiere besucht, die er für sich besorgt hatte. C'est la vie – und eine Höllenfahrt gibt es nur auf Herrmanns Bühne, während die von François verlassene Sandra alias Donna Elvira tatsächlich ins Kloster geht.

Die Brüsseler Oper beendet mit diesem vergnüglichen wie nachdenklichen Film (dessen Kinochancen gleichwohl gering sein dürften) das Kapitel ihres Neuanfangs. Das Théâtre Royal de la Monnaie, vor ein paar Jahren im Zuschauerraum wieder auf Festlichkeit in Gold und Plüsch getrimmt, bekommt eine neue Bühnentechnik, neue Arbeitsräume und so weiter verpaßt. Die nächsten vierzehn Monate bleibt das Haus geschlossen. Die Oper spielt während dieser Zeit im dazu umgerüsteten Cirque Royal, im Parktheater und fleißigst auf Tourneen, denn für die Mozart-Aufführungen liegen Einladungen aus ganz Europa vor.

So kommt es im November zu einer Deutschland-Tournee, deren Programm noch nicht feststeht, in Nanterre bei Paris zu einer Saison mit „Cosi fan tutte“ und bei den Wiener Festwochen zu Gastspielen mit „Cosi“ und der „Gärtnerin aus Liebe“. Daß die Brüsseler Oper diese Bewährungsprobe eines Lebens aus dem Koffer überstehen wird, ist ihr sehr zu wünschen. Denn wozu sonst die fast 30 Millionen Mark in den Umbau stecken? REINHARD BEUTH



Vom Orient inspiriert: „Harmonie in Gelb“, 1928 von Henri Matisse gemalt. Aus der Lausanner Ausstellung FOTO: KATALOG

Lausanne: Kunst aus schweizerischen Sammlungen

Unbekannte Bekannte

„De Cézanne à Picasso“ ist ein Allerweltstitel. Aber es ist keine Allerweltsausstellung. Das liegt an der Herkunft der Bilder wie an dem Haus, in dem sie gezeigt werden. Die Stiftung Hermitage in Lausanne hat ihren Sitz in einer herrschaftlichen Villa mit Park, die einen großartigen Blick über die Stadt auf den Genfer See gewährt.

Dieser Gutsbesitz aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurde der Stadt 1976 mit der Auflage geschenkt, ihn stilecht zu erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das geschieht nach einer grundlegenden Renovierung seit vorigem Jahr u. a. jeweils mit einer großen Sommerausstellung.

Diesmal ist sie den Spätimpressionisten, den Fauves und der Ecole de Paris gewidmet. Gezeigt werden 120 Gemälde vorwiegend aus privaten Sammlungen der französischen Schweiz. Das hat den großen Reiz, daß es sich um weitgehend unbekannte Bilder von bekannten Künstlern handelt.

Da sind z. B. von Maillol „Die Wäscherinnen“ (1893), eines der wenigen Gemälde des Bildhauers, oder eine „Landschaft bei l'Estaque“ (1907) von Braque zu sehen, die eher an Cézanne als an den Kubisten erinnert. Da findet man ein fast naturalistisches „Stilleben mit Früchtekorb und schwarzem Krug“ (1922) von André Derain, ein fast impressionistisches „Stilleben mit schwarzer Flasche“ (1895) von Matisse oder eine farbenprächtig naive Variation von Goyas und Manets Balkonszenen von van Dongen.

Jules Pascin ist mit zwei bemerkenswerten Porträts (und einer schwachen „Tänzerin“) vertreten, die die zupackenden und doch zarten Stimmungen seiner Zeichnungen ins Malerische übersetzen. Unter den drei Gemälden von Modigliani fällt das ein wenig melancholische „Porträt von Louise“ (1917) auf, und ganz ungewöhnlich erscheinen Chaim Soutines „Patissier“ und die „Frau im roten Kleid vor blauem Hintergrund“ (beide um 1927), eigenartig skeptisch-distanzierte Bildnisse, die den Betrachter anziehen und doch unnahbar bleiben.

Es handelt sich bei den Bildern durchweg um mittlere und kleinere Formate, die in den zurückhaltend möblierten und mit Teppichen ausgelegten Zimmern, ehemaligen Wohnräumen, gut zur Geltung kommen. Aber auch im zu Galerien ausgebauten Dachgeschoß mit seiner urtümlichen Balkenkonstruktion wie in dem karg gekalkten, rauh gepflasterten Keller können sich die Gemälde und Kleinplastiken vorzüglich entfalten. Es ist die Atmosphäre des Privaten, Wohnlichen, von der diese ganz unmuseale Ausstellung profitiert (Bis 20. Okt.; Katalog 35 sfr). PETER DITTMAR

JOURNAL

Künftige Finanzierung der „Villa Vigoni“ unklar

DW. Bonn

Wie die „Villa Vigoni“ am Comer See als deutsch-italienisches Kulturzentrum künftig finanziert werden soll, ist noch nicht endgültig geklärt. Der Haushaltsausschuß des Bundestages hatte kritisiert, die Regierung hätte vor Übernahme des Hauses, das der 1983 verstorbene Mailänder Adlige Ignazio Vigoni Medici de Matignano der Bundesrepublik vermacht hat, das Parlament befragen müssen. 650 000 Mark wurden dann jedoch jetzt für die ersten Veranstaltungen freigegeben. Eröffnet wird das Kulturzentrum am kommenden Montag mit einer Wissenschaftstagung. Eine Dauerfinanzierung kann der Bund, so Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms, nicht garantieren. Die Bundesländer und private Förderer seien darum zu einer Beteiligung aufgerufen. Die „Villa Vigoni“ soll eventuell von einer Stiftung getragen werden.

Graphische Arbeiten von Albert Ebert

DW. Hannover

Als der Kunstverein Hannover 1979/80 „Kunst aus der DDR – Bezirk Halle“ zeigte, fand der Maler Albert Ebert besonderes Interesse – eines seiner kleinen Gemälde wurde gestohlen. Das hat den Kunstverein jedoch nicht abgeschreckt, jetzt in einer Einzelausstellung das graphische Werk des hallischen Naiven mit akademischem Hintergrund vorzustellen. Ebert (1906-1976) nimmt im Kunstbetrieb der „DDR“ eine Sonderstellung ein, weil er sich nie auf politische Themen einließ. Seine Graphiken und Gemälde beschränken sich auf freundliche Alltagsszenen und Akte, meist in sehr kleinen Formaten, sympathisch und nicht ohne Humor. Die Ausstellung dauert bis zum 4. August, der Katalog kostet 28 Mark.

Frauen-Musik-Festival am Rande der Wüste

pgz. Tel Aviv

Ein internationales Musik-Festival in Beerschewa, der israelischen Stadt am Rande der Negev-Wüste, soll im Juni 1986 zum ersten Male Komponistinnen und Musikerinnen aus allen Gebieten des Musizierens zusammenbringen: von der kompositorischen Avantgarde bis zu Jazz und Rock. Konzerte, Kabarett, Jam-Sessions, Volksmusik, Tanz und ein Symposion zur Rolle der Frau in der Musikgeschichte werden als Höhepunkt eine Multi-Media-Show im „Ramon-Krater-Park“ achtzig Kilometer südlich der Stadt haben. Die Leitung des Festivals lädt interessierte Teilnehmer aus aller Welt ein, Programmvorschläge zu unterbreiten: c/o Ms. Liora Moriel, P. O. B. 3391, Beerschewa 84130, Israel.

Retrospektive zum Werk Dubuffets

DW. Nizza

Eine Retrospektive zum Werk des kürzlich verstorbenen Malers und Bildhauers Jean Dubuffet ist vom 6. Juli an in der Maeght-Stiftung in Saint-Paul-de-Vence an der Côte d'Azur zu sehen. Gezeigt werden 150 Gemälde, Zeichnungen und Plastiken aus allen Schaffensperioden des Künstlers.

Wilhelm Reinking †

dpa, Berlin

Wilhelm Reinking, Bühnenbildner, Librettist, Übersetzer und Essayist, ist im Alter von 88 Jahren in Berlin verstorben. Als Partner der Regisseure Carl Ebert und Arthur Maria Rabenalt hatte Reinking Anteil an der Erneuerung des modernen Musiktheaters in Deutschland in der Zeit von 1927 bis 1933. 1954 wurde Reinking unter Ebert zum Leiter des Ausstattungswesens der Städtischen Oper Berlin berufen und blieb auch der „Nachfolgerin“, der 1961 eröffneten Deutschen Oper, verbunden. In dem 1979 erschienenen „Spiel und Form“ stellt Reinking sein Schaffen für die Bühne dar. Sein Archiv ging 1975 an das Literaturarchiv des Schiller-Nationalmuseums Marbach.

Deutsche Erstaufführung von Ayckbourns „Einer für Alles“ in Mannheim

Eine Unterhose sorgt für den Humor

Nur ein mäßiges Vergnügen bietet das Schauspiel „Einer für Alles“ von Alan Ayckbourn, „Schauspiel mit Musik und Originaltexten der Bettleroper von John Gay“. Diese Originaloper wird von einer Liebhabergruppe einer englischen Kleinstadt geprobt, und während und neben den Proben geschehen einige ähnliche Dinge wie zwischen den Schurken und Weibern der Bettleroper.

Aber nur einige ähnliche Dinge. John Gays „Bettleroper“ von 1728 ist keine Oper mit Bettlern, sondern eine scharfe Satire auf Adel und Minister, die genauso räuberisch wie die Straßenräuber, und die ihre Ehefrauen nicht anders behandeln, nämlich schlecht, und nett nur zu ihren Huren sind. Von dieser auch heute noch bedenkenswerten Hauptsache ist bei Ayckbourn keine Spur geblieben. Er hält sich an die erotischen Momente. Zwei verliebte Frauen (genauso wie in der Bettleroper, die sie gerade proben) streiten sich um Herrn Guy Jones, den Darsteller des Macheath. Sie waren beide schon mit Herrn Jones im Bett, und in einem Kaffeehaus werden sie aus Rivalität handgreiflich, wobei eine Unterhose für den Humor sorgt.

Jones, der Darsteller des Straßenräubers Macheath, enttäuscht dann sämtliche Erwartungen und Vorschußbewunderungen des Liebhaberensembles. Er arbeitet in der geheimnisvollen „multinationalen diversifizierten BLM“ und kann vermutlich hervorragende Tips geben, zum Beispiel über die Frage der Firmenexpansion und folglich der Chance, angrenzende Grundstücke lukrativ anzubringen, wenn man sie jetzt rasch und billig kauft. Aber am Abend der Premiere sieht alles ganz anders aus. Eine der beiden Geliebten will sich scheiden lassen und mit ihm ein neues Leben anfangen, aber Jones hat keine Lust oder keinen Mumm dazu, ihr Ehemann erfährt die Geschichte und nennt ihn ein gemeines Schwein, auch alle übrigen Bewunderer inklusive der zweiten Bettgenossin schütten ihre Verachtung über ihn aus, denn just an diesem Tag hat die BLM 500 Mitarbeitern gekündigt, und unter den 300 Verbleibenden befindet sich Mr. Jones – nicht.

In diesem Zustand, alle voller Wut oder Verachtung oder gar Verzweiflung, spielen sie mit großem Erfolg die Bettleroper, von der wir die Schlußszene unterm Galgen sehen. Diese Szene ist Originaltext aus Gays Bettleroper, und die Trauer der Geliebten wie auch der Zorn der Gaffer klingt jetzt richtig passend für die private Stimmung der bürgerlichen Dilettanten. Das ist der einzige packende Einfall, aber erst in der letzten Minute. Und außerdem wird Macheath begnadigt, wie in Gays Stück, aber privat wird der Spieler Jones keineswegs begnadigt.

Das wär's denn. Daß das Publikum jubelte, geht auf das Konto der bravourösen Schauspieler, die mit den transparenten Doppelrollen ausgezeichnet jonglierten. Peter Rühring war nicht nur Macheath, sondern eben auch der bewunderte und schließlich völlig erniedrigte Bürger Jones; Hedi Kriegeskote machte die alte und gleichzeitig eine neue Polly, nämlich die Frau, die den Angehimmelten zu kriegen hofft; ihr gehörnter Mann als Regisseur der Liebhabertruppe ist die einzige Rolle, die kein Pendant in der Bettleroper hat, sie ist anstrengend und ist bei Ernst Alisch in guten Händen.

Mia Heitger als Lucy Lockit, Karin Schroeder als Dolli Trull und zweite bürgerliche Bettgenossin des Herrn Jones, ja dies sind die Hauptpersonen, aber auch alle anderen spielen mit Verve: Roland Kenda, Heinz Jörnhoff, Elke Twiesselmann, Michael Timmermann, Rosemarie Reymann, Cathrin Flick, Reinhard Karow, Horst Pönichen. Auch der Regisseur Harald Clemen wurde in den jubelnden Beifall miteinbezogen.

Der englische Autor war natürlich nicht da, aber er hätte mit Sicherheit den gleichen Applaus erhalten: Sein weltbekannter Name geht ihm voraus. Wieso also ein mäßiges Vergnügen? Nur für den Unterzeichneten, der um Entschuldigung bittet, aber nicht nachgibt.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

In München wurde über die Zukunft des dokumentarischen Films diskutiert

Die Rettung soll von oben kommen

Um den Dokumentarfilm in der Bundesrepublik ist es schlecht bestellt. Die Zahl der nichtgewerblichen Abspielstellen, der Jugendzentren und Kommunalen Kinos ist seit 1982 um mehr als die Hälfte geschrumpft; dementsprechend sank das Verleihgeschäft um 50 Prozent. Die Fernsehanstalten kürzen die Budgets für Dokumentationen, und was noch entsteht, flimmert immer tiefer in der Nacht über die Bildschirme. Wie ist dieser Situation beizukommen? Die Betroffenen sind darüber recht uneins. Dies wurde auf dem Seminar zur Zukunft des dokumentarischen Films im Rahmen des Münchner Filmfests unlängst sehr kraß deutlich.

Die Abschlußdiskussion machte nicht einen, sondern eine ganze Galerie von Schuldigen an der Krise aus. Für den SPD-Bundesgeschäftsführer und Medienexperten Peter Glotz schreckt das „Wendemesser im Kopf“ der Produzenten. Der Münchner Regisseur Reinhard Hauff sieht den Feind in den neuen Medien, die ARD und ZDF einen Unterhaltungswettbewerb aufzwängen.

Der Filmemacher Peter Heller aus München klagt einen potentiellen Verbündeten an: das Fernsehen. Bestimmte Themen, bei denen der Dokumentarfilm früher „Gegeninformation“ habe liefern können, seien vom Fernsehen mit Beschlag gelegt. Die großen Themen, von der Umwelt bis zum Frieden, verlören an Interesse. Das Fernsehen habe sie in 45minütige Informationseinheiten gezwängt und konsumierbar gemacht.

Genauso stiefmütterlich wie vom Fernsehen wird der Dokumentarfilm von den Fördergremien behandelt, die fast immer nur Spielfilme unterstützen. Die Rettung soll nun von oben kommen, von einem gleichzeitig restriktiven wie großzügigen Staat.

Nahezu einmütig forderten die Regisseure Quoten für ausländische Filme. Peter Glotz will sich „dafür einsetzen, daß sich die SPD für eine differenzierte Quotenregelung einsetzt“. Solch ein komplexes Punktesystem für eine Quotierung fand bei seinem christdemokratischen Kollegen Klaus Daweke wenig Gegenliebe: „Damit sind sie bald bei einer Reichskulturkammer. Man muß einen europäischen Ansatz finden.“

Als Medienberichterstatter der Mehrheitsfraktion in Bonn wurde Daweke zum Adressaten der Dokumentaristenwünsche. In einem Thesenpapier am Ende des Münchner Seminars verlangten sie unter anderem: öffentlich geförderte Kinos zu verpflichten, regelmäßig dokumentarische Filme zu zeigen; öffentlich geförderte Filme nur zusammen mit Kurzfilmen vorzuführen.

Am konkretesten wurde die „Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm“, mit 175 Filmemachern mitgliederstärkste Vereinigung des neuen deutschen Films. Sie fordert, bei der Filmförderungsanstalt eine Unterkommission „Dokumentarfilm“ einzuführen, die über ein Viertel aller Mittel verfügen kann. Die Lobbyisten sind nicht umsonst gerade jetzt so aktiv. Das Filmfördergesetz läuft Ende nächsten Jahres aus, die Novelle befindet sich zur Zeit im Stadium des Referentenentwurfs. Die Politiker sind noch beim Nachdenken, und Daweke dachte in München laut.

So gibt es Überlegungen, bei der Prämienbewertung die Kategorie „Dokumentarfilm“ völlig abzuschaffen. Die Videoabgabe (erhoffte Einnahme: sechs Millionen) steht so gut wie fest. Und dann spukt Daweke noch eine Lieblingsidee im Kopf herum. Was ihn immer stutzig mache, sei, wenn in den Fördergremien die Hände von Waldleitner, Seitz und Kluge alle auf einmal hochgingen. „Die hassen sich zwar, aber sie helfen sich immer, wenn es nach dem Motto geht 'Wenn ich diesmal mit dir stimme, stimmst du das nächste Mal mit mir'“.

Deshalb möchte der Christdemokrat die Rotation in der Vergabekommission einführen. Wer ein Projekt einreicht, soll nicht wissen, wer später darüber befindet. Nur ist sich Daweke bewußt, daß er da mehr Widerstände überwinden muß als die Grünen bei der Abschaffung der Rotation. HANS GEORG RODEK

Zwingende Schönheit und Würde: „Gandhi“, 1946 von Margaret Bourke-White aufgenommen. Aus der Luxemburger Ausstellung FOTO: KATALOG

Bilder einer visionären Menschenliebe – Luxemburg präsentiert das Werk der New Yorker Fotografin Margaret Bourke-White

Auf der Suche nach Sinnbildern, die das Leben selber schuf

In Amerika zählt man Margaret Bourke-White (1904 bis 1971) zu den hervorragenden Persönlichkeiten dieses Jahrhunderts. Schon bei Lebzeiten genoß die attraktive New Yorkerin einen fast legendären Ruf. Sie erwarb ihn nicht in Hollywood und auch nicht am Broadway, sondern in Fabrikhallen und Industrierevieren, in den landwirtschaftlichen Notgebieten der amerikanischen Südstaaten und auf Reisen um die halbe Welt als Fotografin. Sie gehörte zu jenen, die gegen Ende der zwanziger Jahre den großen Durchbruch des Fotojournalismus bewirkten, der eine Revolution der Bildauffassung in der Fotografie einleitete. Seither galt Margaret Bourke-White als die bedeutendste Bildjournalistin Amerikas. Seit 1936 gehörte sie zum Team des „Life“-Magazins. Dort gab sie ihren Einstand mit einem Titelbild und Foto-Essay vom „Staudamm von Fort Peck“ in Montana. Mit Industriefotos hatte sie sich schon früh einen Namen gemacht; später wurde der Mensch zum zentralen Thema ihres Schaffens.

Allerdings, Margaret Bourke-White hat selbst auch Bücher geschrieben, in denen Bilder und Text eine gleichwertige Einheit bilden. Zu den erfolgreichsten und zugleich aufrüttelndsten zählt der Band „Du hast ihre Gesichter gesehen“, der das Leben und die erschütternde Not der südstaatlichen Landpächter während der Wirtschaftskrise schildert. Ähnliche Bücher veröffentlichte sie über Rußland, Indien, Südafrika, Korea, über den Zweiten Weltkrieg an verschiedenen Fronten und die Nachkriegszeit in Deutschland, nicht zuletzt über das eigene ereignisreiche Leben, das am Ende nicht ohne Tragik war, in ihrer Autobiographie „Selbstporträt“.

Ihre Fotos freilich sind auch allein stark und mitteilungskräftig genug, um uns teilhaben zu lassen an allem, was die Autorin und was die Menschen, die sie uns vorführt, bewegt und geprägt hat. Diese Erfahrung macht der Besucher jetzt in einer Ausstellung im Staatsmuseum Luxemburg, wo 120 Fotos von Margaret Bourke-White einen Querschnitt ihres Schaffens geben wollen. Sie stammen aus der Spezialsammlung der Universität Syracuse (New York), wo sie auch zuerst gezeigt wurden. In Luxemburg wurde der Originaltitel „The Humanitarian Vision“ beibehalten. Eine „visionäre Menschenliebe“ bestimmt in der Tat den Charakter all dieser Bilder, die nicht schockieren, sondern Fakten festhalten, einen Augenblick von Geschichte, einen Ausschnitt Gegenwart fixieren wollen.

Denn diese Fotos sagen mehr als der Vorgang, den sie festhalten. Sie sind mehr als Reproduktion, nämlich Darstellung, die jedoch ohne Retuschen und raffinierte Einstellungen auskommt. Sie stellen zugleich einen Sachverhalt dar, einen Charakter oder ein Schicksal.

Es sind Sinnbilder, aber von der Natur, vom Schicksal und vom Leben selbst gestaltet, von der Fotografin nur sichtbar gemacht. Ob es sich um das schlichte Bild der Mutter Stalins handelt, um die Porträts von Land- und Industriearbeitern, von schwarzen Bergleuten, koreanischen Flüchtlingen, amerikanischen Kleinbürgern oder um die eindringliche Serie von Gandhi-Bildern – sie sind, bei aller authentischen Härte, stets von magischer Sachlichkeit, innerer Spannkraft, zwingender Schönheit und Würde.

In jedem ihrer Fotos ist ein zeitloser Moment im Drama der menschlichen Existenz symbolkräftig festgehalten. So erfüllen sie das Postulat von Margaret Bourke-White, „Bürge der Wahrheit“ zu sein (bis 14. Juli; Katalog 50 Lfrs.; Zürich: 27. Juli bis 1. Sept.). EO PLUNIEN

Endet die geheimnisvolle Odyssee der Stühle von Sanssouci in Paris?

Von A. GRAF KAGENECK

Gabriel Collard war 1945 ein fescher junger Leutnant im 2. französischen Spahi-Regiment, das als Besatzungstruppe in Freudenstadt in Garnison lag. Der Regimentskommandeur, Colonel Le Coq, hatte den Grafen aus altem südfranzösischem Geschlecht, Führer des Panzerspähtrupps des Regiments, mit einem besonders ehrenhaften Auftrag betraut: Er sollte sich mit seinen Panzern zum Hohenzollern-Schloß Hechingen begeben und dieses gegen jeden etwaigen Überfall herumstreunender Marodeure schützen.

In Hechingen residierte Kronprinz Wilhelm von Preußen, und der älteste Sohn des letzten Kaisers genoß bei den Franzosen, auch wenn er im Ersten Weltkrieg eine Armee gegen sie geführt hatte, hohes Ansehen. Colonel Le Coq hatte ihm mehrfach seine Aufwartung gemacht, und bald verband ein freundschaftliches Verhältnis die beiden Männer.

Leutnant Collard sah sich indes eines Morgens im August 1945 mit einer Spezies von Leuten konfrontiert, gegen deren Vorgehen es keine Anweisungen in seinem Auftrag gab. Es rollten zwei Jeeps und zwei Lastwagen der amerikanischen Armee in den Hof des Schlosses. „Ein Offizier, dessen Slang ich nicht verstand, hielt mir ein Papier unter die Nase, aus dem hervorging, daß der Trupp mit dem Abtransport historischer Möbel zu deren Sicherstellung beauftragt sei", erzählt Collard 40 Jahre später.

„Ich wies ihn auf meinen Auftrag hin und erklärte ihm, daß ich mich einem solchen Transport mit Waffengewalt widersetzen würde", so der ehemalige Leutnant. „Außerdem sei dies französisches Hoheitsgebiet, in dem er, der Amerikaner, nichts zu suchen habe."

Die Eindringlinge aber beharrten auf ihrer Order. Der Versuch Collards, sich mit seinem Kommandeur in Verbindung zu setzen, scheiterte, denn just zu diesem Zeitpunkt fiel sein Funkgerät aus. Der Kronprinz selbst entschied schließlich, die Amerikaner im Interesse des guten Einvernehmens unter den Alliierten gewähren zu lassen, und der französische Leutnant fügte sich.

Die Möbel, die abtransportiert wurden, hatten es in sich: 24 kostbare Louis-XV.-Sessel und zwei dazugehörige Kanapees, von Friedrich dem Großen um 1750 in Frankreich in Auftrag gegeben, von Handwerkern der königlichen Werkstätten in Versailles gefertigt und in Sanssouci aufgestellt, kurz vor Kriegsende zusammen mit anderem wertvollen Gut nach Hechingen ausquartiert und dort im spiegelverzierten großen Speisesaal neu aufgestellt.

Nun wurden sie Stück um Stück in die Lastwagen verladen, die nach nur einstündigem Aufenthalt mit unbekanntem Ziel davonfuhren. Keiner von denen, die ihnen verdutzt nachblickten, der Kronprinz nicht und nicht sein junger französischer Protektor, ahnten, daß sie Schurken in die Hände gefallen und an der Nase herumgeführt worden waren und daß die Möbel spurlos verschwinden würden.

Bis vor einigen Wochen. Da bekam Collard in seinem kleinen Palais am Pariser Beauvau-Platz in der Nähe des Elysée plötzlich einen Hinweis. Bei einem Antiquitätenhändler der Stadt in der Rue de Maubeuge seien zwei Sessel von ungewöhnlicher Schönheit aufgetaucht, die dem Vernehmen nach aus dem Besitz der Familie Hohenzollern stammten. Collard schaltete sofort. Er fand die beiden Sessel im Wohnzimmer des Händlers. Ein amerikanischer Tourist hatte sie diesem kurz zuvor angeboten.

Collard erkannte die Stühle an einem untrüglichen Zeichen sofort wieder: Sie trugen in ihrem golddurchwirkten Damaststoff Bilder aus Lafontaines Tiersagen, einen Kater und einen Löwen im Netz, die Bilder, die er einst in Hechingen so bewundert hatte.

Noch aufregender war für Collard, daß der Antiquitätenhändler auch um den Verbleib anderer Stücke aus der Sammlung wußte. Er will, immer über den geheimnisvollen amerikanischen Verkäufer, zehn weitere Sessel in den USA (New York, Boston und Los Angeles) sowie sechs andere in Kanada lokalisiert haben.

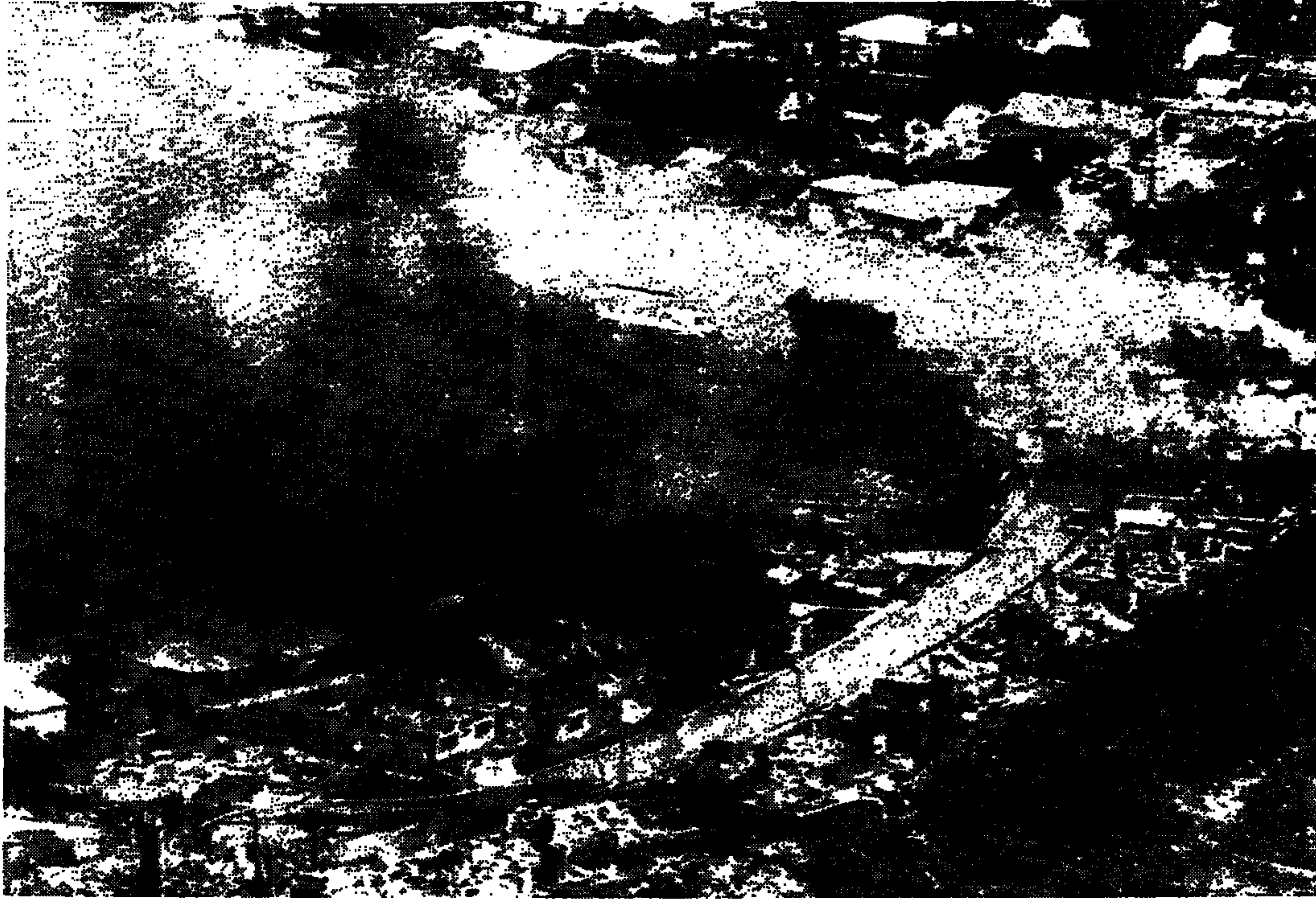
Collard hat die stolze Summe für die beiden Pariser Stücke erst einmal aus eigener Schatulle vorgestreckt. Sein Ziel ist, alle 24 Stücke plus die beiden Kanapees wiederzufinden und sie ihren rechtmäßigen Besitzern zuzuführen. Er glaubt, daß ihre augenblicklichen Inhaber zum Herausrücken bereit wären, wenn sie die Wahrheit kennen würden.





Aus dem Besitz der Hohenzollern: zwei Stühle, 1945 von Schwindlern außer Landes gebracht FOTOS: TONY GRYLA

Waldbrände in Kalifornien / Feuer auch in Städten / 47 Häuser in Los Angeles zerstört



Auch der Einsatz von Lösch-Hubschraubern konnte die Feuersbrunst in Los Angeles nicht bannen FOTO: AFP

Flammen rasten durch das Häusermeer

Flammen, die von Dach zu Dach springen, und Häuser, die wie Zündhölzer abbrennen. Gegen solche Gewalten sind die Feuerwehren machtlos. Wie in jedem Jahr so wird auch jetzt der Westen der USA wieder von verheerenden Busch- und Waldbrände heimgesucht. Seit knapp einer Woche wüten sie, verschonten erst noch die Städte. Dienstag aber brannten in Baldwin Parks, einem Stadtteil im östlichen Los Angeles, 47 Häuser in kürzester Zeit bis auf die Grundmauern nieder. 50 weitere Villen in dem vornehmen Viertel wurden beschädigt, ein Bewohner starb in den Flammen.

Ein Brand in San Diego zerstörte 64 Häuser. Auch in Palo Alto bei San Francisco und in den US-Staaten Arizona und Idaho wüten Brände. Das ausgetrocknete Land, bei Temperaturen von über 40 Grad, begünstigte die mehr als 15 gemeldeten Brände im Staat Kalifornien. Unberechenbar werden die Feuer durch plötzlich auftretende, orkanartige Stürme, die die Kalifornier furchtsam „Teufelswinde" nennen. Sie tragen brennende Zweige und Schindeln bei Geschwindigkeiten bis zu 100 Stundenkilometern (im Jahr 1980) in alle Himmelsrichtungen.

Durch einen solchen Sturm erreichten die Feuer in Los Angeles und San Diego ihr katastrophales Ausmaß. Der bei diesem größten Brand in der Geschichte San Diegos entstandene Schaden wird auf 8,5 Millionen Dollar geschätzt. Die Ursache war hier wie in Baldwin Parks möglicherweise Brandstiftung, auf die wohl auch der Feuersturm in Palo Alto zurückgeführt werden kann. Dort wurden 15 Häuser zerstört.

Eine Armee von 200 Feuerwehrmännern war in der Nähe der Baboquivari-Berge, südwestlich von Tucson in Arizona im Einsatz. Hier stand eine Fläche von 2500 Hektar in Flammen. Blitzschlag soll die dürre Landschaft entzündet haben. 10 000 Hektar Wald- und Buschland wurden in der Gegend um Palm Springs Opfer der Brände.

Die Kalifornier werden alljährlich von Feuern verschiedenen Ausmaßes heimgesucht. Buschbrände nördlich von Los Angeles im vergangenen Jahr, die drei Menschenleben forderten, Buschbrände im Süden des Staates 1982. 1981 brannte es in den Weinbergen Kaliforniens und das Ergebnis der Feuerstürme 1980 in den südkalifornischen Tälern wurde von Augenzeugen mit dem Anblick deutscher Städte nach dem Abwurf von Brandbomben verglichen. Noch weiter zurück reicht die traurige Bilanz von 400 zerstörten Häusern im Jahr 1971 und 484 zehn Jahre zuvor, 1961.

Vor drei Jahren erklärte der Gouverneur des Staates, Edmund Brown, die Bezirke Los Angeles, Ventura und Orange zu Notstandsgebieten. Jetzt rief Bürgermeister Tom Bradley für die Stadt Los Angeles den Notstand aus. Denn noch immer ist die verheerende Naturgewalt nicht gebannt.

C. W.

Sommer, Sonne, Hitze

Wetterdienst kündigt weiter steigende Temperaturen an

DW. Frankfurt

Knappe zwei Wochen nach seinem offiziellen Beginn ist der Sommer jetzt endlich da. Bei Temperaturen bis zu 28 Grad konnten die Besitzer von Eisdielen und Straßencafés gestern aufatmen, waren sie doch bislang von der Saison 1985 nicht gerade durch hohe Umsätze verwöhnt worden. Auch die Freibäder erlebten die ersten großen Anstürme der Saison. Die Kinder freuten sich, endlich vom Stubenhockerdasein befreit zu sein. In den Fußgängerzonen der Städte herrschte wieder reger Betrieb.

Und es soll nach Auskunft der Meteorologen bereits in dieser Woche noch heißer werden: Der Deutsche Wetterdienst in Offenbach sagte für Freitag in ganz Deutschland Temperaturen von 30 bis 32 Grad voraus.

Das Sommerwetter ist einem Hoch zu verdanken, das sich nach Angaben des diensthabenden Offenbacher Meteorologen „nun endgültig etabliert hat" und für eine längere Schönwetterperiode sorgen dürfte. Es reicht über die Nordsee und Skandinavien bis zum Nordkap und sorgte bereits gestern für durchschnittlich 22 Grad Wärme in Norddeutschland und bis 28 Grad in den südlicheren Regionen des Bundesgebietes. Das besagte Hoch garantiert nach den Berechnungen der Wetterexperten mindestens für die nächsten drei Tage trockene warme Luft. Für heute wird ein weiterer Temperaturanstieg auf 25 bis 26 Grad im Norden und bis zu 30 Grad im übrigen Bundesgebiet erwartet, bevor am Freitag mit 32 Grad der vorläufige Hitzerekord dieses Jahres erreicht werden dürfte.

Ausgerechnet für das Wochenende müssen die Meteorologen allerdings einen Wermutstropfen in die Sommerfreude gießen: Wie es meist bei starkem Temperaturanstieg binnen relativ kurzer Zeit der Fall ist, wird dann durch Aufheizung feuchtere Luft vom Atlantik her aufgesogen. Dazu gehört auch eine bereits über Nordspanien und Frankreich befindliche Gewitterzone. Für die Bundesrepublik Deutschland ist dann mit zunehmender Bewölkung, schwülwarmer Luft und Blitz und Donner zu rechnen. Allerdings soll sich das Wetter schon Anfang der nächsten Woche wieder stabilisieren.

LEUTE HEUTE

Verzicht

Der israelische Ministerpräsident **Shimon Peres** hat beschlossen, einen persönlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Gesundung des Landes zu leisten und auf fünf Prozent seines Gehalts zu verzichten. Mehrere Minister haben sich bereits dem Beispiel des Regierungschefs angeschlossen. So wollen **Chaim Korfu** (Tourismus), **Mosche Shahal** (Energie), **Itzhak Navon** (Erziehung) und der Minister ohne Amtsbereich **Jigael Hurwitz** ebenfalls ein Opfer bringen. Justizminister **Mosche Nissim** steht dem Vorhaben seiner Kollegen allerdings skeptisch gegenüber. Er erinnerte daran, daß die Regierungsmitglieder vor einem Jahr bereits auf 10 Prozent ihrer Gehälter verzichtet haben. Die Wirkung dieser Geste auf die Öffentlichkeit sei jedoch gleich null gewesen.

Geschäft

Prinzessin **Dianas** Vater, der **Earl of Spencer** (61) besitzt eines der schönsten Schlösser Englands. Dennoch ist Lord Spencer ein armer Mann. Das meint jedenfalls seine zweite Frau **Raine** (55), die Stiefmutter Dianas. Die Spencers machten daher einen schwungvollen Handel mit dem Verkauf einer Illustrierten auf, die einen Artikel über sie und ihr Heim gebracht hatte. Sie signierten hunderte von Exemplaren. Die wurden dann am Andenkenstand des Schlosses, wo es auch Spencer-T-Shirts gibt, zu einem kräftigen Aufpreis angeboten. Die signierten Illustrierten-Exemplare waren innerhalb kürzester Zeit vergriffen. Und weil das Geschäft so gut lief, macht das hocharistokratische Paar jetzt mit signierten Postkarten weiter.

Anklage

Der ehemalige Regierungschef der unter britischem Protektorat stehenden Turks- und Kaikos-Inseln in der Karibik, **Norman Saunders**, steht jetzt wegen Rauschgiftvergehens vor einem Bundesgericht in Miami (Florida). Der 41jährige soll Kokainhändlern angeboten haben, den winzigen Inselstaat südwestlich der Bahamas für 20 000 Dollar zu einem Umschlagplatz für das Rauschgift zu machen. Das Pech des Politikers: die angeblichen Dealer waren Agenten der US-Drogenpolizei.

Wimbledon – Marktplatz der kleinen Eitelkeiten

HEINZ HORRMANN, London

Der Ordner in Veteranen-Uniform, der sich den roten Frack in mindestens 50 Jahren Wimbledon verdient hat, erkennt den grauhaarigen Herrn aus dem Fernsehprogramm. Umgehend drückt der Ordnungssteward trotz seiner Gicht die ordensgeschmückte Brust heraus und schmettert herzhaft: „Good afternoon, Mr. Carrington". Schauspieler John Forsythe, in der TV-Serie „Denver" als Clan-Oberhaupt so benannt, ist privat weit mehr tennis- denn geldbesessen. Gewohnt, auch auf den Courts in aller Welt angesprochen zu werden, grüßt er freundlich zurück. Vor der zentralen Anzeigetafel, die die Spielstände und Endergebnisse des 99. Wimbledon-Turniers mitteilt, schreibt Forsythe Autogramme. Ein paar nur, kein großer Andrang.

Die Uhr über dem ständigen Versammlungsort der Zuschauer, genau in der Mitte der All-England-Lawn Tennis-Clubanlage zeigt 14 Uhr Greenwich-Time. Da kommt plötzlich Begeisterung auf, steigert sich zum Orkan: Die Schweden kommen! Aus dem Spielerhaus gegenüber der grünen Wand drängen sich vier nette, blonde Nordländer durch die Massen. Nyström, Wilander, Edberg und Jarryd gehören zur Weltspitze des weißen Sports. Schulmädchen kreischen verzückt und rennen hinter den Spielern her, versuchen sie wenigstens einmal kurz zu berühren. Szenen wie in den großen Zeiten der Beatles. Der TV-Star steht allein mit seinem Fan im Frack und schmunzelt. Wie diese Jungs das nur machen . . .

Wimbledon '85, The Lawn Tennis Championships, ein Sportereignis von Weltgeltung, aber gleichermaßen auch Gesellschaftsveranstaltung, Szenerie aller Eitelkeiten, Postkartenadresse und Marktplatz für Geschäfte. So hasten hier beispielsweise Turnierveranstalter aus etlichen Ländern hinter Spielern und Managern her, erflehen beschwörend frühzeitige Zusagen für ihre Veranstaltungen, Werbefachleute werfen ihre schillernden Köder für Produktverträge aus.

Teddy Tinnling, glatzköpfiger Modemacher mit Ring im Ohr, der einst die Spitzenhöschen unter die Röcke der weiblichen Cracks zauberte, ist heute fast so alt wie die bewunderte Rasenwalze im angegliederten Museum. Während der ersten Turniere nach der Jahrhundertwende war sie von Ponys über die Anlage gezogen worden.

Das Spielerrestaurant ist heute Tinnlings Bühne. Er blättert einigen Herren seines Alters, alle im englischen Flanell mit violett-grünen Clubkrawatten, einen Stapel Fotos früherer Kollektionen hin; Entwürfe aufregender Tennismode sicherlich, nur mit dem winzigen Nachteil, daß sie nie produziert wurden.

Karyn O'Neill, der bescheidene Star des Theaters „Her Majesty's", wo man nach 26 Jahren die West Side Story neu aufgelegt hat, ist auf einen Kurzbesuch hereingeschneit, zum Fototermin mit einigen Spielerinnen, die am Vorabend in der Aufführung waren.

Wimbledon, eine Glamour-Kulisse, zweifellos, aber mit strengen, ja ehernen Regeln und Gesetzen. Altenglische Tradition bestimmt das Geschehen. Der Bereich des Clubhauses und der efeuumrankten Gemäuer des Centre Courts sind wie ein Spiegelbild des britischen Parlaments: Auch hier herrscht die Trennung in Ober- und Unterhaus.

Auf den blumengeschmückten Balkonen vergnügt sich die High-Society, unten strömt das Volk vorbei, 35 000 sind es an einem ganz normalen Turnier-Tag. Während draußen im Aorangi-Park mit Picknick und Gesang ein Volksfest steigt und sich die Wartenden in der bis zu drei Meilen langen Schlange vor den Kassenhäuschen mit lauter Musik aus Transistorradios die Zeit vertreiben, mahnen in den Gängen des Hauptstadions 67 Schilder „Quiet please". Ruhe und Andacht wie in einer Kathedrale werden verlangt.

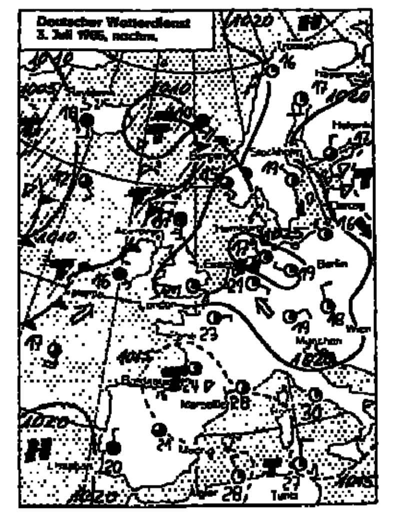
Traditionsgebunden und streng ist auch nach wie vor die Kleiderordnung für die Teilnehmer. Als die hübsche Amerikanerin Anne White in einem „Stretch-Nylon-Body-Suit", wie es im offiziellen Protokoll heißt, also in einem nahtlosen, enganliegenden Anzug, der wie gefrorener Schnee in der Sonne glänzte, auf Platz 2 antrat, gab's hitzige Beratungen der Schiedsrichter und lange Diskussionen. Die BBC häkelte daraus am nächsten Morgen zwischen Geiseldrama, Terror und Welthandel die dritte Meldung in den Frühnachrichten. So wichtig ist das.

Regen macht erfinderisch. Weil im ersten Drittel der 14 Tennistage wegen der Dauerniederschläge auf den abgedeckten Plätzen nichts passierte und die verdrossenen Zuschauer nur noch lustlos die mittlerweile 1,03 Mark (das Stück) teuren Erdbeeren löffelten, sorgten Londoner Boulevard-Zeitungen für „ihren" Wimbledon-Klatsch. Da wurde Frank Sinatra angekündigt, der mit vier Leibwächtern eine Loge belegt habe. Tatsächlich hat er die traditionsgeweihte Erde Wimbledons nicht betreten.

Ähnlich verhielt es sich mit einem angeblichen Treffen der weltbesten Spielerin Martina Navratilova und der Buchautorin Rita Brown, die mit ihr ein Stück Lebensweg gemeinsam gegangen war und nach der häßlichen Trennung den umstrittenen Bestseller „Die Tennisspielerin" verfaßte. Auch Miss Navratilova konnte völlig unbehelligt von störender Ablenkung ihren Siegeszug fortsetzen.

WETTER: Sonnig und warm

Wetterlage: Ein umfangreiches Hoch über Mitteleuropa bestimmt mit trockener Warmluft das Wetter in Deutschland



Vorhersage für Donnerstag:

An der Nordseeküste Frühdunst, der sich vormittags jedoch auflöst, dann auch hier, wie schon im übrigen Deutschland, wolkenarm und trocken. Anstieg der Temperaturen bis nahe 30, im Norden 25 Grad. Schwacher, tagsüber in Böen mäßiger Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Am Freitag nochmals sehr warm und sonnig, zum Wochenende zunehmend wolkig, kühler und schauerartiger, zum Teil gewittriger Regen.

Temperaturen am Mittwoch , 13 Uhr:

Berlin	19°	Kairo	30°
Bonn	22°	Kopenh.	21°
Dresden	18°	Las Palmas	23°
Essen	21°	London	21°
Frankfurt	21°	Madrid	21°
Hamburg	17°	Mailand	25°
List/Sylt	15°	Mallorca	25°
München	19°	Moskau	18°
Stuttgart	21°	Nizza	28°
Algier	28°	Oslo	16°
Amsterdam	21°	Paris	23°
Athen	29°	Prag	17°
Barcelona	25°	Rom	30°
Brüssel	21°	Stockholm	19°
Budapest	19°	Tel Aviv	29°
Bukarest	16°	Tunis	27°
Helsinki	17°	Wien	18°
Istanbul	25°	Zürich	21°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.13 Uhr, Untergang: 21.40 Uhr; **Mondaufgang:** –.– Uhr, Untergang: 8.08 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Wunschfilme im Fernsehen: Die Post verdient mit

C.W. Mainz

Mehr als zwei Millionen (genau 2 021 761) Fernsehzuschauer beteiligten sich am vergangenen Samstag an der ersten Wunschfilmaktion des ZDF, die im Rahmen des Sommerprogramms aus Mainz in diesem Jahr insgesamt zehn Mal durchgeführt wird. Die Wahl zwischen drei Filmen wurde spannend, denn noch eine Stunde vor Sendebeginn konnten „Achterbahn" und der Gewinner des Abends „Vier für Texas" jeweils 44 Prozent der Anrufe für sich verbuchen. Der Sieger hatte dann doch einen klaren Vorsprung von 29 502 Stimmen. Das ZDF registrierte eine Sehbeteiligung von 13,2 Millionen Zuschauern. Trotz der vielen Anrufe gab es keine Überlastungen der Telefonleitungen, denn die Bundespost hat in Hannover, Berlin, Nürnberg, Düsseldorf je einen und in Frankfurt zwei Zählautomaten aufgestellt, die die Stimmabgabe entgegennehmen. Obwohl die Zuschauer den ihnen nächst gelegenen Zähler mit der Vorwahl anwählen müssen, kostet sie ihre Stimmabgabe jeweils nur 23 Pfennig, entsprechend einer Einheit beim Ortstarif. Dennoch verdient die Bundespost ungefähr viereinhalb Millionen Mark an der Aktion, wenn sich, wie vergangenen Samstag, an den noch folgenden neun Wunschfilmabenden rund zwei Millionen Anrufer beteiligen.

Gegen Autoaufkleber

AFP, Kairo

Die ägyptische Polizei hat Anweisung erhalten, von nächsten Montag an in Kairo dafür zu sorgen, daß alle Aufkleber von den in der Hauptstadt verkehrenden Fahrzeugen verschwinden. Die Maßnahme zielt vermutlich darauf ab, das offene Zurschautragen religiöser Glaubensbekenntnisse zu unterbinden. Es unterhält nach Ansicht der Behörden ein Klima des kaum verhohlenen Religionskrieges in dem Lande. Wer die Aufkleber nicht selbst entfernt, muß mit der Entziehung seines Führerscheins für ein Jahr rechnen.

Parkuhren geleert

dpa, Mainz

Mit Nachschlüsseln hat ein 28jähriger Mann im gesamten Bundesgebiet Parkuhren geleert. Wie die Polizei gestern berichtete, ist der als „Parkuhrenmarder" bezeichnete mutmaßliche Dieb auf frischer Tat in Mainz ertappt worden. Der 28jährige habe ein Geständnis abgelegt.

Kontrollen verschärft

dpa, Rom

Nach der Explosion einer Gepäck-Bombe am Montag sind auf dem römischen Flughafen Fiumicino drastische Sicherheitskontrollen eingeführt worden. Künftig werden auch alle Transit-Gepäckstücke, die bei einer Zwischenlandung das Flughafengebäude nicht verlassen, kontrolliert. Ferner sollen alle Waren, die nicht in Begleitung eines Passagiers sind, 48 Stunden lang in Rom gelagert werden, bevor sie weitertransportiert werden.

Pannendienst verbessern

AP, Berlin

Die „DDR" will den Pannendienst auf den Transitstrecken zügig ausbauen. Wie der Berliner Bundessenator Rupert Scholz gestern mitteilte, hat die Transitdelegation der „DDR" angekündigt, die Wartezeit für Autofahrer, deren Wagen wegen einer Panne liegengeblieben sei, in den nächsten Jahren spürbar zu verkürzen. Zusätzliche Hilfsfahrzeuge sollten eingesetzt werden. Nach Angaben von Scholz liegt die Wartezeit derzeit bei einer halben bis zu zwei Stunden.

Telefonzellen bleiben

rtr, London

Die für Großbritannien typischen roten Telefonzellen sollen nicht alle der Modernisierung zum Opfer fallen. Das Umweltministerium in London kündigte gestern an, gemeinsam mit der britischen Telefongesellschaft Telecom und der Denkmalskommission würden von den insgesamt 60 000 Zellen etwa 3000 historisch und architektonisch interessant plazierte Telefonhäuschen ausgewählt und stehen gelassen.

Fahrräder „abgeschleppt"

AP, Münster

Fahrradfahrer, die falsch parken, müssen in Münster ab sofort damit rechnen, daß ihre Drahtesel abgeschleppt werden. Wie die Stadtverwaltung gestern mitteilte, sind jetzt zwei Mitarbeiter des Ordnungsamtes dafür eingesetzt worden, der in der Universitätsstadt überbordenden Räderflut Herr zu werden. Störend abgestellte Zweiräder werden von den Ordnungshütern mit einem eigens dafür angefertigten Transportkarren auf einen nahegelegenen Fahrrad-Parkplatz gebracht. Kosten entstehen nach Angaben der Stadtverwaltung für den Falschparker jedoch nicht. Er müsse lediglich sein Gefährt selber suchen.

ZU GUTER LETZT

„Abec plaisir (12). Französisch für Anfänger." Es stand im Bonner Generalanzeiger.